

Erhard Crome (Hrsg.)

Zeitenwende?

Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik



Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2022

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

WeltTrends, Potsdam 2022

www.welttrends.de

Potsdamer Wissenschaftsverlag WeltTrends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26–52
14482 Potsdam

Tel.: +49 331 721 20 35

Fax: +49 331 721 20 35

E-Mail: verlag@welttrends.de

Erhard Crome (Hrsg.)

Zeitenwende?

Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik

Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2022, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. und WeltTrends e.V.

Satz/ Gestaltung: printlayout & webdesign, Potsdam

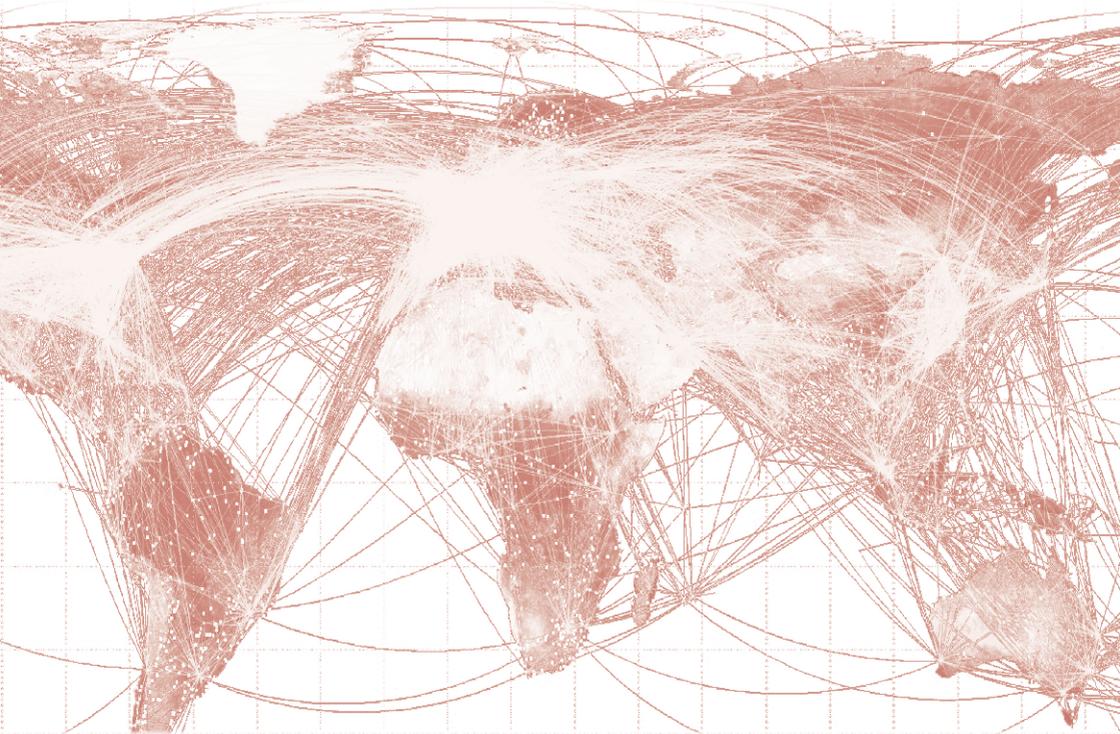
© WeltTrends, Potsdam 2022

ISBN 978-3-949887-00-0

Erhard Crome (Hrsg.)

Zeitenwende?

Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik



Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2022

Inhalt

Potsdamer Außenpolitischer Dialog 2022 <i>Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, Dr. Julia Bär</i>	4
Zu dieser Ausgabe <i>Erhard Crome</i>	5
Außenpolitische Strategie Deutschlands. Ukrainekrieg forciert neokonservative Zeitenwende <i>Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter</i>	17
Zeitenwende <i>Petra Erler</i>	35
Auswirkungen des Ukrainekrieges Russlands <i>Hubert Thielicke</i>	40
Das Politische. Oder: Diskurse um das richtige Maß <i>Gerry Woop</i>	47
100 Milliarden Euro Sonderschulden für die Aufrüstung. Eine Kritik <i>Ingar Solty</i>	55
Lateinamerika und der Ukraine-Krieg <i>Raina Zimmering</i>	71
Der Krieg. Von Lateinamerika aus gesehen <i>Valter Pomar</i>	87
Autoren	96

Potsdamer Außenpolitischer Dialog 2022

Der Potsdamer Außenpolitische Dialog ist seit Jahren in Brandenburg eine gute Adresse zur Diskussion außenpolitischer Themen, für die interessierte Öffentlichkeit, aber auch für Fachleute. In dieser Tradition haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. und WeltTrends e.V. am 30. April 2022 die diesjährige Veranstaltung organisiert. Es war nach der Corona-Zeit die erste wieder größere Präsenzveranstaltung.

Das Thema: „Zeitenwende? Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik“ war der Kriegssituation geschuldet, mit der noch kurz vor dem 24. Februar noch niemand so gerechnet hatte. Seit Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine war es dringende Forderung, diesen Krieg um Einfluss-Sphären und die Umverteilung der geopolitischen und wirtschaftlichen Macht auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion im Sinne der leidtragenden Menschen schnellstmöglich zu beenden. Das Ringen um Friedenslösungen stellt außenpolitische Strategien sowie friedenspolitische und antinationalistische Positionen auf die Probe. In diesem komplexen und kontroversen Meinungsbildungsprozess sollte Raum für Austausch und Diskussion geboten werden. Die außenpolitische Fachtagung widmete sich den Veränderungen in der deutschen Außenpolitik seit Beginn des Krieges. Darüber hinaus ging es um Alternativen – für mehr Friedenspolitik und Diplomatie statt Aufrüstung.

Diese Publikation präsentiert Ergebnisse der Tagung und darüber hinaus weitere Beiträge, welche die Diskussion durch internationale Perspektiven bereichern. Wir hoffen, dass wir mit dieser Veröffentlichung zur weiteren friedenspolitischen Debatte beitragen.

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter
Vorsitzender
WeltTrends e.V.

Dr. Julia Bär
Geschäftsführerin
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

Zu dieser Ausgabe

Erhard Crome

Der ukrainische Krieg Russlands tobt seit Monaten, mit tausenden Toten, zerstörten Städten und Dörfern und Millionen Flüchtlingen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Die Rede ist inzwischen von einem Abnutzungs- oder Ermattungskrieg, Moskau will die Kiewer Armee ermatten und am Ende doch noch einen Sieg erringen, Washington will Moskau ermatten und Russland dauerhaft als relevante Weltmacht ausschalten. EU-Europa wurde bereits politisch und ökonomisch ermattet und erscheint nur noch als Schatten der Globalpolitik der USA. Die deutsche Bundesregierung will alles für eine Niederlage Russlands tun. Und tut so, als hätten die deutschen Truppen nicht bereits zweimal weit im Osten, zuletzt 1941 kurz vor Moskau gestanden – mit dem bekannten Ergebnis.

Bei einer Civey-Umfrage nach der Bereitschaft, selbst Verzicht zu üben, um die „Sanktionen“ gegen Russland mitzutragen, waren – Stand 25. Juli 2022 – etwa 45 Prozent der Befragten sehr oder eher dafür und über 45 Prozent weniger oder gar nicht dafür, 9 Prozent unentschieden. Die Regierung agiert also unter der Voraussetzung, dass nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung diese Politik unterstützt. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) warnte bei steigenden Gaspreisen vor „Volksaufständen“. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) wurde bei einem „Bürgerdialog“ am 28. Juli in Bayreuth als „Kriegstreiber“ ausgepiffen.

Eine aktuelle Weltbeschreibung las sich so: „Drei Jahrzehnte lang hielt die Illusion an. Die Illusion einer Welt, die nach dem Niederreißen des Eisernen Vorhangs gleichsam zu einem Ort des ewigen Friedens geworden war. Zwar wurde dieser Glaube wiederholt auf harte Proben gestellt, sei es im Irak, auf dem Westbalkan, in Afghanistan oder im Nahen Osten. Doch die genannten Konflikte, so die Perspektive im Westen, schienen lokal eng begrenzt. Sie konnten das Geborgenheitsgefühl im heimischen Kokon nie ernsthaft stören.“ Meinte der schweizerische Journalist Thomas Fuster (*Neue Zürcher Zeitung*, 13.04.22). Das ist zunächst Ausfluss der Fukuyama-Illusion: nach dem Kalten Krieg sei die Welt zu sich selbst gekommen, das „Ende der Geschichte“ sei erreicht und der sogenannte Westen Hüter dieser Beendigung. Darüber hinaus gäbe es Weltordnungskriege,

die der Westen führt, um jene Fukuyama-Welt zu errichten; deshalb darf er das, und andere, etwa Russland oder China nicht.

Kriege in Jemen und Äthiopien dagegen sind kaum eine fünfzeilige Meldung in der Zeitung wert, auch wenn dort nicht weniger Menschen sterben, als in der Ukraine. Während im Fernsehen zum Thema Ukraine eine Sondersendung die andere jagt.

Geopolitische Wandlungen

In diesen Zeiten konnte ich es mir nicht versagen, meine alten Texte nochmals vorzuholen. Das letzte Heft der Berliner „iPW-Berichte“ 1991 brachte einen Text über den Golfkrieg von 1990/91. Dieser wurde in der Geschichtsschreibung später als „erster Irak-Krieg“ der USA und ihrer Kriegswilligen eingeordnet. Meine Überschrift war in eine Frage gekleidet: „Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen?“ Es war ein Menetekel.¹ US-Präsident George Bush Sen. hatte seine „Neue Weltordnung“ nicht nur verkündet, sondern mit diesem Krieg vorgeführt, die USA sind fest entschlossen, sie mittels militärischer Gewalt zu erzwingen. Den *casus belli* hatte die US-amerikanische Botschafterin geschaffen, als sie dem irakischen Staatschef Saddam Hussein erklärte, die USA sähen bei einer Annexion Kuweits ihre Interessen nicht tangiert – was dieser als Einladung zum Krieg verstand. Die US-Botschafterin wurde dann durch ihre Regierung desavouiert, der Irak hatte ein souveränes Land überfallen und der UN-Sicherheitsrat gab grünes Licht für den Krieg gegen den Irak. Die in Agonie befindliche Sowjetunion unter Gorbatschow konnte und wollte das nicht anhalten. Dies war zugleich der erste und letzte der Weltordnungskriege seit 1990, der formalvölkerrechtlich abgesegnet war. Dass die Kriege des Westens in Irak, Libyen und Afghanistan lediglich zu „Failed States“, nicht aber zu einer stabilen inneren Ordnung und damit auch nicht zu einer stabileren Weltordnung geführt haben, steht auf einem anderen Blatt.

Der Jugoslawien-Krieg der NATO 1999 hatte fünf Dimensionen: es war (1) ein weiterer Krieg in der Folge der post-jugoslawischen Sezessionskriege seit Anfang der 1990er Jahre; (2) ein Krieg der NATO gegen Rest-Jugoslawien, um es in die Peripherie des Westens einzufügen; (3) ein Krieg der USA, um EU-Europa weiter ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen; (4)

1 Crome, Erhard (1991): Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg. In: iPW-Berichte, Berlin, Heft 11-12.

„ein Krieg, dessen Fernwirkung auch auf das weitere Zurechtstutzen Russlands zielte“ und (5) ein Krieg zur Demonstration von „Überlegenheit der NATO bzw. der USA gegenüber China“.² Die „Neue deutsche Außenpolitik“, die die damals neue SPD-Grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer verkündet hatte, mündete in die Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Krieg des Westens und in die erste deutsche Kriegsbeteiligung seit 1945. Auch jetzt rufen die Grünen wieder besonders laut nach Militär und Waffenhilfe für die Ukraine.

Es war der Westen, der nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Krieg wieder zu einem „normalen Mittel“ der internationalen Politik gemacht hat. Russland folgt dem nun, mit über zwanzigjährigem Abstand. Das geltende Völkerrecht seit dem Kriegsächtungspakt von 1928 besagt jedoch, Krieg „als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle“ zu verurteilen und „auf ihn als Werkzeug nationaler Politik“ zu verzichten. Die Sowjetunion war ihm damals sofort beigetreten. Die UNO-Charta fixiert das Friedensgebot als für die Staatenbeziehungen zentral. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine kann nur als offener Bruch des Völkerrechts qualifiziert werden, als Versuch, Krieg „als Werkzeug nationaler Politik“ zu benutzen. Es gibt jedoch kein „Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht“. Die Lügen und Verbrechen der USA entlasten die von Putins Russland in keiner Weise.

Der belgische Geopolitiker David Crikemans spricht von einer „ungelösten russischen Frage“; vielleicht könnten künftige Historiker den ukrainischen Krieg Russlands so betrachten. Die „geopolitischen tektonischen Platten verschieben sich durch diesen Krieg“.³ Das aus den Napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress 1815 hervorgegangene „Konzert der Mächte“ stellte ein System konservativer Regimes wieder her, in dem sich die europäischen Großmächte (Großbritannien, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland) gegenseitig im Gleichgewicht hielten. Im Krimkrieg (1853-1856) stellte Russland dieses System in Frage, indem es das Osmanische Reich weiter schwächen und die Meerengen vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer kontrollieren wollte. Ein „begrenzter europäischer Krieg“ war wieder möglich. Russland – obwohl dem Osmanischen Reich allein überlegen – unterlag jedoch, weil Großbritannien und Frankreich dieses unterstützten. Das „Konzert“ von 1815 zerbrach dann mit der nationalen Einigung Italiens und Deutschlands.⁴

2 Crome, Erhard (1999): In tempore belli. In: WeltTrends, Nr. 23, S. 138.

3 Crikemans, David (2022): In eine andere geopolitische Ära? Der Krieg in der Ukraine als geopolitischer Katalysator. In: WeltTrends, Nr. 188, S. 21.

4 Vgl. Crome, Erhard (2019): Deutschland auf Machtwegen. Hamburg: VSA Verlag, S. 56ff.

Die Niederlage im deutsch-französischen Krieg 1870/71 führte zu einem „französischen Revanchismus“ und mündete in den ersten Weltkrieg (1914-1918). Die Demütigung Deutschlands nach der Niederlage von 1918 mit dem Vertrag von Versailles 1919 hatten „deutschen Revanchismus“ zur Folge, der von den Nazis politisch genutzt wurde und zum zweiten Weltkrieg (1939-1945) führte. Im 20. Jahrhundert wurde die internationale Ordnung dreimal „neu geordnet“: mit dem Versailler System von Friedensverträgen und der Errichtung des Völkerbundes 1920, mit dem Potsdamer Abkommen und den Vereinten Nationen 1945 sowie nach dem Ende des Kalten Krieges mit der „Charta von Paris“ 1990 und der Schaffung der OSZE.

Criekemans stellt die Frage nach einem „russischen Revanchismus“ nach dem Ausgang des Kalten Krieges und meint: „In den 1990er Jahren verpasste die Welt eine einzigartige dritte Chance [...]. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Entstehen unabhängiger Nachfolgestaaten wie Russland und der Ukraine konnten diese Länder in eine Weltgemeinschaft und eine gestärkte internationale Rechtsordnung integriert werden.“⁵ Diese Möglichkeit wurde nicht genutzt. Einen Grund sieht er in den Folgen der US-amerikanischen neoliberalen Schocktherapie Anfang der 1990er Jahre für Russland, den anderen in den unterschiedlichen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Sichtweisen. So wurde diese historische geopolitische Chance bereits Ende der 1990er Jahre verpasst. „West“ und „Ost“ hatten keine gemeinsame Vision der Realität, eine gemeinsame Zukunft rückte in weite Ferne.

Die Gründe für diese westliche Politik liegen wieder im Fukuyama-Syndrom: Der Verlierer des Kalten Krieges sollte endlich klein begeben und sich in eine Rolle als „Regionalmacht“ fügen. Es stehe ihm kein anderer Platz zu, als der des Juniorpartners des Westens. Man hoffte zugleich auf eine kommende Generation in der Moskauer Elite, die lieber Junior der US-Amerikaner sein will, als der Chinesen.

Russische Umwege

Ungeachtet dessen, ob man die Oktoberrevolution – in der offiziellen sowjetischen Interpretation vor 1989 der große Wendepunkt der Menschheitsgeschichte – nun zu einem Putsch der Bolschewiki uminterpretiert

5 Criekemans, a.a.O., S. 22.

oder nicht, sie stand für den unbedingten Willen, das Morden des ersten Weltkrieges zu beenden. Die Revolution von 1905 hatte die zaristische Selbstherrschaft erschüttert, die war aber nicht gestürzt. Mit brutalen Mitteln waren die Macht gesichert und das Land wieder unter Kontrolle genommen worden. 1914 fühlten sich der Zar und seine Regierung wieder stark genug, sich an dem Großen Krieg der Mächte zu beteiligen. Mit den riesigen Verlusten an der Front nahm die Unzufriedenheit im Lande schließlich systemsprengende Formen an.

Lenin charakterisierte „Imperialismus“ nicht einfach als kapitalistisches Weltsystem, das auf kolonialer Ausbeutung großer Teile der Welt durch die Bourgeoisie einiger entwickelter Länder vor allem Europas beruht, sondern als „höchstes Stadium des Kapitalismus“, „als sterbender Kapitalismus“.⁶ Verstärkt durch den Ruin, den der Krieg hervorgerufen hatte, diagnostizierte er eine „weltweite revolutionäre Krise“, die nicht anders enden könne „als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg“.⁷ Er folgerte, „dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Land möglich ist.“⁸ Die russische Revolution von 1917 war als Beginn der proletarischen Weltrevolution proklamiert.

Die Frage, dass Russland dafür nicht reif war, wurde ausgeklammert, obwohl Lenin das in seinen Texten zum Teil selbst eingeräumt hatte. Der Zusammenbruch des Kapitalismus war aus dem Weltzustand, wie er im Weltkrieg zum Ausdruck kam, nicht aus einer Hochentwicklung kapitalistischer Verhältnisse in Russland abgeleitet. Eine rein russische Revolution, historisch eingeordnet: als nachholende der französischen von 1789, hätte nicht eine solche weltweite Wirkung erreicht, wie sie die Oktoberrevolution hatte. Insofern ist die Frage, ob die von Lenin geführte Revolution die im Sinne der Marxschen Lehre „richtige“ war, völlig verfehlt. Sie war eine wirkungsvolle Verkleidung für die tatsächlich 1917 gemachte. Unter dieser Voraussetzung wurde die Sowjetunion jahrzehntelang in aller Welt als Gegenmacht zu der des Imperialismus unterstützt.

Die Rücknahme der Revolution in ein kapitalistisches Russland nach dem Ende der Sowjetunion, das einige Attribute des westlichen Parlamentarismus und die Wahl des Präsidenten – statt eines Zaren, der sein Amt

6 Lenin, W.I. (1971): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Ders.: Werke (LW), Bd. 22, Berlin: Dietz Verlag, S. 305, 307.

7 Ebenda, S. 196.

8 Ders. (1972): Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: LW, Bd. 21, S. 342.

qua Geburt ausübt – übernommen hat, machen deutlich, dass Russland von 1917 bis 1991 am Ende den längstmöglichen Weg des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zurückgelegt hat. In Anlehnung an Lenin ist zugleich zu resümieren: Nach dem Ende der Sowjetunion und des Realsozialismus im Osten Europas befinden wir uns wieder in einer Epoche des Imperialismus, in einem weltweiten imperialistischen System. Russland ist ein „normales“ kapitalistisches Land in der nun wieder „normalen“ imperialistischen Welt.

Lenin schrieb 1916, die Kapitalisten könnten nicht anders, als Krieg zu führen, „wenn sie den Kapitalismus erhalten wollen, denn ohne eine gewaltsame Neuverteilung der Kolonien können die neuen imperialistischen Länder nicht die Privilegien erlangen, die die älteren [...] imperialistischen Mächte genießen“.⁹ In diesem Sinne führt der „Oligarchen-Kapitalismus“ Russlands heute Krieg gegen den „Oligarchen-Kapitalismus“ der Ukraine, um diesen nicht den alten imperialistischen Mächten des Westens zu überlassen. Zugleich ist es ein Krieg um die Umverteilung der geopolitischen und wirtschaftlichen Macht auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion, unter Aufkündigung der Nomenklatura-Kompromisse von 1991.

Falsche Spiegelung

Die Quellen des „russischen Revisionismus“ untersuchten Ivan Krastev und Stephen Holmes und bestätigten die völlig gegensätzlichen Sichten im Westen und in Russland auf die Realitäten. Ironisch formulierten sie: Niemand, „der heute das Ende des Kalten Krieges als einen Triumph des höchsten moralischen Strebens der Menschheit beschreibt, wird Russlands aktuellem, eher rachsüchtigem als strategischem Schwenk zu antiwestlicher Kriegslust je einen Sinn abgewinnen“.¹⁰ „Der Regimewechsel“ in Russland nach dem Ende der Sowjetunion „erwies sich vor allem deshalb als nicht besonders beliebt, weil er mit einem gewaltigen Verlust an Territorium und Bevölkerung verbunden war“. Die „Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO trotz der scharfen Kritik Russlands entlarvte den westlichen Schwindel, das Ende des Kalten Krieges sei eigentlich ein gemeinsamer Sieg, auch für das russische Volk“.¹¹ Vor etwa zehn Jahren

9 Ders. (1957): Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus. In: LW, Bd. 23, S. 111.

10 Krastev, Ivan/ Holmes, Stephen (2019): Das Licht, das erlosch. Berlin: Ullstein Verlag, S. 127.

11 Ebenda, S. 132.

ging Russland deshalb dazu über, die westliche Außenpolitik selektiv zu spiegeln. „Viele Angehörige der russischen politischen Elite träumten heimlich von Vergeltung, wobei es ihnen völlig egal ist, ob sie damit strategische Gewinne erzielen oder nicht.“¹² Letzteres sollte nicht wörtlich genommen werden. Niemand beginnt einen Krieg in der Absicht, ihn zu verlieren. Doch es lässt offen, ob der etwaige strategische Gewinn Russlands den geopolitischen Kriterien westlicher Globalstrategie genügt.

Der ukrainische Krieg Russlands war offenbar gedacht als machtpolitische Demonstration, als „Spiegelung“ der Kriege des Westens. Der Jugoslawien-Krieg der NATO dauerte vom 24. März bis 10. Juni 1999. Allerdings bestand er „nur“ aus terroristischem Bomben der NATO-Luftwaffen, ohne den Einsatz eigener Bodentruppen, bis Staatschef Milosevic schließlich faktisch kapitulierte, weil er die Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung – die angeblich nur „Kollateralschäden“ waren – nicht mehr mit ansehen konnte und er keine effektiven Gegenmittel hatte. Am Boden hätte die NATO wohl ebenfalls große Verluste erlitten, wie heute Russland in der Ukraine. Der Afghanistan-Krieg der USA und ihrer Willigen im engeren Sinne ging vom 7. Oktober 2001 bis zum Fall Kabuls am 13. November 2001, wobei sich die USA zunächst einheimische Bodentruppen der sogenannten Nordallianz gesichert hatten, was ihre unmittelbaren Verluste in überschaubaren Grenzen hielt. Die folgten erst später, weil die Besatzungspolitik und das „Nation Building“ misslang. Der Irakkrieg der USA und ihrer Willigen begann am 20. März und endete am 1. Mai 2003. Für diese Zeit meldeten die USA 171 gefallene Soldaten und 2.300 der irakischen Seite. Diese Zahlen waren weit untertrieben. Zivile Todesopfer gab es eine Million Menschen, allerdings bis 2011.

Der Krieg in der Ukraine zeigt eine schlechte Spiegelung. Ein „Blitzkrieg“ wurde es nicht. Der Widerstand der ukrainischen Truppen ist größer und nachhaltiger, als ursprünglich in Moskau gedacht. Die Opfer an Menschen und Material sind höher. Die der ukrainischen Zivilbevölkerung lassen sich nur schätzen. Mehr als sechs Millionen Menschen sind aus dem Lande geflüchtet, acht Millionen sind Binnenflüchtlinge. General Erich Vad, früherer militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, betonte, die Opfer seien dem Krieg „systemimmanent“ und fallen im Vergleich zu Irak, Syrien und Libyen nicht aus dem Rahmen. Das macht die Sache nicht besser, aber die Relationen in der Kriegsführung

12 Ebenda, S. 120, 134.

sind zu beachten. Zugleich muss es übergeordnetes Ziel auch westlicher Politik bleiben, eine Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen hin zu einem Atomkrieg zu verhindern. Gleichwohl, je länger der Krieg dauert und je mehr Waffen aus verschiedenen NATO-Ländern an die Ukraine geliefert werden, desto mehr wird dieser in der Tat ein Krieg zwischen Russland und der NATO.

Das geopolitische Bild hat eine Reihe von Unschärfen. Aus der Sicht des heutigen Westens mit seinen tendenziell schwindenden machtpolitischen Ressourcen ist der Konflikt mit Russland einerseits und der mit China andererseits ein „Zwei-Fronten-Krieg“. Und die Deutschen wissen, die gingen stets verloren. In diesem Sinne war der Ukraine-Krieg aus russischer Sicht als Stärkung der eigenen Positionen im Ringen um eine nicht-westliche Weltordnung gedacht, die eher dem einstigen „Konzert der Mächte“ gleicht, nur dass das jetzt die USA, China, Indien, die EU und Russland sind.

Je länger der Krieg dauert und je verlustreicher er für Russland wird, desto weniger kann mit einer realen Stärkung russischer Positionen in Europa gerechnet werden. Der Westen hat frühere Begrenzungen in Bezug auf die Stationierung von Truppen und Waffensystemen im Osten Europas, in den Staaten der „Osterweiterung“ der NATO aufgekündigt. Deutschland und andere NATO-Länder wollen ihre militärischen Kapazitäten materiell und finanziell deutlich aufstocken. Finnland und Schweden treten der NATO bei. Dann sehen die Positionen Russlands auf der Landkarte ähnlich schlecht aus, wie wenn es den NATO-Beitritt der Ukraine akzeptiert hätte. Anders gesagt: auch wenn es im Endergebnis zu einer Verhandlungslösung mit der Ukraine kommt, ist nicht nur das gegenseitige Verhältnis dauerhaft belastet, sondern die geopolitische Lage Russlands eher ungünstiger als vor dem Krieg bzw. als ohne Krieg.

Hinzuzufügen ist: Für die Resolution der UNO-Vollversammlung zur Verurteilung der russischen Invasion am 2. März 2022 stimmten 141 Staaten mit Ja, nur 5, darunter Russland, mit Nein. Geflissentlich übersehen wird dabei, dass es 35 Enthaltungen gab, darunter China, Indien, Bangladesch und Pakistan, die zusammen etwa die Hälfte der Menschheit ausmachen. Michael von der Schulenburg, früher als Spitzendiplomat für die UNO und die OSZE tätig, machte darauf aufmerksam (*Berliner Zeitung*, 26./27.03.2022), dass die meisten kleinen und mittelgroßen Länder diese Resolution nicht unterstützt haben, weil sie die Positionen des Westens teilen, sondern weil sie die UNO-Charta und das Verbot aller

Militäraktionen aus politischen Gründen stärken wollten, nachdem zuvor mit den USA, Großbritannien und Frankreich auch drei andere Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates das Völkerrecht gebrochen und illegale Kriege geführt hatten.

An den Sanktionen gegen Russland beteiligen sich in Asien nur die üblichen Verbündeten des Westens, so Japan, Australien und Singapur, andere Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika nicht. Für die Welt des Südens ist dies wieder ein „Krieg der weißen Männer“ im Norden, wie schon der erste und zweite Weltkrieg des 20. Jahrhunderts und der Kalte Krieg. Der südafrikanische Präsident, Cyril Ramaphosa, lehnte es auch auf der gemeinsamen Pressekonferenz aus Anlass des offiziellen Besuches von Kanzler Olaf Scholz am 24. Mai 2022 in Pretoria ostentativ ab, Russlands Krieg in der Ukraine einen Krieg zu nennen, und er kritisierte die westliche Sanktionspolitik: „Selbst jene Länder, die Zuschauer oder gar nicht Teil des Konflikts sind, werden unter den Sanktionen leiden, die gegen Russland verhängt wurden.“

Geopolitisches

Obwohl der Krieg Russlands auch nach Monaten nicht aufhört, bleibt analytisch noch immer vieles offen. Viele Linke lehnen nach wie vor den Befund ab, dass wir es seit dem Ende des osteuropäischen Realsozialismus wieder mit einem globalen Zeitalter des Imperialismus zu tun haben, in dem Russland als ein eigenständiges imperialistisches Zentrum agiert. In gewissem Sinne ist es die zweite „Brzezinski-Falle“: die erste war, Breshnew 1979 zum Einmarsch in Afghanistan zu provozieren. Die zweite war die Position, in den 1990er Jahren formuliert, Russland höre ohne die Ukraine auf, „ein Reich zu sein, dass es aber, wenn sich die Ukraine bestechen und unterordnen lässt, automatisch ein Reich wird“ (*Foreign Affairs*, No. 2/1994). Da durch die Druck- und Erpressungspolitik der USA und der EU mit dem Maidan-Putsch 2014 die Bestechungsvariante ausgeschlossen wurde, hat sich der Ersatz-Zar Wladimir Putin 2022 zum militärischen Anschluss der Ukraine entschieden, zumindest weiterer ihrer Teile. In beiden Fällen kann man detailliert und voller Eifer die US-amerikanische Fallen-Politik beschreiben. Sie enthebt die Entscheidungsträger in Moskau aber nicht der Verantwortung, den Einmarsch befohlen zu haben.

Wir haben es einerseits mit einem Regionalkrieg zwischen der Moskauer und der Kiewer Regierung zu tun. Die Moskauer „Elite“ hat den

Kompromiss zwischen den Nomenklatura-Verantwortlichen von 1991, an welchen Bruchlinien sie die Sowjetunion in nationale Bestandteile zerlegen, um sich in eine neue Kapitalistenklasse zu verwandeln, aufgekündigt. Da die früheren Sowjetrepubliken aber nun souveräne Staaten im Sinne der UNO und des Völkerrechts geworden waren, hat Russland einen anderen souveränen Staat überfallen. Da hilft auch kein Reden Putins von Antifaschismus oder ein Sich-Berufen auf Katharina II. oder die Verfasstheit Russlands vor 1917.

Andererseits ist es ein Hegemonialkrieg um die Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Den USA geht es nicht um die „Freiheit“ der Ukrainer oder die Verteidigung der ukrainischen Völkerrechtlichkeit. Ziel ist es auch nicht, der Ukraine zu helfen, sondern Putin und die russische Staatlichkeit und Machtposition zu bekämpfen. Die USA wollen ihre globale Machtposition verteidigen und ihren sich abzeichnenden Niedergang möglichst lange hinauszögern. Und da China und Russland als die stärksten Konkurrenten dabei erscheinen, haben sie jetzt den wirtschaftlich schwächeren der beiden, nämlich Russland, in einen Hegemonialkampf verwickelt.

Hegemonialmächte und Imperien als Große Mächte im Zenit ihrer Macht agieren anstelle des nicht vorhandenen Weltstaates und nehmen eine internationale Ordnungsfunktion wahr. So zumindest die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Kreuzt sich allerdings die Abstiegsphase der einen großen Macht mit der Aufstiegsphase einer anderen, kommt es zum imperialen bzw. hegemonialen Übergang. Der bringt stets Unruhe in die Staatenwelt, er kann friedlich verlaufen oder kriegerisch. Ein friedlicher Übergang bedarf historischer Voraussetzungen. In der britischen Marineführung und Regierung wurde in den 1920er Jahren die Entwicklung der Marine der USA als Bedrohung der britischen Vorherrschaft zur See angesehen. Selbst Winston Churchill, damals britischer Finanzminister, schrieb 1928, ein Krieg zwischen Großbritannien und den USA wäre zwar „töricht und katastrophal“, aber nicht „undenkbar“.¹³ Am Ende war es der Kampf gegen Hitlerdeutschland, der beide auch im zweiten Weltkrieg zu Verbündeten machte.

Deutschland und die USA agierten seit Ende des 19. Jahrhunderts als Weltmacht-Aspiranten, um Großbritannien als Hegemonialmacht zu beerben. Das war der historische Hintergrund der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Aus denen gingen die USA als Sieger hervor und

13 Charnley, John (2005): Der Untergang des Britischen Empires. Graz: Ares Verlag, S. 18.

Deutschland wurde als Großmacht-Kandidat ausgeschaltet. Hier ist es sinnvoll, auf die Analysen des Historikers Ludwig Dehio aus den 1950er Jahren zurückzukommen. Den „Begriff des Hegemonialkampfes“ nannte er einen „Leitbegriff“. Nur so ließen sich die beiden Weltkriege der Deutschen im 20. Jahrhundert richtig einordnen: Sie zeigten „aufs höchste gesteigert die wohlbekanntesten Familienzüge jener europäischen Hauptkriege, wie sie bezeichnet werden durch die Namen Karls V. und Philipps II., Ludwigs XIV. und Napoleons I.“ Dehio forderte den Verzicht auf Deutungen, „die das deutsche Geschehen unserer Epoche einfach aus deutscher Wurzel emporwachsen sehen mit der Zielstrebigkeit eines Baumes, ohne die Verflechtung dieses Geschehens mit der Umwelt dauernd im Auge zu behalten“.¹⁴

Bezogen auf die Debatten in Deutschland vor 1914 nannte es Dehio die „preußische Methode“, durch systematische Rüstung die eigene Machtentfaltung zu entwickeln. In diesem Sinne sei die Rüstung zur See seit Ende des 19. Jahrhunderts der Versuch gewesen, „aus der europäischen Enge hinaus in das erhoffte Weltgleichgewichtssystem einzudringen, so wie einst Preußen eingedrungen war in das europäische Gleichgewichtssystem“.¹⁵ Ein „Weltgleichgewicht zur See“ werde das europäische Gleichgewicht ablösen. Ziel des modernen Imperialismus sei es nicht, ein Weltreich nach dem Muster des Römischen Reiches zu schaffen, sondern eine Anzahl von Weltstaaten nebeneinander, ähnlich dem „Gleichgewicht der Mächte im alten europäischen Staatensystem“. Deutschland habe „nicht nach Weltherrschaft“ gestrebt, „wohl aber nach Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes in einem solchen Weltstaatensystem der Zukunft“.¹⁶

Das aber hätte bedeutet, Großbritannien „aus seiner Stellung als Bürge des bisherigen Gleichgewichtssystems“ in Europa hinauszudrängen und „in der Welt aus seiner Stellung als Inhaber der Seemacht“.¹⁷ Es ging also nicht darum, „durch die Seerüstung zu verteidigen, was wir besaßen, sondern mit ihrer Hilfe friedlich zu erringen, was wir besitzen wollten: Weltmacht“.¹⁸ Während der deutsche Imperialismus also danach strebte, „an der englischen Weltseehegemonie vorbei“ zu „einer Weltmacht neben

14 Dehio, Ludwig (1961): Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main und Hamburg: Fischer Bücherei, S. 9f.

15 Ebenda, S. 12.

16 Ebenda, S. 44f.

17 Ebenda, S. 12.

18 Ebenda, S. 69.

anderen“ zu werden, drängte Britannien Deutschland „in die isolierte Stellung eines potentiellen Bewerbers um die europäische Hegemonie“. So „bekämpfte jeder der Rivalen unter Berufung auf das Gleichgewicht die hegemoniale Stellung des anderen, nur dass jeder unter Hegemonie und Gleichgewicht etwas gänzlich Verschiedenes verstand“. Der erste Weltkrieg war „das paradoxe Ergebnis des Griffes in die Ferne“ und führte zu einem Krieg in der Nähe: um die Hegemonie in Europa.¹⁹

Russland hat sich ein Jahrhundert später in eine vergleichbare Position manövriert. Es wollte in der globalen Hegemonialordnung des 21. Jahrhunderts mit den USA, China, der EU und Indien auf Augenhöhe agieren. Jetzt führt es einen Krieg in seiner Nähe, dessen Ausgang militärisch wie politisch offen zu sein scheint. Wenn die Idee dieses Krieges eine Stärkung seiner globalen Stellung war, führt er auch dann zu Russlands Schwächung, wenn das unmittelbare militärische Ergebnis gesichtswahrend aussehen sollte.²⁰

Der „Potsdamer Außenpolitische Dialog“ 2022 fand am 30. April – nach den Corona-Unterbrechungen – erstmals wieder als Präsenzveranstaltung anwesender Menschen statt. Ursprünglich sollte es vornehmlich um die deutsche Außenpolitik nach 100 Tagen Ampel-Regierung gehen. Dann hat es der ukrainische Krieg Russlands erforderlich gemacht, den Blickwinkel zu verändern. Unser Thema war nun: „Zeitenwende? Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik“. Der hiermit vorgelegte Band ist kein Konferenzprotokoll. Er enthält verschriftlichte Vorträge und zugleich weitere Beiträge, die aus diesem Anlass und für diese Publikation geschrieben wurden. Hier haben wir ausdrücklich auch Texte aufgenommen, die eine außereuropäische Sicht präsentieren. Alle Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

31. Juli 2022

¹⁹ Ebenda, S. 13, 63.

²⁰ Vgl. Crome, Erhard (2022): Russlands ukrainischer Krieg. Die Ursachen und die Folgen. Berlin: edition ost.

Außenpolitische Strategie Deutschlands

Ukrainekrieg forciert neokonservative Zeitenwende

Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter

Kanzler Scholz verkündete euphorisch eine „Zeitenwende“. Als Anlass dafür beanspruchte er den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Der hastig formulierte Strategieansatz dieser „Wendezeit“ ist kritisch-realistisch zu hinterfragen. Mit Blick auf die ambivalente Entwicklung Deutschlands in der Vergangenheit und die absehbare Zukunft ist das Ergebnis offen. Analytischer Realismus und eine europäische Friedensordnung sind angesagt.¹

Zeitenwenden – Wendezeiten prägten die moderne Geschichte Deutschlands seit seiner Entstehung. Strategisch konzipiert, brachten sie erfolgreiche Entwicklungsschübe und katastrophale Niederlagen: Das Kaiserreich endet im Ersten Weltkrieg (1871-1918), die Krise der Weimarer Republik (1919-33) führte in den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg (1933-45).² In der deutschen Spaltung (1945-90) waren beide Teilstaaten in einem bipolaren Wechselbad von Kaltem Krieg und Entspannung. Wesentlich fremdbestimmt durch die Siegermächte, waren sie strategiegehemmt und integrierten sich in feindliche wirtschaftliche und militärische Bündnisse – EG/ NATO vs. RGW/ Warschauer Vertrag. Trotz beschränkter Souveränität, nutzten sie Spielräume und realisierten sozioökonomische Fortschritte sowie einen herausragenden Lebensstandard für ihre Bevölkerung innerhalb gegensätzlicher Systeme. Bei der multipolaren Neuformierung der Welt (1990-2020) war Deutschland sowohl Objekt, als auch aktives Subjekt. Es gelangen in dieser „Wende“ – wenn auch konflikträchtig und widersprüchlich – die strategischen Aufgaben der „deutschen Einheit“, einer technologischen Dynamisierung sowie der globalen Wirtschaftsexpansion. Im Vergleich zu anderen Großstaaten und den EU-Nachbarregionen haben Deutschland und seine Bevölkerung seit 1990 eine erfolgreiche Entwicklung durchlaufen.³

Diese letzten drei Jahrzehnte waren jedoch international extrem widersprüchlich und instabil. Dynamische Globalisierung, Dialogpolitik,

1 Der Artikel ist eine erweiterte Überarbeitung von „Strategien Deutschlands in Wendezeiten“, in: WeltTrends Nr. 186, Potsdam, April 2022.

2 Vgl. Opitz, Reinhard (Hrsg.) (1977): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag.

3 Vgl. Kleinwächter, Lutz: Neue deutsche Außenpolitik 1990-2021, in: WeltTrends Nr. 177, Potsdam, Juli 2021.

Intensivierung des weltweiten Handels und Wandels, NATO- und EU-Erweiterung kontrastierten mit anhaltender Konfrontation, 9/11-Terrorismus und seinen Folgen, völkerrechtswidrigen Kriegen (Balkan/Kosovo, Afghanistan, Naher und Mittlerer Osten), Aufkündigung der Abrüstung und Rüstungskontroll-Verträge, destabilisierender Klimawandel, Massenverelendung, Zerfall von Staaten und anschwellenden Flüchtlingsströmen. Seit der Weltwirtschaftskrise 2009/10, dem russisch-ukrainischen Konflikt (2014/15), der Trump-Ära (2016-20) sowie der Corona-Krise (2019/22) und dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine spitzt sich die internationale Lage drastisch zu: Altkanzlerin Angela Merkel nennt es eine „Zäsur“, ihr Nachfolger Olaf Scholz „Zeitenwende“ – eine weitere konfliktlastige Phase globaler Systemkämpfe „West gegen Ost und Süd“, „Demokratie gegen Autokratie“, USA/NATO/EU vs. Russland/China (2020-2050?) und der widerspruchsvollen Anhängerschaften ist eingeläutet. Wird diese erneute Wendezeit konstruktiv, destruktiv oder ambivalent mit Blick auf die strategischen Interessen Deutschlands sein, insbesondere für den Wohlstand und die Lebensqualität seiner Bevölkerung?

Strategie

Die Strategiekultur EurAsiens hat eine tiefe Geschichte und ist seit Jahrhunderten Handlungsgrundlage von Großmächten und Imperien. Konzepte, das angehäufte strategische Wissen in ein System zu bringen, sind in Europa schon seit der Antike nachweisbar und ursprünglich im klassischen Militärwesen und der christlichen Staatskirche verortet. 1520 verfasste Niccolò Machiavelli sein Werk „Die Kunst des Krieges“ über Strategie und Taktik, Politik und Militärwesen. Im 19./20. Jahrhundert, im Zusammenhang mit den bürgerlichen Revolutionen, der Industrialisierung, dem modernen Staatsaufbau sowie den Großkriegen um die Vormachtstellung in Europa und zur Neuaufteilung der Welt, fand strategisches Denken einen Eingang in die deutsche Staatspolitik, in das Militärwesen und die Nationalökonomie. „Strategien“ sind in diesem Zusammenhang eine Gesamtheit des konzeptionellen Denkens und der Praxis von Staaten mit dem Ziel der Bestimmung und Durchsetzung ihrer Interessen und Werte. Sie haben einen längerfristigen Charakter von mehreren Jahren (Amtsperioden) bis Jahrzehnten. Angesichts der Instabilität als gesellschaftlichem Normalzustand, zugespitzt in „Zeitenwenden“, fußen sie auf (Alternativ-)Planungen als flexibles Instrument

des Krisenmanagements. Entscheidende Faktoren für die Strategiefähigkeit einer Gesellschaft sind: Ihre ökonomisch-technologischen Potenziale und Produktivitätsfaktoren; materielle, finanzielle und personelle Ressourcen; ihre geostrategische Lage; organisierte Akteure – Staaten, Bündnisse, Parteien, Interessengruppen, Persönlichkeiten; sowie die Qualifikation der Führungseliten und der Gesamtbevölkerung.

Ambivalente Ampel-Orientierung

Die Ampel-Regierung unter Führung der SPD steht vor gewaltigen strategischen Herausforderungen. Gestartet als eine Art Übergangsregierung in auslaufender Kontinuität zur Merkel-Ära, ist sie, im Ergebnis der NATO-Niederlage im 20-jährigen Afghanistan-Krieg, mit weitreichenden Folgen des Niedergangs und Zusammenbruchs westlichen Einflusses in Vorder- und Mittelasien konfrontiert sowie akut mit dem osteuropäischen Russland/Ukraine-Krieg und seinen langfristigen weltwirtschaftlichen Folgekrisen.

Im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 wurde noch vollmundig formuliert: „Die deutsche Außenpolitik soll aus einem Guss agieren und ressortübergreifend gemeinsame Strategien erarbeiten, um die Kohärenz unseres internationalen Handelns zu erhöhen.“ Das bedarf eines großen Wurfes. Gerade SPD-Regierungen haben in der Vergangenheit mit strategischen Konzepten durchaus die Rolle Deutschlands und Europas gestärkt. Zu verweisen wäre auf die „Neue Ostpolitik“ der Brandt-/Schmidt-Regierungen (1969-82), mit dem Vordenker Egon Bahr (18. März d.J., 100. Geburtstag). Auch die Rot/Grüne-Regierung unter Schröder (1998-2005) leitete mit dem Einstieg in die Energiewende (Atomausstieg 2000) und einer Nachhaltigkeitsstrategie (2002) ein neues Zeitalter ein. Neu waren aber auch die konzeptionslosen Kriegsbeteiligungen Deutschlands (Jugoslawien/ Kosovo 1999, Afghanistan 2001-11), die durch die Nichtteilnahme an den Irak- und Libyen-Interventionen (2003 bzw. 2011) nicht völkerrechtskonformer wurden.

Kanzler Scholz nahm Anfang Mai 2022 den 77. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges zum Anlass, um Grundsätze deutscher Politik zum Russland-Ukraine-Krieg zu formulieren: „Wir haben nie dagewesene Sanktionen gegen die russische Wirtschaft und die russische Führung verhängt, um Putin von seinem Krieg abzubringen. [...] Und zugleich tun wir nicht alles, was der eine oder die andere gerade fordern.“

Denn: Ich habe in meinem Amtseid geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Dazu zählt, unser Land und unsere Verbündeten vor Gefahren zu schützen. Vier klare Grundsätze folgen daraus für die Politik: Erstens: Keine deutschen Alleingänge! [...] Zweitens: Bei allem, was wir tun, achten wir darauf, unsere Verteidigungsfähigkeit zu erhalten! [...] Drittens: Wir unternehmen nichts, was uns und unseren Partnern mehr schadet als Russland. Und viertens: Wir werden keine Entscheidung treffen, die die NATO Kriegspartei werden lässt.“ (Am 8. Mai 2022 – dem „Tag der Befreiung“ für die DDR seit 1945, für die Bundesrepublik, seit der Weizäcker-Rede von 1985). Tags darauf verstärkte Scholz gegenüber den Gewerkschaften seine Aussagen zu Punkt 3: „Ich muss hier niemandem sagen, was etwa ein sofortiger Stopp von Gas für die Chemie-, Stahl- oder Metallindustrie bedeuten würde. Niemandem ist damit geholfen, wenn hier die Lichter ausgehen, uns nicht und der Ukraine auch nicht.“ (9. Mai 2022) Klare Ansagen – gegenüber den widersprüchlichen grünen/gelben Partnern in der regierenden Ampelkoalition, an die Oppositionsparteien, an die deutsche Bevölkerung, an die westlichen Verbündeten sowie an die Ukraine und Russland. Für Scholz und Co. wird das nur zur Schicksalsfrage als Kanzler bzw. als Regierung; für große Teile der Bevölkerung führt es zu Existenzproblemen und sozialem Abstieg.

Die von der Ampel-Regierung im Zusammenhang mit dem Russland/Ukraine-Krieg erklärte „Zeitenwende“ hat vordergründig drei intensiv diskutierte, umstrittene Schwerpunkte: (1) Die Reorganisation der Energiewirtschaft Deutschlands, durch Diversifikation und Abbau von (gegenseitigen) Abhängigkeiten von der russischen Erdöl-/ Erdgas-Versorgung sowie einem beschleunigten Aus- und Aufbau einer alternativen Energiewirtschaft; (2) Absicherung des Lebensstandards und der Lebensqualität der Bevölkerung; sowie (3) Stärkung der nationalen und bündnispolitischen Verteidigungsbereitschaft. Abgesehen von den in Kriegszeiten üblichen emotionalen Vereinfachungen, der Demagogie und den Täuschungen/ Lügen, ist für die Strategiebestimmung jedoch rationaler Verstand notwendig. Zwingend für ihren Erfolg sind eine nüchterne Analyse realistischer Bedrohungs- und Problemsituationen sowie die Erarbeitung zeitgerechter Lösungen, unter konsequenter Orientierung an den Interessen Deutschlands und seiner Bevölkerung.⁴ Eine nicht unwesentliche

4 Vgl. Bahr, Egon (2000): Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik. München: Siedler Verlag; Dohnanyi, Klaus von (2022): Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, München: Siedler Verlag.

Anzahl anglophil-neokonservativer Regierungsmitglieder, Bundestagsabgeordneter und EU-Politiker ist davon – zum Schaden des deutschen Volkes – noch weit entfernt.

Charakter und Ursachen des Ukraine-Krieges

Russland führt seit dem 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Diese befindet sich in einem Verteidigungskrieg gegen Russland. Schon seit 2014/15 tobt in der Ukraine selbst ein Bürgerkrieg mit separatistischen Kräften. Gleichzeitig wird die Ukraine seitdem im Sinne der NATO-Staaten unter Führung der USA für einen Stellvertreterkrieg gegen Russland instrumentalisiert. Politisch handelt es sich um einen völkerrechtswidrigen imperialen Krieg um Machtdurchsetzung, Wertedominanz und Ausdehnung/Begrenzung von Einflussphären. Territorial-geographisch ist es ein begrenzter Regionalkrieg zwischen Russland und der Ukraine in Osteuropa, aber mit außerordentlich vielschichtigen globalen Wirkungen.

Militärisch als konventioneller Krieg geführt, birgt er mannigfaltige territoriale und waffentechnische Eskalationsgefahren. Die des Öfteren angeführte Gefahr eines globalen Kernwaffenkrieges ist jedoch hochgradig unwahrscheinlich. Noch am 3. Januar d. J. haben die Kernwaffenmächte in einer Gemeinsamen Erklärung bekräftigt, „dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. Das ist im Nachhinein auch als Teil einer russischen und US-amerikanischen rückversichernden Risikobegrenzung im Rahmen der Kriegsvorbereitungen interpretierbar. Demgemäß wurden auch die während des Krieges durchgeführten russischen Tests von Interkontinentalraketen (20.4.22), von der „ordnungsgemäß informierten“ US-Regierung als „Routine“ und konform mit den New START-Verhandlungen gesehen. Dennoch werden theoretische Szenarien eines punktuellen Einsatzes von „Mini-Nukes“ in begrenzten Kernwaffeneinsätzen erörtert, was im Zeitalter von Cyberkriegsführung und künstlicher Intelligenz schwer kalkulierbare Eskalationsrisiken in sich birgt.

Geostrategisch wird der Ukraine-Krieg seitens des Westens als Anlass für die Forcierung eines eurasischen/globalen, meist bipolar betrachteten Systemkonflikts USA/NATO vs. Russland/China genutzt. Er ist ein strategischer Hebel zur „Entkopplung“ Russlands und zunehmend auch Chinas von der Weltwirtschaft durch ein umfassendes Sanktionssystem – auch als Weltwirtschaftskrieg charakterisierbar.

Die Ursachen des Ukraine-Krieges lassen sich langfristig und vielfältig zurückverfolgen. Seit Anfang der 1990er Jahre mit der Auflösung der Sowjetunion und der Selbstständigkeit der Ukraine 1991 bauten sich Konflikte mit Russland auf. Eine deutliche Zuspitzung waren die Auseinandersetzungen zwischen der Europäischen Union und Russland um eine mögliche EU-Assoziierung der Ukraine sowie eine NATO-Mitgliedschaft nach 2000. Der Wechsel hin zur Konfrontation, sogar von möglichen Großkonflikten und damit einhergehenden Kriegsvorbereitungen, erfolgte in den Jahren 2008 bis 2014; nach der mehrfachen westlichen Kooperationsverweigerung gegenüber Putin (2001 und 2007), mit dem US-Versuch der Einleitung einer NATO-Aufnahme der Ukraine 2008 und gipfelte in der Ukraine-Krise 2014/15 mit der russischen Besetzung der Krim und der Unterstützung separatistischer Kräfte bei der Bildung der Teilstaaten Lugansk und Donezk.

Weltanschauliches Hauptproblem ist die wechselseitige Negation, der durch die Gegenseite empfundenen Sicherheitsinteressen. Ganz klassisch-traditionell – ähnlich wie im Kalten Krieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – existieren beidseitige Bedrohungsphobien. Phobien (!), die zur Grundlage erklärter Feindbilder hochstilisiert werden. Sie haben außen- wie innenpolitische Funktionen sowohl zur Manipulation der eigenen Bevölkerung als auch einer Stärkung des Zusammenhalts der Bündnisse, gehen aber wesentlich an den Realitäten vorbei.

Aus russischer Sicht wird dabei die NATO-Ost-Erweiterung bis unmittelbar an die Grenzen Russlands heran, in den Mittelpunkt einer „Einkreisungs-Bedrohung“ gestellt. Letztlich als nichtakzeptabel, als „rote Linie“ wurde dabei der Ukraine-Fall bewertet (trotz Ablehnung der NATO-Aufnahme durch Deutschland und Frankreich 2008).

Seitens der USA/NATO ist es die nun schon seit einem Jahrhundert betriebene antikommunistische, russophob gewandelte Argumentation von einer „Dominanz-/Bedrohungspolitik Russlands“. Die dem Regierungswechsel von Jelzin zu Putin 2000 folgende Stabilisierung Russlands und die umfangreichen eurasischen Kooperationsangebote werden als expansive Machtpolitik fehlinterpretiert und bekämpft.

Umorientierung Russlands

Verdrängt und weitgehend von westlichen Führungen – so auch von der unerfahrenen Ampelregierung Deutschlands – in ihren Konsequenzen nicht verstanden wird die grundsätzliche geostrategische Umorientierung Russlands.

Mit strategischen Blick auf die Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse in den letzten drei Jahrzehnten – Machtverluste der USA und des gesamten Westens sowie dem dynamischen Aufstieg Chinas und einer Vielzahl von Schwellenländern – gibt Russland seine klassische „Europa-Orientierung“ der vergangenen Jahrhunderte schrittweise auf. Die Abwendung und Trennung von Westeuropa/EU sowie die Umorientierung auf EurAsien, in enger Kooperation und strategischer Partnerschaft mit China (seit 2001 Freundschaftsvertrag) und Indien sowie durch die Instrumentalisierung neu geschaffener Großorganisationen (1996/2001 Shanghai Organisation, 2009 BRICS) bestimmen zunehmend das konzeptionelle Handeln und die operative Umsetzung der russischen Führungseliten. Dabei stützt sich Russland v.a. auf seine Potentiale als größte Rohstoffmacht der Welt und als Raketenkernwaffenmacht erster Kategorie. Das schließt Vorbereitungen auf politisch-wirtschaftliche Globalkonflikte und Regionalkriege ein.

Felder und Dokumente deutscher Sicherheitspolitik

Die Strategie-Gestaltung Deutschlands ist seit den 1990er Jahren vom Verständnis eines umfassenden Sicherheitsbegriffs bestimmt. Dabei werden alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst. In besonderer Weise die Außen- und Außenwirtschafts-Politik, das Militärwesen und zunehmend die Sozioökologie stehen im Mittelpunkt der Forschung und Beratung von über einhundert Institutionen und Lobbygruppen. Die deutschen Aktivitäten sind vernetzt mit entsprechenden internationalen, insbesondere in den EU- und NATO-Staaten.

Außenpolitik. Von übergeordneter Bedeutung sind die „Weißbücher zur Sicherheitspolitik“ (1994, 2006, 2016). Sie definieren mittelfristig die Grundlagen und Ziele sowie die strategischen Prioritäten und Gestaltungsfelder. Eine 4-Jahres-Konkretisierung erfolgt dann in den Koalitionsverträgen nach den Bundestagswahlen. Entgegen landläufiger Auffassungen sind diese (nicht die Wahlprogramme der Parteien), durchaus eine praxisnahe Handlungsorientierung mit nachweisbarer Erfolgsquote.

Bei der Erarbeitung von Strategiestudien von Entscheidungsfindungen sind die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) die wichtigsten Forschungs- und Beratungsinstitutionen zur Außen- und Sicherheitspolitik. So erstellte z.B. die SWP zur Umsetzung von Zielen der Lissabon-Strategie der EU (2000/2020)

Großstudien zur Souveränität und Selbstbestimmung der EU/Deutschlands: „Neue Macht – Neue Verantwortung“ (2013), „Strategische Autonomie Europas“ (2019), „Deutsche Außenpolitik im Wandel“ (2021). Als äußerst kritisch bzw. gescheitert einzuschätzen sind die Strategie-Ansätze der letzten Jahrzehnte zur Entwicklungs- sowie Flüchtlingspolitik, zu den Regionen Osteuropa, Kaukasus/Mittelasien sowie die Afrika- und die Indo-Pazifik-Leitlinien. Das erweist sich in den gegenwärtigen multiplen Global- und Regional-Krisen als außerordentlich problematisch und führt zu Einfluss- und Imageverlusten des demokratischen Gesellschaftsmodells der EU/Deutschlands.

Außenwirtschaft. Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht Europas hat sich seit Mitte der 1990er Jahre global aufgestellt und gehört technologisch zu den sieben führenden Großstaaten. Seine geoökonomischen Ex-/Import-Verflechtungen sind ein Erfolgsfaktor. Im Jahr 2000 wurde die „alternative Energiewende“ bis Mitte des 21. Jahrhunderts, begleitet durch eine Rohstoffstrategie (2010 und 2020) eingeleitet. Beispielhaft für das langfristig-strategische Herangehen sind auch die Großstudien „Deutschland 2030. Zukunftsperspektiven der Wertschöpfung“ (2011; unmittelbar nach der Weltwirtschaftskrise) sowie die jüngsten „Globalisierungsszenarien [...] aus Sicht der deutschen Wirtschaft“ (2021). Letztere prognostiziert Langzeitvarianten für ein handlungsfähiges Europa/Deutschland in Korrelation mit den Wirtschaftsmächten USA und China/Russland, auch unter widrigsten Rahmenbedingungen.⁵

Die im Rahmen des Sanktionsregimes gegen Russland angegangene Diversifikation und alternative Reduzierung/Ablösung der Erdöl-/Erdgas- und Kohle-Importe sind (bei partieller Aufrechterhaltung von SWIFT-Zahlungsmodalitäten) über 5-10 Jahre realisierbar. Letztlich sogar teilkompatibel zur Langzeitplanung der deutschen Energiepolitik einer Dekarbonisierung. Deutliche Energiepreisteigerungen und sozialpolitische Verteilungskonflikte müssen zur Verhinderung einer langfristigen Stagnation/Wirtschaftskrise und höherer Arbeitslosigkeit, durch sozialpolitische Großprogramme ausgeglichen werden. Kurzfristiger Aktionismus (9-€-Ticket, einmaliger Lastenausgleich, u. ä.) oder demagogische Durchhalte- und Sparappelle („Frieren für die Freiheit“) gehen an den existenziellen Problemen großer Bevölkerungsgruppen vorbei und bergen sozialen Sprengstoff.

5 Bartsch, Bernhard/ Laudin, Anika/ Sprich, Christoph (2021): Globalisierungsszenarien. Herausforderungen und Handlungsoptionen aus Sicht der deutschen Wirtschaft. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Militärwesen. Die „Weißbücher“ und die Verteidigungspolitischen Richtlinien (1992, 2003, 2011) bestimmen die Ziele, Aufgaben, Fähigkeiten und die völlige NATO-Integration der Bundeswehr. Der Hauptmangel ist das Fehlen einer realistischen militärischen (Nicht)Bedrohungsanalyse Deutschlands. Seit Mitte der 1990er Jahren wurde die Bundeswehr von einer „Verteidigungsarmee“ zu einer „Armee im Einsatz“ umorientiert. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht (2011) ist die Bundeswehr eine Berufsarmee. Im EU-Rahmen wird die militärtechnische Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO, 2017) intensiviert. Mehrfache Bundeswehrreformen nach 2000 sind im wesentlichen gescheitert. Strategische Fehleinschätzungen offenbaren die Auslandseinsätze: beispielhaft der Balkan/Kosovo-Einsatz (ab 1999), der desaströse Afghanistankrieg (2001-21), der laufende Mali-Einsatz. Der jüngste Reformansatz zur Umorientierung auf „Landes- und Bündnisverteidigung“ angesichts des Russland-Ukraine-Krieges ist bislang (noch) nicht schlüssig. Überdeutlich ist dafür die seit Jahrzehnten und besonders in den Krisensituationen fehlende Sachkenntnis und das sichtbare Führungsversagen der Außen- und Verteidigungs-MinisterInnen.

Die Bundesregierung beschloss die Schaffung eines über Kreditschulden finanzierten „Sondervermögens“ von 100 Milliarden Euro für Rüstungsvorhaben. Außerdem sollen ab 2025 mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung eingesetzt werden. Das ist realisierbar, aber überflüssig (!) – Verschleuderung von Volksvermögen in Ermangelung einer realistischen Bedrohungsanalyse und Strategieplanung. Die NATO-Staaten, inklusive Deutschland sind militärisch nicht ernsthaft bedroht. Das fragile „Abschreckungs-Konzept“ funktioniert wechselseitig seit den 1960er Jahren. Ein Raketenkernwaffenkrieg ist angesichts der „Gegenseitig Gesicherten Zerstörung“ (MAD) nicht führbar und nicht gewinnbar (Russland 6.000, USA 5.500 Kernsprengköpfe). Die deutsche „nukleare Teilhabe“ ist, auch mit der Anschaffung entsprechender F-35-Flugzeuge als Einsatzsysteme, US-fremdbestimmt. In der konventionellen Hochrüstung sind die europäischen NATO-Staaten, auch ohne (!) die USA, dem potentiellen Gegner Russland in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich überlegen: Anzahl des Militärpersonals (2021: 1 zu 2,3; 0,85 zu 2 Millionen), bei den waffentechnischen Stückzahlen, insbesondere bei den Luft- und Seestreitkräften und extrem bei den Rüstungsausgaben (1 zu 5; 65 zu 330 Milliarden Dollar). Selbst eine zusätzliche Berücksichtigung der US-Rüstung sowie der weiteren Auf-

Hochrüstungs-Dynamik der NATO-Staaten insgesamt, verändern die militärpolitische Grundsituation nicht. Der militärische Machtfaktor hat auf der Ebene der Groß- und Nuklearmächte seinen Grenznutzen überschritten und ist nicht mehr rational handhabbar, sondern birgt unkalkulierbare Eskalationsrisiken einer gegenseitigen Vernichtung in sich. Das ist auch einer der Hintergründe für die „Zurückhaltung“ der USA/NATO beim Direkteinsatz von Streitkräften sowie der Einrichtung einer Flugverbotszone und der Lieferung schwerer Offensiv-Waffen, wie Flugzeugen und Panzern, im Ukraine-Krieg.

Sozioökologie. Seit der Konferenz in Rio de Janeiro (1992) und dem „Kyoto-Protokoll“ (1997) praktiziert die EU/Deutschland eine aktive Umweltpolitik. Der konzeptionelle Durchbruch erfolgte unter der Rot/Grünen-Regierung mit dem „Atomausstieg“ (2000) und der „Nachhaltigkeitsstrategie“ (2002). Die Fortschrittsberichte, ihre Neuauflage (2016) sowie die praktische Umsetzung der Beschlüsse der Pariser Klimaziele (2015) bleiben jedoch weit hinter den Erfordernissen einer Klimastabilisierung zurück. Eine strategische Orientierung auf eine entsprechende Wirtschafts- und Lebensweise steht noch aus. Wesentliche Folgen des Ukraine-Krieges und der Sanktionspolitik, wie die Verlängerung der Energieerzeugung durch fossile Rohstoffe – Kohleverstromung, Einkäufe von Fracking-Gas und Erdöl sowie eine Weiternutzung von Atomstrom – stellen die Klima- und Umweltziele in Frage. Die Begrenzung auf 1,5 Grad Erwärmung und die Klimaneutralität durch CO₂-Absenkung bis 2035 sind nicht mehr erreichbar. Darüber hinaus ist eine globale Klima-Kooperation zwischen verfeindeten Großmächten ausgeschlossen. Die Ziele von Paris und die deutsche Klimapolitik einer Energiewende sind damit auf absehbare Zeit gescheitert. Auch ein angedachtes „Sondervermögen“ analog der Rüstungspolitik, aber für soziale und ökologische Fortschritte ist in der Ampelregierung strittig und bislang Fehlanzeige.

Kriegsziele scheitern

Im Russland-Ukraine-Krieg gibt es für keine Seite eine lohnende Siegoption. Der gegenwärtige Kriegsverlauf signalisiert einen möglichen „Pyrrhussieg“ – nur große und kleine Verlierer, „Sieger“ und „Besiegte“ werden ähnlich geschwächt. Dabei sind die absehbare militärische, vor allem aber die langfristige wirtschaftspolitische Gesamtsituation in Betracht zu ziehen. Der Konflikt ist militärisch nicht auflösbar, für einen

Kompromiss-Frieden ist eine nüchterne, z.T. sehr schmerzhaft Realpolitik unabdingbar.

Militärisch hat Russland die strategische Initiative. Erklärte Ziele sind die „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine. Nach dem Scheitern des Überraschungscoups zum Sturz der ukrainischen Regierung, zog Russland seine Truppen aus dem Raum Kiew zurück und konzentrierte sich auf den Donbass. Trotz damals geringerer Stärke (Russland/Ukraine ca. 100:200 Tausend) erlangten die russischen Truppen durch Konzentrationen, Manövrierfähigkeit und überlegene Feuerkraft, vorrangig in Kesselschlachten, die Überlegenheit gegenüber den ukrainischen Hauptkräften. Mit der Vernichtung des Asow-Regiments in Mariupol wurde das Teilziel der „Entnazifizierung“ als erreicht gesehen. Nach fünf Monaten Krieg ist, bis auf das Gebiet um Odessa, die gesamte Südküste inklusive der Krim, durch Russland und die verbündeten Republiken Donezk und Lugansk besetzt. Weitere Territorialbesetzungen sind wahrscheinlich.

Die ukrainischen Streitkräfte sind dagegen – trotz jahrelanger Vorbereitung auf den Krieg – nur zu taktischen, örtlich-begrenzten Kampfhandlungen in der Lage. Ihre Widerstandskraft stützt sich in totaler Abhängigkeit auf dauerhafte materielle (Waffenlieferungen, inklusive Ausbildung) und logistische Unterstützung, nachrichtendienstlich Aufklärungs-/Zieldaten sowie finanzielle Milliardenhilfen der USA/NATO und der EU. Dramatisch sind die Verluste an Militärpersonal (pro Tag 100-500 Tote/Verwundete) und Territorium (bisher ca. 20 Prozent). Der weitere Verlauf des Krieges und seine Dauer sind schwer kalkulierbar. Deutlich ist: „Die Unfähigkeit des Westens, seinen Gegner rational zu beurteilen, scheint die Ukraine in eine Katastrophe zu führen.“⁶

Ökonomisch wird Russland durch die Belastungen des Ukraine-Krieges und westliche Sanktionen deutlich geschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP 2021: ca. 1.700 Mrd.US-Dollar) brach um 10-15 Prozent ein. Der Außenhandel ist rückläufig, insbesondere der West-Export von Rohstoffen sowie der Zugang zur Hochleistungstechnologie weitgehend unterbunden. Dennoch sind die Wirkungen der Sanktionen zeitlich wie inhaltlich unerwartet begrenzt. Während des Krieges konnte Russland bis zu 30 Prozent Mehreinnahmen aus dem Öl-/Gas-Geschäft erwirtschaften. Der Rubel stabilisierte sich, neue Zahlungssysteme auf nationaler

6 Sachkundige Analyse und Prognose vgl. Baud, J. (2022): <https://overton-magazin.de/krass-konkret/stand-der-militaerischen-lage-in-der-ukraine-anfang-juni/>

Währungsbasis sind im Entstehen. Das westliche Sanktions-Regime gegen Russland wird von einer globalen Staaten-Mehrheit nicht mitgetragen. Das betrifft die strategischen Partner China und Indien sowie über 100 Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Mit einer Bevölkerung von 4,5 Milliarden Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ca. 20.000 Milliarden US-Dollar (nominal, Westen unter 1 Mrd. Menschen, BIP ca. 40.000 Mrd.) sind das die Hauptpartner/-regionen für russische Absatz- und Beschaffungsmärkte in den nächsten Jahrzehnten. Die USA/NATO-Wunschvorstellungen einer weltwirtschaftlichen „Entkopplung“ und „Isolation“ Russlands sind gescheitert. Im Gegenteil, die instabilen Kräfteverhältnisse verschieben sich weiter zugunsten der nichtwestlichen Welt.

Die Ukraine ist wirtschaftlich zusammengebrochen. Schon in dem Jahrzehnt vor dem Krieg hatte sie eine der schwächsten Volkswirtschaften Europas (siehe Tabelle; BIP 2021: ca. 200 Mrd. US-Dollar).⁷ Langfristige Hauptursache für die ökonomische Unterentwicklung ist das Scheitern der Transformation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91. Vergleichbare Nachbarn realisierten demgegenüber eine dynamische Entwicklung (Polen 4-fach, Rumänien 3-fach höher). Im ersten Kriegshalbjahr 2022 ist ein drastischer BIP-Rückgang von 40-60 Prozent zu konstatieren. Zwei Drittel der Arbeitskräfte sind z.Zt. nicht mehr wertschöpfend beschäftigt. 7 Millionen UkrainerInnen (ca. 20 Prozent) haben das Land als Flüchtlinge verlassen. Die Wirtschaft liegt im Vergleich zur EU bei unter 10 Prozent Gesamtproduktivität und ist ca. 50 Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeblieben.

Die Ukraine ist kein Verbündeter

Beide Kriegsparteien sind keine Verbündeten Deutschlands. Für Russland erübrigt sich an dieser Stelle eine Begründung. Die Ukraine ist weder Mitglied der NATO noch der EU. Entsprechende Aufnahmeprozesse erfordern in beiden Organisationen Kriterien, der die Ukraine nicht annähernd gerecht wird und längerfristig ihre Mitgliedschaft ausschließen.

Hervorzuheben sind dabei die „Kopenhagener Kriterien“ der EU von 1993 und die, deutlich zurückhaltender formulierten, Bedingungen des NATO-Vertrages:

⁷ Vgl. Kleinwächter, Kai (2022): <https://www.heise.de/tp/features/Die-Ukraine-das-hochgeruestete-Armenhaus-Euro-pas-7147424.html>

Die 12 ärmsten Staaten Europas 2020

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (gerundet)				
in US-\$		Kaufkraftparität in US-\$*		
1	Ukraine	3.700	Kosovo	10.700
2	Kosovo	4.300	Moldau	12.300
3	Moldau	4.500	Ukraine	12.400
4	Albanien	5.200	Albanien	13.200
5	Nord Mazedonien	5.900	Bosnien	14.500
6	Weißrussland	6.400	Nord Mazedonien	16.000
7	Bosnien	6.100	Serbien	18.300
8	Montenegro	7.700	Montenegro	18.300
9	Serbien	7.700	Weißrussland	19.200
10	Türkei	8.500	Bulgarien	22.400
11	Bulgarien	10.100	Russland	26.500
12	Russland	10.100	Griechenland	27.000
Zum Vergleich				
	Deutschland	46.200	Deutschland	51.400
	EU	34.200	EU	41.700

* konstante Preise von 2017 in internationalen US-\$

Quelle: Wordbank Indicators 2022. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog).

(1) Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Ukraine ist hochgradig geprägt von politischer Instabilität. Demokratie-/Rechtsausübung sind fragwürdig und nicht kompatibel mit westlichen Demokratie-Maßstäben. Sie gleichen eher Russland, Belarus und den Ländern Mittelasiens. Die Staatsstrukturen der Ukraine arbeiten ineffektiv und bremsen Fortschritte.

(2) Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit. In der Ukraine herrscht ein korrupter Oligarchen-Kapitalismus. Die Wirtschaft ist desaströs unproduktiv und nicht konkurrenzfähig. Eine Aufnahme würde die EU-Integration langfristig behindern und die vorhandenen Konflikte (z.B. bei der Subventionsverteilung) drastisch vertiefen. Es bestünden die Gefahren einer „strategischen Überdehnung“ und des EU-Zerfalls. Ähnlich dem Problemfall Türkei.

(3) Beitrag zur Sicherheit. Es ist NATO-Grundkonsens, kein Land als Mitglied in die Allianz aufzunehmen, das sich in einer Konfliktsituation befindet. Deshalb erfolgte bereits 2008 eine entsprechende Ablehnung durch Frankreich und Deutschland. Der Krieg mit Russland, seine unabsehbare Entwicklung und die möglichen Konditionen seiner Beendigung blockieren eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine.

EU wie NATO implementieren in ihren Aufnahmebedingungen die Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten zum Beitritt neuer Staaten. Der überhastete EU-Ratsbeschluss (23.6.22), der Ukraine (und der Republik Moldau) den „Status eines Beitrittskandidaten“ zuzuerkennen, ist wesentlich der aufgeheizten Situation geschuldet und trägt stark politisch-propagandistische Züge. Aufgrund der Rahmenbedingungen, der unabsehbaren Konflikt-/Kriegs-Lage, des langwierigen Aufnahmeverfahrens und der gravierend unterschiedlichen Interessen der 27 EU- und 30 NATO-Staaten ist jedoch langfristig (10-20 Jahre) nicht mit einem Beitritt der Ukraine zu rechnen.

Die deutsche Ampelregierung erweist im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung der ukrainischen Bevölkerung umfassende Solidarität – humanitäre und soziale Hilfe direkt vor Ort sowie den ca. eine Million Ukraine-Flüchtlingen in Deutschland. Dazu gehört auch eine angemessene materielle und finanzielle Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes.

Eine Solidarisierung mit der antidemokratischen Führungselite und dem korrupten Oligarchen-Regime der Ukraine ist abzulehnen. Hier zeigen sich auch bei der Ampelregierung traditionelle Züge eines doppelbödigen, demagogischen Charakters deutscher Außenpolitik. Deutschlands Freiheit wird nicht „am Hindukusch“ oder von der Ukraine, sondern im Rahmen von EU/NATO von uns selbst verteidigt.

Negation deutscher Interessen

Wie eingangs herausgearbeitet ist die deutsche Sicherheitspolitik unter der Ampelregierung durch eine strategische Trinität von (1) Energie-/Umwelt-Politik, (2) sozialer Absicherung des Lebensstandards der Bevölkerung und (3) Stärkung der Verteidigungsfähigkeit geprägt.

Schon im bisher (kurzen) Verlauf des Ukraine-Krieges und der absehbaren Folgen für die deutsche Bevölkerung haben sich die Prioritäten verschoben. Im März bis Mai d. J. standen – mit dem „Sondervermögen“ für die Bundeswehr, den westlichen Sanktionspaketen gegen Russland und den Waffenlieferungen an die Ukraine – unmittelbare Reaktionen auf den Krieg im Mittelpunkt der Regierungspolitik und der Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Deutlich wurden Tendenzen einer Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands. Danach kippt die gesellschaftliche Situation mit Blick auf die unmittelbaren drastisch-negativen

sozialen Folgen sowie die langfristigen Wirkungen. Angesichts der Realitäten sind die Versicherungen des Kanzlers, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, respektive die Regierungspolitik zunehmend nicht mehr glaubwürdig.

Die bisherigen EU-Sanktions-Pakete betreffen vor allem die Bereiche Außenhandel, insbesondere Energiewirtschaft, Hochleistungstechnologie und den Währungs-/Kapitalmarkt. Russland hat den „Wirtschaftskrieg“ des Westens angenommen und reagiert mit Gegenmaßnahmen auf die Sanktionen. Dabei hat es insbesondere gegenüber Deutschland im Bereich Energie/Gas eine wirksame Eskalationskontrolle. Infolge des Gesamtkonfliktes wurden die Beziehungen in der Außenwirtschaft instabil, wirken die gegenseitigen (!) ökonomischen und sozialen Abhängigkeiten.

Die Interessen Deutschlands stehen zur Disposition. Schnell wurde deutlich, dass nahezu alle Lebensbereiche der breiten Bevölkerungsmasse negativ betroffen sind. Die Inflation in Deutschland – seit fast 30 Jahren unter 2 Prozent – sprang innerhalb der letzten Monate auf 7-9 Prozent! Das betrifft vor allem die Existenzgrundlagen (!) der Mehrheit der Bevölkerung durch massive Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Wohnkosten. Es drohen trotz massiver Stützungsgelder die Verringerung des Lebensstandards, eine Verarmung von 30-40 Prozent der unteren Bevölkerungsschichten sowie deutlich höhere Belastungen der Mittelschicht. Eine neue, drastisch negative Erfahrung für die jüngeren Generationen.

Soziale Verteilungskämpfe und Proteste haben begonnen: massive Lohnforderungen, Streiks der Gewerkschaften; Konflikte inner- und außerhalb der Regierung um die Steuer- und Subventionspolitik sowie eine hohe Neuverschuldung des Staates; Petitionen mit 100-tausendfacher Zustimmung gegen Krieg und Waffenlieferungen sowie für Friedensverhandlungen; umfangreiche Regierungskritik in den sozialen Medien; Massendemonstrationen, politische Radikalisierungen und eine unkontrollierbare Eskalation (analog Corona-Protesten, „Gelbwesten“) sind nicht auszuschließen. Ähnlich, z.T. deutlich zugespitzter zeigen sich die Probleme in allen EU-Staaten. Ein anhaltender Russland-Ukraine-Krieg mit seinen globalen Auswirkungen destabilisiert auf Jahre die europäische und deutsche Wirtschaft und die Gesellschaften insgesamt.

Politische Lösungsansätze

Der Russland-Ukraine-Konflikt hat eine jahrzehntelange Geschichte und ist durch seine Kriegszuspitzung einer Lösung nicht nähergekommen. Nüchterner Realismus ist angesagt.

Ansätze zur friedlichen Einigung waren durch die Minsk-Vereinbarungen 2014/15 gelegt (Waffenstillstand/-abzug, OSZE-Kontrolle, vertraglicher Sonderstatus für Lugansk und Donezk; Verfassungsreform der Ukraine), sind aber von den Ereignissen überholt. Teilnehmer waren damals die Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland. Die Initiative ging von letzteren aus. Die USA hatten nicht teilgenommen. Die Ukraine unter den Präsidenten Poroschenko und Selenskyj, wesentlich beeinflusst von den USA, sabotierten die Umsetzung und führten 2015-22 Kriegshandlungen gegen Lugansk und Donezk durch (über 10.000 Tote). Deutschland und Frankreich drängten die Ukraine nicht auf Erfüllung der Vereinbarungen. Russland war zunehmend desinteressiert, erklärte die Minsker-Vereinbarungen am 21. Februar d. J. für gescheitert und anerkannte Lugansk und Donezk als eigenständige Staaten. Auf Hilfsersuchen dieser begann Russland am 24. Februar den Krieg gegen die Ukraine.

Selenskyjs Initiativen zur Aufnahme und Führung eines Dialogs im März/April d. J. mit Russland, in Belarus und der Türkei wurden von den USA, Großbritannien und der EU hintertrieben. Dennoch wurden erste Inhalte kommender Verhandlungen ausgetauscht:

Künftige Neutralität der Ukraine, keine NATO-Mitgliedschaft; Krim-Moratorium für 15 Jahre im gegenwärtigen Status; Autonomie von Lugansk und Donezk. Nach Austausch der Positionen und Übergabe von Dokumenten zwischen der Ukraine und Russland, widerrief Selenskyj seine Vorschläge. Der Kriegsverlauf zuungunsten der Ukraine sowie drängende internationale Nahrungsmittelprobleme zwingen jedoch zu mehr Realismus. Auf militärischer und außenpolitischer Arbeitsebene wurden laufende Kontakte und ein Informationsaustausch hergestellt, auch direkt zwischen den USA und Russland.

Schlussfolgerungen

(1) Deutschlands Außenpolitik ist strategiefähig. Als ein hochentwickelter moderner Großstaat verfügt es über strategisches Denken, langfristige Programmatik und funktionierende Instrumente in den Hauptbereichen

der Gesellschaft. Die Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte war im wesentlichen erfolgreich, das zeigen die Friedensordnung und der Lebensstandard Mitteleuropas.⁸ Gegenwärtige Diffamierungskampagnen durch reaktionäre Kräfte außerhalb und innerhalb der Regierung sind ahistorisch.

(2) Notwendigkeit einer interessengeleiteten Realpolitik. Eine „Zeitenwende“ hin zu einer konfrontativen „Entkopplung“ Russlands (und Chinas) ist emotional verständlich, führt aber in eine historisch-strategische Sackgasse. Sie schadet den Interessen Deutschlands und der Mehrheit seiner Bevölkerung. Ernstzunehmen sind Hinweise auf eine Wirtschaftskrise in Deutschland und Europa sowie eine deutliche Zunahme sozialer Konflikte.

(3) Handlungsunfähigkeit. Eine „Strategieunfähigkeit“ Deutschlands ist unwahrscheinlich. Fehleinschätzungen und Defensivpositionen sind offensichtlich und Normalität sowie zukunftsorientiert korrigierbar. Hauptursachen dafür sind zunehmende Tendenzen einer Deglobalisierung und Regionalisierung sowie aktuelle Anleihen an eine „Politik der Stärke“ der Ewiggestrigen. Der Krieg Russland/Ukraine und seine längerfristigen Folgen erschweren die Prognosestätigkeit und engen die Aktionsmöglichkeiten ein. Transatlantischen und eurasischen Versuchen einer Einmischung/Fremdbestimmung der Politik Deutschlands und der EU ist entgegenzutreten. Die Ampelkoalition läuft Gefahr, in eine abgekartete „Putin-Biden-Falle“ zu tapen.

(4) Systemkonfrontation. Die mit „scharfer Sanktionspolitik“ beabsichtigte Destabilisierung Russlands bis hin zum „Regime Change“ scheitert. Der bündnisartige Block Russland/China und seine Unterstützer sind militärisch sowie ökonomisch nicht besiegbar. US-Forderungen nach einem Totalboykott der Wirtschafts- und Energiebeziehungen gegenüber Russland und zunehmend Chinas haben auch das Ziel, die EU und insbesondere Deutschland als Konkurrenten langfristig zu schwächen. Die gegenwärtigen Scheinvorteile der USA/EU werden die machtpolitische Relativierung der USA nicht aufhalten und Europa/Deutschland müssen das in ihrer Strategiebildung berücksichtigen. Dahingehend erweist sich die SPD-geführte-Ampelregierung, unter dem Druck der neokonservativen Atlantiker, bisher nicht auf der Höhe der Zeit.

8 Vgl. Kleinwächter, Lutz/ Kleinwächter Kai (2019): Deutschland in EurAsien. Aspekte einer Strategie im multipolaren Zeitalter. In: Krämer, Raimund (Hrsg.) (2019): Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Potsdam: Verlag WeltTrends. <http://welttrends.de/res/uploads/IIP-Papiere-26.pdf>

(5) Globale Probleme. Die existenziellen weltweiten Bedrohungen erzwingen – in partieller Interessenübereinstimmung der verschiedenen Systeme und strategischen Kulturen, in der Krieg-/Frieden-Problematik und angesichts der drastischen Folgen der Klimaveränderung – einen kooperativen und historisch zeitnahen Lösungsansatz. Erst nach Aufgabe der Konfrontation und einem Neueinstieg in die Dialogpolitik sind in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts praktische Ergebnisse möglich.

(6) Multipolarität statt Systemkampf. Die Realitäten erfordern die Entwicklung globaler, gewaltfreier Streitkulturen, Kooperation und Wettbewerb statt „Systemgegnerschaft“ und „Entkopplung“. Im Mittelpunkt der Interessenpolitik der EU/Deutschlands steht die Stärkung einer multilateralen polyzentristischen Stabilität. Das Hauptziel bleibt – trotz kriegerischer Zuspitzung – die Erzielung von stabilen Kompromissen zur Lösung zivilisatorischer Existenzprobleme.

Gesamtfazit: Die „Neue deutsche Verantwortung“ besteht nicht in einer konfrontativen rückwärtsgewandten „Zeitenwende“, sondern in der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einschluss Russlands. Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Außenpolitik der Ampelregierung ist sie wider besseren Wissens mitschuldig, dass auch das 21. Jahrhundert für die Lösung globaler Menschheitsprobleme wieder ein „verlorenes Jahrhundert“ wird!

ANZEIGE



WeltTrends 188 | Juni 2022

Ukrainekrieg und globale Spaltung

Der Krieg in der Ukraine prägt auch dieses Heft: Es geht es um dessen Folgen für die Ordnung der Welt. Er ist kein Auslöser für diese Unordnungen der Welt, aber er wird instrumentalisiert und verschärft den Prozess der Spaltung in Blöcke. Kommt eine neue geopolitische Ära? Was bringt die Mearsheimer-Debatte an Erkenntnis? Welche Rolle hat noch Russland? Auch im WeltBlick geht es um diesen Krieg: das Versagen der Diplomatie und die Konsequenzen für Afrika. In der Historie wird an den Rapallo-Vertrag erinnert.

Zeitenwende

Petra Erler

„**Z**eitenwende“. Damit beschrieb der deutsche Bundeskanzler die „Zäsur, die der russische Angriff auf die Ukraine bedeute. Was so apokalyptisch drohend artikuliert wurde, ist eine rasante Anpassung an die konfrontative Strategie der USA gegenüber Russland (und China) und in deren Gefolge der NATO. Schwupps wurden langfristig bewährte Prinzipien der deutschen Außenpolitik über Bord geworfen.

Helmut Schmidt konnte noch unwidersprochen auf dem im Völkerrecht verankerten Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten beharren – vorbei. Helmut Kohl konnte noch das Verbot der Ausfuhr von Kriegswaffen in Spannungsgebiete aufrechterhalten – vorbei. Gerhard Schröder konnte noch die Mitwirkung an einer amerikanischen Aggression verweigern – vorbei. Angela Merkel konnte noch den Einstieg der NATO in den Ukrainekonflikt abbremsen – vorbei. Die EU träumte von strategischer Autonomie und globalen Ambitionen – vorbei. Sie kann und will noch nicht einmal ihre Energiepolitik souverän gestalten.

Wir wären aber nicht in Deutschland, wenn diese radikale Wende nicht verbunden wäre mit Selbstbeichtigung und tiefster Zerknirschung darüber, wie man bisher nur so eigensüchtig, naiv und blind sein konnte, diesem schrecklichen russischen Despoten Putin zu vertrauen und sich in russische Fänge zu begeben, so als wäre die deutsche Außenpolitik in den letzten 20 Jahren von der Beziehung zu einem einzigen Mann abhängig gewesen und von Trotteln gemacht worden.

Der Bundespräsident ging den Weg der Selbstkasteiung als Erster und entwertete damit nicht nur Jahrzehnte deutscher Außenpolitik, sondern brach im Vorbeigehen seiner eigenen Partei das Rückgrat. Und davon wird die SPD sich nicht erholen. Die Leitmedien, allen voran die früher als fortschrittlich-liberal angesehenen Redaktionen in Hamburg und München überbieten sich in Schuldvorwürfen an die deutsche Adresse und feuern sich mit ihrem Kriegsgeschrei selber an. Tatsächlich sind auch sie nicht emanzipiert und folgen schon seit Jahren mehr oder weniger jeder Interpretation, die im amerikanischen liberalen Mainstream en vogue ist. Die Verteidigung der imperialen Rolle der USA ist dort immer en vogue.

Zudem wurde durch die Trump-Präsidentschaft ein neues Kapitel Russlandhetze aufgeschlagen. Jenseits und diesseits des Atlantiks verkündeten selbsternannte Verteidiger der Demokratie allen Ernstes, Trump sei vom Kreml auf den Thron gehievt worden und stehe in dessen Schuld. Das erwies sich im Laufe der Jahre als grandioses Desinformationsmanöver, wird aber bis heute gerne geglaubt und demzufolge immer wieder neu kolportiert.

Na gut, könnte man einwenden. Die russische Aggression hat die Dinge geändert, da muss man Strategie und Taktik anpassen und Vergangenen nicht nachgreinen. Aber um die Lage zu verstehen, muss man sich mit dem Vergangenen befassen. Es ist die Abwesenheit einer europäischen Sicherheitsarchitektur, die für alle Staaten des Kontinents akzeptabel ist und ihre legitimen Sicherheitsbedürfnisse respektiert, die in diesem Krieg zum Ausdruck kommt. Prinzipien sind schön und gut, aber eine Sicherheitsarchitektur braucht mehr. Sie braucht Verfahren und Institutionen, den Dialog, Kontroll- und Konfliktlösungsmechanismen.

Der russischen Seite kann nicht ein Mangel an Versuchen vorgeworfen werden, eine solche Friedensordnung zu schaffen. Das haben die USA und die von ihr geführte NATO verhindert. Man muss Russland vorwerfen, dass es das Feld der Diplomatie verließ, nunmehr amerikanischen Spielregeln folgte und seine Interessenpolitik auf das Feld des Militärischen verlagerte, unter Missachtung des Völkerrechts. Das ist, gemessen an der russischen Politik der letzten Jahre, ein unerhörter Tabubruch, gemessen am amerikanischen Politikverständnis der letzten Jahrzehnte nicht mal ein Gleichziehen. Das entschuldigt die russische Aggression nicht, setzt sie nur in die Perspektive dessen, was durch die UN-Charta eigentlich verhindert werden sollte: der Missbrauch des Rechts durch den militärisch Stärkeren.

Aus russischer Sicht geht es beim Ukrainekrieg um die Verteidigung der eigenen Existenz. Dem muss man nicht zustimmen, nur dass die USA und die NATO in ihren Reaktionen auf diesen Krieg diese Sichtweise legitimierten. Waffenlieferungen und Sanktionen dienen nicht dem Erzwingen eines Waffenstillstands und eines Friedensschlusses, sie sollen Russland unterwerfen, wenn es nach der deutschen Außenministerin geht, sogar „ruinieren“.

Laut dem Pentagon-Sprecher wurde die Ukraine auf diesen Krieg trainiert, seit acht Jahren, damit sie siegreich hervorgeht. Wer hat sie auf einen Friedensschluss trainiert? Wer hat den Frieden mit Russland gesucht? Wer hat die friedliche Konfliktlösung in der Ukraine hintertrieben?

Nun hat sich auch die deutsche Politik auf das *va banque*-Spiel eines Stellvertreterkrieges eingelassen, allen Kanzlerbeteuerungen zum Trotz, man wolle Verhandlungen und einen zügigen Weg zum Frieden.

Was in der westlichen Ukraine-Politik heute passiert, hängt mit Wirklichkeitsverweigerung zusammen. In den USA und im weiteren Sinn in der westlichen Staatenwelt wird noch immer geglaubt, die globalen Spielregeln allein bestimmen zu können. Es geht die große Angst um, dass der eine Hegemon durch einen anderen abgelöst werden könnte, der sich dann genauso oder noch schlimmer verhält, als man selber.

So wird ignoriert, dass große und kleine Nationen in Asien, Afrika und Lateinamerika westliche Vorherrschaft nicht mehr stillschweigend schlucken. Sie haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass der Hegemon nicht wohlwollend ist, sondern heuchelt. Sie haben an Selbstbewusstsein und internationaler Statur gewonnen. Eindeutig verurteilt die Mehrheit der Staaten den Völkerrechtsbruch durch Russland. Viele haben allerdings gleichzeitig sehr viel mehr Verständnis für russische Sicherheitsinteressen, als wir uns vorzustellen bereit sind, denn dort herrscht nicht selektive Geschichtsschreibung. Eine Mehrheit hat weder Interesse am Kampf der Giganten noch am Recht des Stärkeren, und sie sind es leid, von Massenvernichtungswaffen bedroht zu werden.

Wenn der Niedergang eines Imperiums einsetzt, werden die Zeiten gefährlich. Die alte Weltordnung wankt, die neue ist nur in Konturen sichtbar. In den USA kriselt es im Inneren. Tatsächlich sind die Verhältnisse dort so polarisiert wie in ihren Außenbeziehungen. Die einen werden belobigt, die anderen anklagt und gerichtet nach eigenem Gusto.

Nur mit dem Unterschied, dass einige Stützpfeiler ihrer globalen Dominanz zu bröckeln begonnen haben, dass sie nicht mehr unverwundbar erscheinen, und dass ihre Abhängigkeit von guten Beziehungen zu anderen Staaten eher gewachsen ist. Die Multipolarität scheint unausweichlich, denn China, Russland, aber auch Indien und andere Länder säßen lieber an einem Runden Tisch.

Es sieht so aus, als ob wir direkt in eine Zeit noch schärferer militärischer Konfrontation marschieren, damit der Tisch auf jeden Fall eckig bleibt.

Eine interessante Frage ist, warum sich die EU nicht für den Runden Tisch entscheidet, und warum in der EU vor allem Deutschland zum Salto mortale rückwärts angetreten ist. Deutschland war einer der Hauptakteure 1990, die die Vision einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur verfolgten, die in der KSZE-Erklärung von Paris niedergelegt wurde. Nur dadurch wurde die deutsche Einigung überhaupt möglich. Die EU erlebte in den Balkankriegen, wieviel Luntten in Europa lauern, die nur eines Funken bedürfen, um eine Explosion auszulösen. War es die verhängnisvolle deutsche Entscheidung, Kroatien und Slowenien im Alleingang anzuerkennen oder im Kosovokrieg mitzumachen oder der Neuerfindung der NATO nichts entgegenzusetzen, die den Neubeginn lähmte?

Wurde nicht begriffen, dass die Berufung auf die legitimen Interessen neuer Mitglieder nur vorgeschoben war, als sich die NATO immer mehr nach Osten ausdehnte und gleichzeitig Russland nur einen Platz am Katzentisch anbot? Oder war es die tief verwurzelte Feindschaft gegenüber den „Russen“, die sich trotz Ende des Kalten Krieges immer wieder erneuerte? Hätten nicht die katastrophalen Auswirkungen der US-Sanktionen nach dem Ersten Golfkrieg auf den Irak Widerspruch auslösen müssen? Hätte die EU nicht erschreckt innehalten müssen, angesichts der Lügen, die den „Krieg gegen den Terror“ prägten und prägen, angesichts von Folter, CIA-Geheimgefängnissen und Guantanamo? Hätte die EU nicht bei der Aufkündigung des INF-Vertrags aufwachen müssen, oder angesichts der Art und Weise, wie sich die USA aus Afghanistan verabschiedeten?

Nichts davon hat dazu geführt, dass die EU ihr Schicksal in die eigenen Hände nahm und den USA freundlich, aber entschieden beschied, dass der europäische Kontinent in ihren Verantwortungsbereich fällt.

Wenn man bedenkt, mit welcher Arroganz Deutschland und die EU das Projekt eines Transatlantischen Wirtschaftsraums zerstörten, wie über amerikanische „Chlorhähnchen“ hergezogen wurde, so als servierte man in den USA der eigenen Bevölkerung pures Gift, und das vergleicht mit der nahezu sprachlosen Unterwürfigkeit, mit der sich heute beispielsweise US-Energieinteressen gebeugt wird, dann stellt sich die Frage, ob Macron mit seiner Einschätzung, die NATO sei hirntot, nicht den falschen Esel gemeint hat.

Seit Russland seine sicherheitspolitischen Interessen Ende 2021 schriftlich fixierte, liegt ein Verhandlungsangebot auf dem Tisch, das die USA negieren. Nun stellt sich die Frage, ob der Stellvertreterkrieg um die Ukraine bis zum bitteren Ende ausgetragen wird, und um welchen Preis?

Wird es danach noch eine Ukraine geben? Europa? Die Welt?

Dass diese Frage heute überhaupt wieder hochaktuell ist, müsste ausreichen, um Frieden und den Interessenausgleich zu suchen und an einer gemeinsamen Ordnung zu bauen, die ein sicheres Heim für alle Europäer ist.

Dass das heute abgelehnt wird, dass jedes Ansinnen danach niedergeschrien wird, als „Vulgärpazifismus“ und so ähnlich gebrandmarkt wird, dass Verhandlungen abgelehnt werden, zeigt, dass auch das Zeitalter der Vernunft zu Ende gegangen ist.

Es ist fatal, dass die aktuelle deutsche Regierung das alles gar nicht begreift.

ANZEIGE



Raimund Krämer (Hrsg.)

Zwischen Kooperation und Konkurrenz

In den Debatten um eine neue Weltordnung kommt dem Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok eine besondere Bedeutung zu. Als „eurasischer Raum“ steht er im Fokus sowohl unterschiedlicher Akteure der globalen Politik als auch der strategischen Debatten in den verschiedenen Ländern. Angesichts der wirtschaftlichen und institutionellen Dynamiken einerseits und der politisch-militärischen Differenzen andererseits haben die Entwicklungen im eurasischen Raum einen erheblichen Einfluss auf die globale internationale Lage und sind damit friedenspolitisch von größter Bedeutung.

WeltTrends, Potsdam 2019 | ISBN 978-3-947802-45-6

Auswirkungen des Ukrainekrieges Russlands

Hubert Thielicke

Europa steht vor einem Scherbenhaufen. Der am 24. Februar begonnene russische Überfall auf die Ukraine ist ein schwerwiegender Völkerrechtsbruch, führt zu riesigen Opfern, vor allem in der Ukraine, und wird auf lange Zeit die Konfrontation in Europa verschärfen. Während in der Ukraine die Kämpfe tobten, beschloss die NATO in Madrid ein neues strategisches Konzept, das auf eine massive Aufrüstung hinausläuft. Die USA stellten ihre Führungsmacht unter Beweis; die Bundesregierung ordnete sich willig ein und beschloss mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“ und dem 2-Prozent-Ziel eine bisher nie dagewesene Hochrüstung. In militärischen und wehrwirtschaftlichen Kreisen ist bereits jetzt die Rede davon, das sei alles noch zu wenig.

Damit trug Präsident Putin offensichtlich zu einer Stärkung des westlichen Militärbündnisses bei. Er mag sich nun fragen, wie weit er seine Ziele erreichte und ob er in eine Falle ging, die Russland auf lange Sicht schwer schaden wird. Betrachtet man den Krieg und seine bisherigen Folgen, sollten allerdings seine Vorgeschichte und Begleitumstände nicht übersehen werden. Es geht *erstens* um ein Versagen von Politik und Diplomatie, insbesondere der Krisenprävention, und *zweitens* um das Scheitern der Rüstungskontrolle.

Krisenprävention scheiterte

Die ohnehin schon schwierige Lage in Europa hatte sich seit Beginn des Jahrhunderts zunehmend verschärft. Entgegen allen Russland Anfang der 1990er Jahre gemachten Versprechungen hatte sich die NATO immer weiter in Richtung der russischen Grenzen vorgeschoben.¹ Die militärische Konfrontation eskalierte im Laufe des Jahres 2021 – Manöver und Truppenbewegungen auf beiden Seiten; ein Krisenmanagement kam nicht zustande.

Im Dezember 2021 unterbreitete Russland den USA und der NATO Papiere über Vereinbarungen (mit den USA) zu Sicherheitsgarantien und

¹ „Archivfund stützt russische Version“. In: Der Spiegel, Nr. 8/2022, S. 25. „Das würde ich sogar beedien“. Interview mit Genschers Spitzendiplomat Frank Elbe. In: Der Spiegel, Nr. 9/2022, S. 44f.

(mit der NATO) zu weiteren Sicherheitsmaßnahmen. Beide Dokumente waren sehr strikt formuliert, trugen mehr oder weniger ultimativen Charakter. Daraufhin fanden im Januar drei Gesprächsrunden mit Russland statt: in Genf mit den USA, in Brüssel im NATO-Russland-Rat und in Wien im Rahmen der OSZE. Die EU war nicht direkt beteiligt, ihre der NATO angehörenden Mitglieder allerdings schon. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kritisierte dieses Vorgehen und forderte die Einbeziehung der Europäischen Union. Sie dürfe kein Zuschauer sein, über deren Köpfe hinweg entschieden werde. Zugleich lehnte er die Vorschläge Moskaus als eine „rein russische Agenda mit völlig unannehmbaren Bedingungen, vor allem mit Blick auf die Ukraine“ ab.²

Am 7. Februar führte der französische Präsident Emmanuel Macron, der im ersten Halbjahr 2022 immerhin die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, in Moskau detaillierte Gespräche mit seinem russischen Kollegen Putin. Im Unterschied zu den negativen Reaktionen von USA und NATO wie auch des EU-Außenvertreters auf die russischen Papiere ging Macron offensichtlich konkret auf das russische Verlangen nach Sicherheitsgarantien ein. Auf der Basis der bisher im Rahmen der OSZE erreichten Vereinbarungen und Prinzipien sollten neue Lösungen für konkrete Garantien gefunden werden. Diese würden die EU-Mitglieder und Staaten der Region wie Ukraine, Georgien, Belarus und Russland erhalten. Ziel sei eine neue Ordnung für Sicherheit und Stabilität in Europa.³ Dieser Dialog wurde jedoch nicht fortgesetzt. Fand der mit Präsident Putin diskutierte Ansatz Macrons keinen Anklang in NATO und EU? Oder hatte Moskau angesichts des vielleicht bereits geplanten Überfalls auf die Ukraine kein Interesse an der Fortsetzung der Gespräche? Auch die deutsch-französischen Bemühungen zur Umsetzung der Minsker Übereinkommen von 2014/2015 gerieten ins Stocken und wurden durch die russische Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk am 21. Februar beendet, was im Grunde eine Däpierung des französischen Präsidenten und des deutschen Bundeskanzlers bedeutete.

Rüstungsspirale statt Rüstungskontrolle

Infolge der Aggression Moskaus verschärfte sich die militärpolitische Konfrontation in Europa, was nicht zuletzt den Intentionen der USA nach

² Die Welt, 29.12.2022.

³ Pressekonferenz in Moskau am 08.02.2022, www.kremlin.ru/events/president/news/67735.

Festigung der NATO entgegenkam. Die Militärausgaben wurden erhöht – in Deutschland in Gestalt des sogenannten „Sondervermögens Bundeswehr“, was in Wirklichkeit allerdings Sonderschulden sind, und der Verpflichtung, nunmehr den Verteidigungshaushalt jährlich um zwei Prozent zu steigern – eine Abkehr von bisherigen Positionen der Bundesregierung. Auch mit der Lieferung von Waffen – nicht nur defensiver Natur – bricht die Bundesregierung mit der Vergangenheit.

Versteht sich, dass wachsende Militärausgaben die Konzerne des militärisch-industriellen Komplexes erfreuen. So kündete die Panzerschmiede Rheinmetall an, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen, „um die erwartete Auftragsflut abzuarbeiten“. Der Auftragsbestand liege derzeit bei rund 24,5 Mrd. Euro, die Konzernaktie hätte ein „Rekordhoch“ erreicht.⁴

Angesichts dieser Lage ist von Rüstungskontrolle kaum noch die Rede. Dabei steckt diese bereits seit längerem in einer tiefen Krise. Sie begann im Grunde 2002 mit dem Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag, bis hin zur Beendigung der Verträge über Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag) und den Offenen Himmel (Open Skies) durch die Trump-Administration. Ein Rüstungskontrollregime bei Streitkräften und konventionellen Rüstungen existiert nicht mehr, die einst im Rahmen von KSZE bzw. OSZE vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sind kaum noch wirksam.⁵

Seit dem Abschluss des Vertrages über das umfassende Verbot der Kernwaffentests (1996) tritt die Genfer Abrüstungskonferenz – das einzige Forum für multilaterale Abrüstungsverhandlungen – auf der Stelle, während der Vertrag selbst wegen der fehlenden Teilnahme von acht wichtigen Staaten, darunter die USA und China, immer noch nicht in Kraft ist. In dieser Lage galt es schon als großer Erfolg, dass mit Beginn der Biden-Administration der New-START-Vertrag mit Russland verlängert werden konnte.

Angesichts des infolge des Ukrainekrieges von Finnland und Schweden beantragten NATO-Beitritts ist nun zu befürchten, dass die zwei bisher für Rüstungskontrolle sehr aktiven Staaten ihr Engagement einschränken könnten. Es sind derzeit vor allem gesellschaftliche

4 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/waffenhersteller-steigende-eu-ruestungsausgaben-rheinmetall-rechnet-2022-mit-starkem-wachstum/28172970.html>.

5 Zur Lage bei Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle: Richter, Wolfgang (2022): Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld, SWP-Aktuell, NR. 1, Februar 2022.

Bewegungen, die sich mit Nachdruck für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einsetzen. Davon zeugt der Vertrag zum Verbot der Kernwaffen, der nicht zuletzt aufgrund solcher Organisationen wie die Internationale Kampagne für die Abschaffung von Kernwaffen (ICAN) und die Ärzte-Friedensorganisation IPPNW zustande kam und am 22. Januar 2021 in Kraft trat.

Der Verbotsvertrag, aber auch fehlende Fortschritte bei der Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen der Kernwaffenstaaten nach Artikel VI des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NPT) dürften auf der nunmehr für August⁶ angesetzten nächsten NPT-Überprüfungskonferenz zu Auseinandersetzungen führen. Der Beschluss der russischen Regierung vom 27. Februar d.J., die „Abschreckungsstreitkräfte“, also die strategischen Raketenkernwaffen, in verstärkte Alarmbereitschaft zu versetzen, wird die Konferenz belasten, wie auch die nukleare Teilhabe einiger NATO-Staaten, darunter auch Deutschlands.⁷ Über alle Krisen und Differenzen hinweg muss der NPT jedoch als Grundstein der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungsbegrenzung erhalten werden, immerhin bisher ein gemeinsames Interesse von Russland und den USA. Nicht auszuschließen ist, dass hinter den Kulissen Aktivitäten laufen, um das Vertragswerk zu erhalten.

Die Ukraine-Krise hat die Probleme der Rüstungskontrolle in Europa mit aller Schärfe offengelegt. Die von Russland bzw. von den USA und der NATO Ende 2021 diskutierten Detailvorschläge hätten gewisse Ansatzpunkte für Gespräche über neue Vereinbarungen zu Kurz- und Mittelstreckenraketen, zu vertrauensbildenden Maßnahmen wie Transparenz, Manöverbegrenzungen und Konsultationsmechanismen sowie zur Vermeidung von Zwischenfällen auf See und im Luftraum darüber bieten können. Als Grundvoraussetzung für entsprechende Verhandlungen betonte Russland die Einigung zu seinen grundsätzlichen Forderungen: keine NATO-Osterweiterung, keine Angriffswaffen nahe der russischen Grenze und Rücknahme der seit 1997 installierten NATO-Infrastruktur in Osteuropa. Die starre Haltung beider Seiten verhinderte entsprechende Verhandlungen.

6 Die Konferenz sollte vertragsgemäß 2020 stattfinden, wurde aber wegen der Pandemie verschoben.

7 Mit der im März d. J. verkündeten Entscheidung, das kernwaffenfähige Kampfflugzeug Tornado durch den moderneren F-35 zu ersetzen, hält die Bundesregierung langfristig an der nuklearen Teilhabe fest, das heißt im Kriegsfall auf deutschem Boden stationierte US-Kernwaffen einzusetzen. Im Grunde verstößt die Teilhabe gegen den Atomwaffensperrvertrag (NPT).

Sarajevo oder Kuba?

Der russische Angriff auf die Ukraine verdeutlicht nachdrücklich die Spaltung Europas. Die in Massenmedien entfachte Kriegshysterie ließ historische Erinnerungen aufkommen. Nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers in Sarajevo mündete die Verschärfung der internationalen Lage 1914 in den Ausbruch des ersten Weltkrieges, mit den bekannten Folgen. Demgegenüber konnten während der Kuba-Krise 1962 US-Präsident Kennedy und der sowjetische Staatschef Chruschtschow durch beherzte Diplomatie einen Krieg, nicht zuletzt unter Einsatz von Kernwaffen, abwenden. Es kam zu einer Neuordnung der internationalen Beziehungen, beginnend mit dem „Heißen Draht“ zwischen Washington und Moskau und dem Moskauer Vertrag über den teilweisen Teststopp (1963).

Sechzig Jahre später entschied man sich in Moskau während des Konfliktes um die Ukraine für einen Krieg, bei dem es offenbar auch um weitergehende Ziele als die Verhinderung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine geht. Moskau macht keinen Hehl aus seiner Absicht, Teile der Ukraine abzutrennen. So manches deutet auch darauf hin, dass angesichts der Absicht Kiews, westlichen Bündnissen beizutreten, die ukrainische Armee ausgeschaltet werden soll.

Noch ist der Krieg lokal begrenzt; es besteht aber die Gefahr seiner Ausweitung – ein neues „Sarajevo“? Immer neue Sprossen der Eskalationsleiter⁸ werden erklommen: den weitreichenden westlichen Sanktionen gegen Russland nach dessen Überfall auf die Ukraine folgten russische Gegenmaßnahmen, auf die russischen Angriffe auf ukrainische Regionen reagieren NATO-Staaten mit Waffenlieferungen und sonstiger militärischer Unterstützung. Besteht da nicht das Risiko des Übergleitens in den nuklearen Bereich? Trotz aller Beteuerungen der Politik, man wolle den Konflikt nicht ausweiten, greift in der Bevölkerung die Angst um sich.

In bestimmten wissenschaftlichen Kreisen scheint man bereit zu sein, wichtige Paradigmen über Bord zu werfen, die während des Kalten Kriege zur Entspannung beitrugen. Der sozialdemokratische Programmsatz, dass es Frieden nicht gegen, sondern nur mit Russland geben könne, sei korrekturbedürftig, schrieb Heinrich August Winkler im Juni im *Spiegel*. „Die

8 Zur Eskalationstheorie: Kahn, Herman (1966): *Eskalation. Die Politik mit der Vernichtungsspirale*, Berlin. Rezension in: *WeltTrends*, Nr. 167, September 2020, S. 65-67.

westlichen Demokratien müssen in der Lage sein, den Frieden auch gegen Russland zu sichern.“⁹ Das Rezept dafür verrät der Historiker allerdings nicht. Demgegenüber plädierte Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Hamburger Bürgermeister und Minister in den Bundesregierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt, für ein realistisches Herangehen: Es sei im Interesse Deutschlands, dass sich die NATO endlich von der Dominanz militärischer Sicherheitsüberlegungen löse und eine moderne, zeitgemäße Sicherheitsstrategie verfolge. Dafür sollte sie eine aktive Entspannungspolitik gegenüber der Russischen Föderation einleiten.¹⁰

Erste Gedanken über Lösungen für den militärischen Konflikt werden laut. Wenn die „akute Phase der ukrainischen Krise“ vorbei sei, würden die Teilnehmer zu Verhandlungen zurückkehren und Konsultationen zwischen den USA und Russland wieder im Zentrum der Entscheidungsfindung stehen, schätzt Andrey Sushentsov ein, Programmdirektor des russischen Think-Tanks Valdai-Club. Trotz aller Feindschaft zu den USA werde Russland mit ihnen die künftigen Konturen der europäischen Sicherheit diskutieren müssen. Noch seien aber die USA bestrebt, die Ukraine Krise so lange wie möglich dauern zu lassen, damit Russland daraus geschwächt hervorgehe.¹¹ Zeitnahe Verhandlungslösungen anstelle eines jahrelangen Abnutzungskrieges fordert ein Ende Juni veröffentlichter Appell von Wissenschaftlern und Publizisten.¹²

Demgegenüber erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass der Krieg noch Jahre dauern könnte, und versucht gleichzeitig, die Angst vor Russlands Atomwaffen herunterzuspielen. Die NATO werde die Ukraine weiter unterstützen, jedoch keine Soldaten entsenden.¹³ Immer wieder wird in einigen NATO-Staaten der Gedanke kolportiert, Kiew müsse „siegen“. Das wird sicher nicht der Fall sein angesichts der unterschiedlichen Potenziale und der internationalen Randbedingungen des Konflikts, dient also vor allem der Ermutigung Kiews. Gleichzeitig werden die Forderungen Russlands eine Verhandlungslösung erschweren, wenn nicht gar verhindern. In erster Linie wird es zunächst um einen Waffenstillstand und Verhandlungen beider Seiten gehen müssen.

9 Der Spiegel, Nr. 24/2022, S. 45.

10 von Dohnanyi, Klaus (2021): Nationale Interessen, München: Siedler-Verlag, S. 215.

11 <https://valdaiclub.com/a/highlights/why-do-we-miss-the-cold-war/>

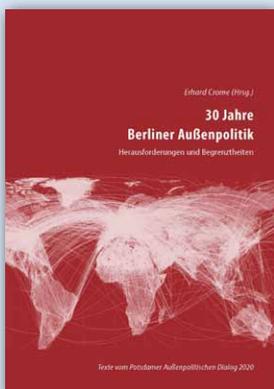
12 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>.

13 <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/nato-chef-jens-stoltenberg-der-krieg-koennte-jahre-dauern-80442594.bild.html>.

Seit Beginn des Konflikts wird dabei auf die Neutralität der Ukraine als einen Lösungsweg verwiesen.¹⁴ Frankreich und Deutschland hatten gezeigt, dass sie als Vermittler eine wichtige Rolle spielen könnten. Russland und die USA werden langfristig nicht umhin können, Gespräche über eine neue Sicherheitsarchitektur und Rüstungskontrolle in Europa aufzunehmen.

14 Siehe auch: Gärtner, Heinz (2022): Die Neutralität Österreichs könnte ein Modell für die Ukraine sein. In: WeltTrends, Nr. 167, Mai 2022, S. 28-33.

ANZEIGE



Erhard Crome (Hrsg.)

30 Jahre Berliner Außenpolitik

Mit dieser Publikation wird eine Bilanz von 30 Jahren deutscher Außenpolitik gezogen. Zu Wort kommen sowohl deutsche Autoren als auch Autoren aus Russland, den USA und China, Frankreich, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Litauen und der Türkei. Sie bilanzieren unterschiedlich die vergangenen drei Jahrzehnte Außenpolitik der „Berliner Republik“ und diskutieren die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt.

Das Politische. Oder: Diskurse um das richtige Maß

Gerry Woop

Mit der russischen Aggression gegen die Ukraine ist nun oft von einer „Zeitenwende“ zu lesen. Ist dies nur eine konservative Beschreibung, um Aufrüstung zu betreiben? Oder bedeutet der Moment eine wirkliche Wende? Und was bedeutet dies für DIE LINKE?

Auf die künstlerisch und politisch gemeinte Frage des sowjetischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko von 1961: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ gibt es gegenwärtig eine unangenehme Antwort. Auch wenn es richtig bleibt, dass die Russen mehrheitlich keinen Krieg wollen, gemeint war die Sowjetunion und letztlich Russland. Der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine schafft eine für Viele unerwartete, dramatisch neue Situation. 77 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der Nazi-diktatur durch sowjetische und alliierte Truppen führt der russische Präsident einen Krieg mitten in Europa zur Eroberung eines souveränen Nachbarstaates. Und dies mit massivem Gewalteininsatz, hoher Brutalität, auch gegen Zivilisten, und mit zahlreichen Opfern. Dies muss erst einmal verarbeitet werden. Auch noch so viele Erörterungen über Fehler des Westens, diplomatische Defizite, gebrochene Versprechen, Völkerrechtsverletzungen durch NATO-Staaten und zu Sicherheitsperzeptionen geben keinen Grund für die Entscheidung Präsident Putins für den Krieg. Die Fragen nach Bedrohungsszenarien und Notwendigkeiten von Landes- und Bündnisverteidigung stellen sich nun klar und müssen beantwortet werden.

Nebenbei gilt es, selbstkritisch festzuhalten, dass die Gewaltanwendung innerhalb Russlands in Tschetschenien oder gegen Georgien oder in Syrien noch zu wenig kritisch reflektiert, zuweilen relativierend in regionale oder Großmachtszenarien eingeordnet wurde. Die Krim-Intervention schien wegen der stationierten traditionsreichen Schwarzmeerflotte und einer drohenden NATO-Perspektive ein völkerrechtswidriges und zugleich machtrationales oder auch geschichtsbezogenes Moment zu haben. Das Argument rationaler Interessenvertretung Russlands implizierte jedoch nicht das Überschreiten der Grenzen – in mehrfachem Sinne –, wie es seit dem 24. Februar zu erleben ist. Neben der mehr oder weniger kritisch rezipierten Demokratie und Freiheit beschränkenden inneren

Entwicklung und der nicht wirklich breit ernst genommenen historisch-wirren Texte des Präsidenten war es vor allem diese Fehleinschätzung bei zahlreichen Politikern, Spezialisten und Analysten, die zu einem Schockmoment in Deutschland führte.

Das macht die Positionen vieler Transatlantiker und auch russophober Eliten gegen Verhandlungen, Abrüstung, wirtschaftlichen Austausch oder den Versuch eines „Wandels durch Annäherung“ nicht grundsätzlich richtiger, aber das Argumentationssystem ist doch verschoben und komplizierter geworden. Einige Annahmen zum rationalen und nachhaltigen Handeln Russlands und zu dessen Konfliktaustrag haben sich als falsch erwiesen – ob es zu naiv war, ist eine schwierige Frage.

Folgen für die Linke

Für die Linke ist die Situation besonders schwierig, weil wichtige europa- und sicherheitspolitische Grundannahmen der Abrüstungsdividende, der Situation einer Umgebung ohne potenzielle Gegner, der Möglichkeiten der OSZE, der Optionen eines Sicherheitssystems mit Russland nun wanken. Viele Bürger:innen und auch Linksdenkende haben Sorgen und sehen den Bedarf zur Sicherung der Verteidigungspotenziale Deutschlands. Militärbündnisfreie Staaten sehen in der NATO eine mögliche und notwendige Sicherheitsgarantie. Darauf muss eingegangen, wer politisch ernst genommen werden will.

Paul Schäfer (ehemaliger verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag) beschrieb in seinem Beitrag zum Start einer ND-Serie zur Friedensdebatte die historischen Punkte, die sozialistische Gewaltanwendung und russisches Eingreifen betrafen und im Weltbild – selbstkritisch gesehen auch beschönigend – eingeordnet wurden. Waren das etwa gerechte Kriege? Wenigstens im Marx'schen Sinne Gewaltanwendung zur Durchsetzung des Fortschritts? Offenbar auch nicht. Die LINKE hat eine Tradition realsozialistischer Militärs, eine der quasi-pazifistischen Ablehnung von Militär und die des ideologisch gerahmten Umgangs damit je nach Interessensituation. Programmatisch wurde der mehrheitlich getragene Kompromiss der Ablehnung des Militärischen und der Überwindung der NATO mehrfach in Grundsatzprogrammen und so abstrakt sogar in Wahlprogrammen festgehalten – natürlich verbunden mit Zielen der Konfliktprävention und kollektiver Sicherheitssysteme, namentlich der OSZE unter Einschluss Russlands. In den Debatten

vor zwanzig Jahren wurde um die – eigentlich schon damals realitätsferne – Frage gestritten, ob man einem UN-mandatierten Einsatz nichtdeutscher Streitkräfte zustimmen könnte (wurde abgelehnt); und vor zehn Jahren wurde zur Funktion der Bundeswehr debattiert, ob es eine Bundesrepublik ohne Armee geben sollte. Was nie eine Rolle spielte – und in der Debatte vor der letzten Parteivorstandswahl um Matthias Höhns (ehemaliger verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag) Positionen zur Ausrüstungsverbesserung der Bundeswehr wieder abgelehnt wurde – war die Frage, ob es eine Armee zur Landesverteidigung braucht, was das ausRÜSTUNGstechnisch bedeutet und wie es sich mit der kollektiven Verteidigung über die Europäische Union und die NATO verhält. Debattenaspekte wie die einer europäischen Armee wurden nicht ausgeführt. Auch hier wäre die Lücke zu realen Optionen zu groß.

Der in vielen anderen Politikfeldern gesetzte Anspruch, Transformationsprozesse aus der gegebenen Realität heraus zu beschreiben, wurde in sicherheitspolitischen Fragen vermieden. Die Bundeswehr durfte keine Brunnen bauen, sie durfte nicht Chemiewaffen abtransportieren, auch keine bedrohten afghanischen Ortskräfte retten – das war Ideologie pur. Die NATO sollte überwunden werden, auf die Veränderung wurden keine Gedanken verschwendet, und die EU sollte ebenfalls keine „Militarisierung“ erfahren. Nun darf es nicht verwundern, dass sich damit vermutlich weder bei Wählermehrheiten noch bei Koalitionspartnern in Größenordnung ein Vertrauen in außen- und sicherheitspolitische Politikfähigkeit verbindet.

Die jüngsten Diskussionen und Beschlüsse lassen zweifeln, dass die LINKE den bisherigen engen Rahmen überwinden kann, der natürlich moralisch ehrenwert ist, Fehler vermeidet, in die Tradition Karl Liebknechts gesetzt werden kann, aber eben auch immer weniger Wähler:innen überzeugt und zumindest auf Bundesebene in die Politikunfähigkeit führt.

Aktuell erleben wir eine Aggression gegen ein souveränes Land, das sich selbst und dessen Menschen es in ungeahnter Intensität verteidigen. Dieses Land bittet um Unterstützung – es geht um Flüchtlingsaufnahme, Sanktionen und um Waffenlieferungen; eine klare Situation sowohl nach UN-Charta völkerrechtlich als auch politisch. Hinzu kommen politische Debatten zu Perspektiven, zum Wiederaufbau der Ukraine, zur Integration in die EU.

Interessant sind neben den politischen und den medial geprägten – meist zum abwägenden Bundeskanzler kritischen - Debatten die Briefe

von Intellektuellen, die sich insbesondere zur Frage der Waffenlieferungen einbringen und entweder auf die Eskalationsgefahren eines Krieges hinweisen oder das moralisch und eben auch materiell zu stützende Recht auf Selbstverteidigung hervorheben. Auch wenn es logisch entwickelte Positionen sind und wohl kein bloßes Schwarz und Weiß existiert, müssen in der Politik in Zeit und Raum Entscheidungen getroffen werden. Eskalationslogiken liegen in militärischen Operationen und in deren Friktionen – wie wir sie beim stockenden Waffengang der russischen Streitkräfte real sehen – selbst. Aber auch in der Politik voller Ultimativen, Profilierungen, Gesichtswahrung oder Symbolhandlungen, insbesondere in moderner dynamischer, twitternder und medial ausgerichteter Politik und in Medienebatten und medialem Druck liegen solche Gefahren. Zugleich gibt es Verantwortung für Entscheidungen, rationale Abwägungen und auch Barrieren wie den Einsatz bestimmter Waffensysteme und insbesondere die Grenze zur nuklearen Option. Letztere scheint weiter sehr unwahrscheinlich. Auch die eigentliche Territorialgrenze der NATO dürfte unter diesem Blickwinkel als hochwahrscheinlich sicher gelten. Auszuschließen ist andererseits auch nichts, denn das Restrisiko liegt schon im Begriff „Eskalationsrisiken“. Insofern geht es durchaus um Logiken von Entscheidungen und um das richtige Maß – das Maß der Sanktionen und ihre Zeitpunkte, die Menge und Art von gelieferten Waffen etc. Die Debatte um gezielte Sanktionen gegen eine Aggression zeigt, dass die Wirkung nicht allein Strafe sein soll, sondern primär eine Verhaltensänderung des Aggressors erzeugen müsste – eine in der Praxis schwierige Herausforderung.

Mittelfristig bleibt die Frage nach den Ausstiegsszenarien aus der Kriegsdynamik, nach den politisch-diplomatischen Optionen erhalten. Gravierend ist aktuell schon die Frage, was ein „Sieg“ meint für die jeweilige Seite. Dies sagt etwas über die Politikprämissen der Zukunft und über die möglichen Szenarien und Übergangssituationen aus. Internationale Akteure, auch die EU werden hier absichernd und unterstützend gefragt sein.

Nötige Neubewertungen

Es gibt einige Grundsätze der Linken sehr kritisch zu hinterfragen, und das müsste in einem programmatischen Erneuerungsprozess auch offen Diskussionsgegenstand sein. Das sind die Annahmen zu Russland, gegen das nun Sicherheit organisiert werden wird, mit dem aber letztlich auch

eine europäische Sicherheitsordnung ähnlich der der Zeiten friedlicher Koexistenz funktionieren muss.

Die Rolle der NATO als Sicherheitsgarant für viele und nun sogar weitere, ehemals bündnisfreie, Staaten ist zu besprechen; auch ihre Reform, die europäischen, transatlantischen und türkischen Aspekte dabei. Die Bundeswehr als reale sicherheitspolitische Notwendigkeit für die nächste Jahre muss neu bewertet und auf dieser Basis kritisch begleitet werden – was auch die Überwindung ihrer Beschaffungs-, Ausrüstungs- und vieler weiterer Defizite einschließt. Eine klare Position zum Auftrag der Landesverteidigung und als Teil eines Bündnisses und der EU auch zur Bündnisverteidigung muss endlich erklärt werden. Erst auf dieser Basis lassen sich Ausrichtungen der Strategien, Aufträge und Einzelmissionen vernünftig und auch kritisch diskutieren. Bei aller Ambivalenz des umfassenden Sicherheitsbegriffs, die theoretische Fundierung und die realen Konfliktlagen erfordern hier eine Gesamtbetrachtung. Das schließt eine bloß destruktive Kritik an der Vermischung und möglichen Militarisierung nichtmilitärischer Elemente und das Ablehnen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) aus. Auch die aktuelle Debatte zur Zukunft der EU und die immer wieder – selbst von Bürger:innen – erwartete sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit muss realistisch betrachtet werden. Die Vision einer europäischen Armee, die nationale Alleingänge verhindern kann und effizient einer Gemeinschaft Sicherheit bietet, ist auch in der Linken nicht neu. Die Schritte dahin gehen allerdings über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) hinaus und sind absehbar praktisch wie politisch nur in Kooperation mit der NATO durchzubuchstabieren. Schließlich kommt die zwanzig Jahre alte Debatte um eine Einzelbetrachtung zu UN-mandatierten Auslandseinsätzen in diesem Zusammenhang wieder auf den Tisch innerparteilicher Debatten. Diese Dinge mögen einige erschrecken, sie hängen jedoch zusammen, und das soll hier transparent gemacht werden. Auch bei diesen Fragen geht es oft – neben Prinzipien – um das richtige Maß zur richtigen Zeit. So schwierig ist das in der realen Welt der Politik.

Zugespitzt stellt sich die Frage, ob die ideologische Vorstellung von imperialer Politik und der Gewaltimmanenz des Kapitalismus, die vom theoretischen Konstrukt her in der Linken traditionell immer auch politisch übersetzt wurde, nicht mehr Verwirrung stiftet als einen politisch sinnvollen Diskursrahmen für politische Entscheidungen zu

sicherheitspolitischen Fragen, Strategien und auch Einzelkonflikten abzugeben.

Allein die aktuelle Situation und die öffentliche wie die dazu kritische innerlinke Diskussion zeigen: Aus einer Debatte zur sicherheitspolitischen Lage wird sich ergeben, dass die Bundeswehr Landesverteidigung absichern muss, dass sie dazu anders und besser ausgerüstet werden muss, dass sie nicht allein, sondern nur im Bündnis und damit in der NATO diese Funktion absehbar wird erfüllen können, dass die EU sehr lange benötigen wird, um die Verteidigungsfunktion zu übernehmen und so lange die interinstitutionelle Bindung zur NATO ausgestaltet werden muss. Neben vielen sicherheitspolitischen Risiken, auch räumlich entfernten oder nichtmilitärischen, bleibt die Verteidigung notwendig und die russische Bedrohung wird noch einige Jahre gegeben sein. Die NATO-Beitrittswünsche souveräner Staaten sollten solide geprüft und auch mit Blick auf deren sichernden Grund entschieden werden. Die Lieferung von Defensivwaffen an ein angegriffenes Land, dessen Bürger es verteidigen wollen, ist eine nachvollziehbare Maßnahme. Die EU- und die baltischen NATO-Partner brauchen eine klare Sicherheitsgarantie. Sanktionen lassen sich bei einem solch akuten Anlass wie einer laufenden Aggression nicht wirklich auf wenige Personen oder enge Bereiche begrenzen. Das alles passt nicht mehr in ein Bild vom Imperialismus, gegen dessen Staat und Militär sich viele Linke aufgestellt sehen. Diesen Fluch der Ideologie muss man wohl versuchen zu überwinden. Wenn nicht in den genannten Fragen klarere Positionen eingenommen werden, wirken die berechtigten Kritiken an Rüstungslobbyismus, an Völkerrechtsbruch verschiedener Staaten, an Konflikteskalation, an Präventionsdefiziten, an Abschreckungsszenarien und Aufrüstung am Ende als nicht ernst gemeinte Folklore. Im Grunde sind NATO-Reform-Forderungen von links gefragt.

Das 100 Milliarden-Rüstungspaket ist eine Reaktion des Bundeskanzlers auf die Kriegssituation, eine auch symbolhafte, vielleicht überzogene und nicht solide durchdachte, und ohne Reform des Beschaffungswesens und Diskussion über defensive Ziele dabei auch eine potentiell gefährliche. Aber die defensive zeitgemäße und aufgabengerechte Ausrüstung der Bundeswehr könnte diese Summe vermutlich schon aufbrauchen. Und wenn die Schuldenbremse nicht Kürzungen im Sozialen erzeugen soll, braucht es einen Umweg über Konstrukte wie das Sondervermögen. Politisch bleibt es gleichwohl wichtig, die Schuldenbremse auch an diesem Beispiel ad absurdum zu führen und angemessene Relationen einzufordern zu

notwendigen Konfliktpräventionsausgaben. Nicht zuletzt ist die Energiepolitik und damit die Klimawende – wie wir gerade sehr deutlich erleben – sicherheitspolitisch gesehen mindestens so wichtig wie die Bundeswehrmodernisierung. Und das müsste sich in den Sondervermögensentscheidungen widerspiegeln. Hier wird derzeit ein einseitiges und kritikwürdiges Wertungssignal gesetzt. Spielraum für zeitgemäße linke Positionen gibt es also auch nach einer Neuorientierung in der Zeitenwende.

Das richtige Maß

Was bleibt an wichtigen, grundsätzlichen außenpolitischen Eckpunkten? Diplomatie und Prävention bleiben zentral und müssen strukturell gestärkt werden. Sicherheit auch mit Staaten ohne „unsere Wertvorstellungen“ muss organisiert und durch rationale vertrauensbildende Maßnahmen gesichert werden. Handel und Beziehungsgeflechte zwischen den Gesellschaften sind wichtig für den Perspektivenwechsel und stabile gewaltfreie Beziehungen, deren Grundlage in den völkerrechtlichen Grundnormen liegt. Abrüstung ist ein wichtiges Verhandlungsziel. So kann die Bedeutung der Abschreckung minimiert werden.

Zu klären ist oft das richtige Maß, bei Entscheidungen mit Zielkonflikten, bei pfadabhängigen Dilemma-Situationen. Die NATO-Osterweiterung ist auch Folge souveräner Entscheidungen von Staaten für ihre Sicherheit und für das Bündnis – das muss bei historischen Verpflichtungen neu bedacht werden. Wir werden immer wieder ein Spannungsfeld von Kooperation mit Akteuren sehen, die andere Wertvorstellungen verfolgen. Das Setzen von Standards wird ein „Bohren dicker Bretter“ bleiben und ist doch ohne vernünftige Alternative.

Der Europäischen Union kommt in diesen außenpolitischen Überlegungen eine zentrale Rolle zu. Innenpolitisch ist sie durch autokratische und rechtspopulistische Tendenzen herausgefordert. Es braucht viele Demokrat:innen, um hier stabile und demokratische fortschrittliche Entwicklungen zu erreichen. Die Reform des Fiskalpaktes und damit die Veränderung der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich Vollendung der Bankenunion bilden das wirtschaftliche Fundament der Gemeinschaft, das – leider sehr spät – nun durch die weiter zu untersetzende soziale Säule komplettiert wird. Schließlich sind die Kohäsionspolitik zur Angleichung der Lebensverhältnisse und die Rechtsstaatlichkeitsprinzipien zum Erhalt der Werteunion von großer Bedeutung für die Stabilität der EU.

Zentrale äußere Herausforderungen von Migration über Klimawandel bis zu effektivem internationalen Agieren können nur gemeinsam durch eine stabile und starke EU bewältigt werden. Die Institutionen und Verfahren geben einen Rahmen, der weiter stabilisiert, ausgebaut und – gerade bei der Außen- und Verteidigungspolitik – demokratischer (Kontrolle durch das Europäische Parlament) gestaltet werden muss. Kritisch und konstruktiv von links sollten die Debatten zum neuen Strategischen Kompass begleitet werden. Wie Softpower und die Leitprinzipien (Handeln, Sichern, Investieren, Kooperieren) ausgestaltet werden, um die EU für eine regelbasierte Ordnung internationaler fairer und nachhaltiger Handelsbeziehungen und Staatenverhältnisse sowie demokratische und ökologische gesellschaftliche Entwicklungen oder solidarische gesellschaftliche Beziehungsgeflechte und nicht zuletzt Abrüstung und Konfliktprävention wirksam werden zu lassen, sollte aktiv von links beeinflusst werden.

ANZEIGE



WeltTrends 190 | Juli 2022 Populismus im Süden

Autoritäre Lösungen sind heute eine weit verbreitete politische Antwort auf die politischen Herausforderungen. Unser Thema gibt Einblicke in aktuelle Entwicklungen des Autoritären in Asien, Afrika und Lateinamerika, die mit dem Begriff des Populismus erfasst werden (Philippinen, Brasilien, Türkei, Westafrika). In der Analyse geht es um den Balanceakt Ankaras im Ukrainekrieg und die Entwicklung in Afghanistan seit der Machtübernahme durch die Taliban. Weiterhin: Nach den Wahlen in Kolumbien, Dänemarks neue Politik im Ostseeraum.

100 Milliarden Euro Sonderschulden für die Aufrüstung.

Eine Kritik¹

Ingar Solty

Das „Sondervermögen Bundeswehr“ macht die Welt nicht sicherer und friedlicher, es gefährdet die Demokratie, wird Sozialabbau nach sich ziehen und entfremdet Mittel, die dringend für den sozialökologischen Umbau gebraucht werden.

1. Der historische Begründungskontext: Der russische Überfall auf die Ukraine als „Zeitenwende“

Am 24. Februar 2022 hat Russland unter Präsident Wladimir Putin sein Nachbarland Ukraine überfallen. Die Begründungen für den nach Art. 2 Abs. 4 der UNO-Charta völkerrechtswidrigen russischen Krieg, den Russland mit Bezug auf ihren Selbstverteidigungs-Artikel 51 zu rechtfertigen versucht hat, sind in höchstem Maße fadenscheinig und fallen in die Kategorie klassischer Kriegslügen. Das erste Opfer in noch fast jedem Krieg war immer die Wahrheit.

Zwar hat die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) in den zwei Wochen vor der russischen Invasion eine Zunahme von militärischen Vorfällen festgestellt, die den im Minsk-II-Abkommen durch deutsche und französische Vermittlung zwischen der Ukraine und Russland ausverhandelten, immer wieder brüchigen Waffenstillstand brachen. Wenigstens im Fall der sogenannten „Volksrepublik Luhansk“ belegen die OSZE-Beobachtungen, dass diese Spannungen tatsächlich von der Regierung in Kiew ausgingen.² Nichtsdestotrotz stand weder ein Einmarsch ukrainischer Truppen und ein „Genozid“

1 Bei diesem Text handelt es sich um das Sachverständigen-Gutachten zur „öffentlichen Anhörung durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2022“, die sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a), (BT-Drucksache 20/1410) und Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ (BT-Drucksache 20/1409) beschäftigte. Der Autor war der nominierte Sachverständige der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, die als einzige das sogenannte „Sondervermögen“ für die Bundeswehr grundsätzlich ablehnte.

2 OSZE Special Monitoring Mission to Ukraine, Daily Report 37/2022, S.10, www.osce.org/files/2022-02-17%20Daily%20Report_ENG.pdf?itok=21446.

an der bis hierhin prorussischen und von Russland kurz zuvor weitläufig mit russischen Pässen ausgestatteten Bevölkerung in den „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk unmittelbar bevor, den die russische Regierung zu verhindern vorgab. Noch kann, wie das Ziel „Entmilitarisierung“ der Ukraine behauptet, von einer geheimen Stationierung von atomaren Waffen, die sich mit einer Vorwarnzeit von unter fünf Minuten gegen Moskau richten sollten, die Rede sein. Auch ist die Behauptung, die gewählte ukrainische Regierung sei illegitim und müsse „entnazifiziert“ werden – eine Behauptung, die sich auf die Beteiligung der Swoboda-Partei an dem sogenannten „Putsch“ von 2014, das Verbot einer Vielzahl (linker und) „prorussischer“ Parteien und den Einsatz des als rechtsextrem geltenden „Regiments Asow“ stützt – an den Haaren herbeigezogen. Sie unterschlägt, dass die Swoboda-Partei bei den Wahlen, die den damaligen Übergangspräsidenten Petro Poroschenko im Amt bestätigten, abstürzte und in der Folge in der Regierung keine politische Rolle mehr spielte. *Kurz, es gibt für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine keine Rechtfertigung.*

Zugleich muss man aber auch mit rückblickendem Bedauern feststellen, dass die russischen Begründungen für den Angriff auf die Souveränität der Ukraine, d.h. der wiederholte Bruch des Budapester Memorandums von 1994 nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014, ein Echo früherer Begründungen auch für von den USA und ihren Verbündeten geführte Kriege sind. So ist der Kriegsgrund „Entmilitarisierung“ unverkennbar ein Echo auf die von den USA 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat behauptete Existenz von „Massenvernichtungswaffen“ im Irak, die in 45 Minuten einsatzbereit seien, um NATO-Militärstrukturen im östlichen Mittelmeerraum zu treffen. Der Kriegsgrund „Genozid“-Verhinderung ist unverkennbar ein Echo der Begründungen für insbesondere die deutsche Beteiligung am Krieg der NATO gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien-Montenegro) im Jahre 1999, denen zufolge im Kosovo ein Völkermord an der kosovarischen Minderheit unmittelbar bevorstanden hätte („Hufeisenplan“), und zugleich ein Echo der – historisch auch in Zukunft weder belegt- noch widerlegbaren – Behauptung eines unmittelbar bevorstehenden Genozids an den Aufständischen im ostlibyschen Bengasi durch die libysche Regierung, die 2011 im Namen der „Schutzverantwortung“ und mit dem bekannten Ergebnis zur UN-Resolution 1973 führte, die hiergegen eine von der NATO

zu errichtende „Flugverbotszone“ legitimierte, aus der aber dann eine Option auf einen Regime-Change in Libyen abgeleitet wurde.³ Schließlich ist auch der Kriegsgrund „Entnazifizierung“ ein Echo der globalen Tendenz zu einer moralischen Außenpolitik, die die inneren, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse von Staaten als Rechtfertigung für Souveränitätsbrüche erachtet, aber damit eine gefährliche Willkürlogik im Interesse der starken Staaten in Gang setzt.

Russland folgt heute seinerseits dieser Logik und operiert nach dem Recht des Stärkeren. Die russische Regierung hat einen Moment der „Schwäche“ beziehungsweise Vernunft des „Westens“ ausgenutzt, der die unmittelbare NATO-Involvierung in diesem Konflikt im Vorfeld ausschloss, weil dies, so unisono NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Präsident Joe Biden, den Weg in einen Konflikt zwischen Atommächten, d.h. faktisch den Dritten Weltkrieg bedeuten würde. Man sei im Invasionsfall zwar entschlossen, das Nicht-NATO-Mitglied Ukraine, für das kein Bündnisfall gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags gilt, mit Waffen und Krediten auszustatten, aber nicht bereit, eigene Truppen zur Verteidigung der Ukraine gegen einen russischen Überfall zu entsenden. *Einer Politik, die Krieg als Mittel zur Durchsetzung von politischen Interessen nutzt, und nach dem Recht des Stärkeren agiert, wird zukünftig mit einer Politik zu begegnen sein, die alles daransetzt, das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen wieder durchzusetzen, und die eine Politik kollektiver Sicherheit fördert, bei der die legitimen Sicherheitsinteressen aller beteiligten Staaten berücksichtigt werden, die perspektivisch auf eine wechselseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit orientiert und einer neuen wirtschaftlich-politisch-militärisch-ideologischen Blockkonfrontation, die fatale soziale und ökologische Auswirkungen für den ganzen Planeten haben müsste,⁴ entgegenwirkt.*

In Europa müsste eine solche Politik mit einer Aufarbeitung von zerschlagenem Porzellan, historischer Fehler und verpasster Chancen beginnen, wie es der frühere stellvertretende EU-Kommissionspräsident und EU-Kommissar für die Osterweiterung, Günter Verheugen,

3 Solty, Ingar (2011): Krieg gegen einen Integrationsunwilligen? Die politische Ökonomie des libyschen Bürgerkriegs und der westlichen Intervention im Kontext der Krise des globalen Kapitalismus. In: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 163, 41. Jg., Nr. 2 (Juni 2011), S.295-316, Link: <https://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/download/355/321>

4 Solty, Ingar (2020): Der kommende Krieg: Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Link: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen61_Der_kommende_Krieg.pdf.

in einem Interview vom 3. April 2022 gefordert hat.⁵ Wolfgang Ischinger als Vorsitzender der „Münchener Sicherheitskonferenz“ hat in einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ um den Jahreswechsel 2021/2022 zurecht darauf hingewiesen, dass es ein Fehler war, Russland bei den NATO-Osterweiterungsrunden nach 1999 und bei der östlichen Partnerschaft der EU außen vor zu lassen und nicht auf seine diesbezüglichen Bestrebungen unter Boris Jelzin, der eine NATO-Mitgliedschaft Russlands anstrebte, und auch Wladimir Putin einzugehen, die unter dem Jubel des Deutschen Bundestags eine eurasische Friedensordnung von Lissabon bis Wladiwostok vorsahen. Auch die auf US-Bestrebungen zurückzuführende Inaussichtstellung einer NATO-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine auf dem NATO-Gipfel von Bukarest 2008 und ihre Wiederholung nach 2014 – entgegen der damaligen ukrainischen Verfassung und Mehrheitsmeinung – seien letztlich für Russland eine nicht hinnehmbare Bedrohung eigener legitimer Sicherheitsinteressen gewesen.⁶

Mit anderen Worten: Hätte es, wie von der LINKEN immer wieder gefordert, eine „europäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands“ gegeben, gäbe es heute diesen Krieg nicht. Krieg ist immer auch ein Ausdruck gescheiterter Diplomatie.

Dass es dabei offenbar möglich war, auch Russlands Krieg in der Ukraine noch zu verhindern, und Bundeskanzler Olaf Scholz nach Berichten des „Wall Street Journal“ mit seinen diesbezüglichen, lobenswerten Bemühungen im Kontext der „Münchener Sicherheitskonferenz“ am 19. Februar scheiterte, in letzter Minute eine Verhandlungslösung herbeizuführen,⁷ ist in höchstem Maße bedauerlich und geschichtlich in einer verheerenden Weise folgenreich, wozu auch die sich abzeichnende dramatische Agrarpreisinflation und globale Hungerkrise gehört, deren Folgen (ethnisierte oder konfessionalisierte) Verteilungskonflikte, Staatszerfall und Massenfluchtbewegungen die Politik der 2020er Jahre zu bestimmen drohen. Auch darum müssen der russische Krieg und das Blutvergießen in der Ukraine so schnell wie möglich beendet werden. Alles politische Handeln

5 Verheugen, Günter (2022): Wir müssen bereit sein, Russland wieder die Hand zu reichen. In: Neues Deutschland, 3.4.2022. Link: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162663.eu-russland-konflikt-wir-muessen-bereit-sein-russland-wieder-die-hand-zu-reichen.html>.

6 Ischinger, Wolfgang (2021): Was jetzt zu tun ist. In: Süddeutsche Zeitung, 30.12.2021. Link: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/nato-russland-ukraine-osze-putin-1.5498706?reduced=true>.

7 Gordon, Michael R. u.a. (2022): Vladimir Putin's 20-Year March to War in Ukraine – and How the West Mishandled It. In: Wall Street Journal, 1.4.2022. Link: <https://www.wsj.com/amp/articles/vladimir-putins-20-year-march-to-war-in-ukraine-and-how-the-west-mishandled-it-11648826461>.

sollte sich darauf richten, zu verhindern, dass es zu einer Eskalation des Krieges in der Ukraine und zu einer Eskalation über die Grenzen der Ukraine hinaus kommt.

2. Das Bundeswehrsondervermögensgesetz (BwSVermG) und die Grundgesetzänderung (Artikel 87a, Absatz 1a)

Drei Tage nach Kriegsbeginn, am 27. Februar 2022, fanden in Berlin und anderen deutschen Großstädten große, von den Gewerkschaften (mit-)getragene Protestkundgebungen gegen den russischen Krieg in der Ukraine und für Frieden statt, an denen sich mehrere Hunderttausend Menschen beteiligten. Dies waren die größten Antikriegsdemonstrationen seit dem 15. Februar 2003, als in Deutschland Hunderttausende und weltweit viele Millionen Menschen gegen den damals bevorstehenden Krieg der USA im Irak auf die Straße gingen. Paradoxe Weise tagte wenige Hundert Meter von der Berliner Großdemonstration entfernt der Deutsche Bundestag. In einer zurecht als historisch bezeichneten Sondersitzung verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine „Zeitenwende“ und Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von einer „180-Grad-Wende“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.⁸

Im Ergebnis der Sitzung sprach sich eine Mehrheit im Deutschen Bundestag einschließlich der CDU/CSU-Opposition und gegen die Stimmen der geschlossenen LINKEN Opposition für ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung aus. Hierfür solle noch im Verlauf des Kalenderjahres ein „Sondervermögen“ des Bundes im Umfang von 100 Milliarden Euro gebildet werden. Zugleich betonte Bundeskanzler Olaf Scholz, die Bundesregierung werde sich verpflichten, ab sofort „mindestens 2 Prozent“ des Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben vorzusehen. Für die Umsetzung des Sondervermögens „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ solle hierbei eine Grundgesetzänderung sorgen, mit der die Schuldenbremse im Grundgesetz (GG §109 Abs. 3) umgangen werden könne.⁹ Die Orga-

8 In einer Stellungnahme des Bundesrates zum „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Bundeswehr“ (Bundeswehrsondervermögensgesetz – BwSVermG) vom 8. April 2022 wird ebenfalls betont, dass „[m]it dem russischen Überfall [...] ein neues Zeitalter“ begonnen habe (Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, Drucksache 20/1409, S. 11).

9 Im Grundgesetz soll hierfür der Absatz eingefügt werden: „Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten“. Auf sie sei die 2009 mit dem Paragraphen 109 Absatz 3 ins Grundgesetz aufgenommene und seit 2020 geltende „Schuldenbremse“, „nicht anzuwenden“ (Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, Drucksache 20/1410).

nisatoren der Antikriegsdemos, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund, hatten sicherlich nicht im Sinn, diese Hauruck-Politik zu legitimieren, wie die DGB-Positionierung und vor allem die späteren Positionierungen der Einzelgewerkschaften zeigen, die sich kritisch und vor allem zunehmend kritischer zum „Sondervermögen“ geäußert haben.

So oder so: *Man sollte annehmen, dass in einer liberalen Demokratie einer „Zeitenwende“, einem „neuen Zeitalter“ und einer „180-Grad-Wende“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine breite gesellschaftliche Diskussion vorausgehen müsste.* Immerhin handelt es sich hier um eine fundamentale Abkehr von den Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, insbesondere von dem „Prinzip militärischer Zurückhaltung“, die zugleich auch für die innere Verfasstheit der Bundesrepublik als demokratischer Sozialstaat in erheblichem Maße folgenreich sein wird. *Das Gegenteil war aber hier der Fall: Es gab weder eine breite öffentliche Debatte darüber, ja nicht einmal eine lange parlamentarische Debatte und innerparteiliche Willensbildung dazu.* Tatsächlich scheint der 100 Milliarden-Plan und die dafür vorgesehene Grundgesetzänderung nach Presseberichten nur mit Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) und dem CDU/CSU-Oppositionsführer Friedrich Merz abgesprochen gewesen zu sein. Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass selbst die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien und womöglich sogar die ministeriellen Kabinettskollegen Robert Habeck und Annalena Baerbock (beide Bündnis 90/Die Grünen) nicht informiert gewesen sein oder wenigstens das gesamte Ausmaß der Pläne nicht gekannt haben sollen.¹⁰ *Dieser nicht anders als autoritär zu nennende Vorgang ist einer Demokratie im höchsten Maße unwürdig.*

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass, anders als von der Bundesregierung teilweise suggeriert, das Gesetzesvorhaben weder historisch noch logisch in einem direkten Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine steht. Die kollektive emotionale Betroffenheit angesichts des Kriegsleides in der Ukraine sollte nicht dazu führen, beides zu vermischen. Denn selbst wenn man davon überzeugt ist, dass Waffenlieferungen an die Ukraine, auch die Lieferung schwerer Offensivwaffen, der beste Weg sind, das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden anstatt dass sie den Konflikt eskalieren

10 Bullion, Constanze von (2022): Die Grünen bekommen ein Glaubwürdigkeitsproblem. In: Süddeutsche Zeitung, 1.3.2022. Link: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/meinung-gruene-scholz-1.5539373>.

und Deutschland nicht in einen Dritten Weltkrieg zwischen Atom-mächten schlittern lassen, ist auch klar, dass, anders als teilweise von der Bundesregierung suggeriert, die von der Bundeswehr anzuschaffenden Waffensysteme nicht für die Ukraine und ihre militärische Selbstverteidigung gegen den russischen Angriff bestimmt sind und schon allein vor dem Hintergrund ihres Anschaffungszeitraums keinen Einfluss auf den Kriegsverlauf nehmen werden. *Es handelt sich also beim „Sondervermögen“ und der dafür erforderlichen Grundgesetzänderung um eine politische Grundsatzentscheidung, für die kein unmittelbarer sicherheitspolitischer (oder ggf. in Solidarität mit der angegriffenen ukrainischen Bevölkerung moralischer) Handlungsdruck bestanden hat oder heute besteht. Eine im Vorfeld in den privaten und öffentlich-rechtlichen Medien, den Gewerkschaften und Sozialverbänden, an den Hochschulen und in Schriftsteller:innen-Verbänden etc. geführte, breite gesellschaftliche Debatte über diesen radikalen Kurswechsel in der deutschen Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik wäre mithin problemlos möglich gewesen. Ein Dilemma zwischen demokratischer Teilhabe und parlamentarischer Effizienz lag nicht vor.*

Zugleich lässt sich auch historisch kein Zusammenhang herstellen zwischen dem zu verurteilenden Ukrainekrieg Russlands und den Aufrüstungsbestrebungen der Bundesregierung. Es ist eine Mär, dass es sich hierbei um ein rein reaktives Vorgehen handelt nach dem Motto: Eigentlich sei man ja für eine Friedenspolitik der Abrüstung, Rüstungskontrolle, zivilen Konfliktlösungen, Entspannung, Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit, aber durch den russischen Imperialismus sei man nun realpolitisch zum Aufbau „militärisch wehrhafter Demokratien“ gezwungen, wie es auch in der Stellungnahme des Deutschen Bundesrates vom 8. April 2022 (Deutscher Bundestag 20. Wahlperiode, Drucksache 20/1409, S. 11) heißt.

Tatsache ist: Die Entscheidungen für die wesentlichen Aufrüstungsvorhaben, die mit dem Sondervermögen zusammenhängen, reichen historisch weiter zurück als der russische Krieg, ja auch weiter zurück als der Euromaidan, Regime Change und der hier gegen gerichtete Aufstand in der Ostukraine sowie die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland 2014. Die Aufrüstungsbestrebungen der Bundesregierung sind schon im Koalitionsvertrag vom November 2021 niedergelegt, das heißt lange vor den ersten Warnungen seitens der CIA vor einem möglicherweise bevorstehenden Einmarsch Russlands in die Ukraine,

die im Dezember erfolgten.¹¹ Bereits im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zur Anhebung des Rüstungsetats auf mindestens 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf dem Weg zur Erfüllung des Zweiprozentziels der NATO, zu dem sich auch die Vorgängerregierung und Außenminister Heiko Maas (SPD) bekannt hatten, und zwar ungeachtet der Corona-bedingten Rezession. Konkret nennt der Koalitionsvertrag der „Ampel“-Regierung die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge und bewaffnungsfähiger Drohnen.

Ähnlich verhält es sich mit der faktischen Aufrüstung der Bundeswehr, die 2014 einsetzte und die damals mit der Krim-Annexion durch Russland sowie dem „Islamischen Staat“ in Irak und Syrien gerechtfertigt wurde. Schon damals sprachen führende Politiker:innen wie der frühere Bundespräsident Joachim Gauck, die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) diesbezüglich von „neuen Bedrohungsszenarien“, die eine „Zäsur“ in der deutschen Außenpolitik erforderlich machen würde, was gleichbedeutend war mit einem Aufgeben der historischen bundesdeutschen „Politik der militärischen Zurückhaltung“.

Schon damals war die These einer „reaktiven“ Zäsur ein Mythos, weil diese Zäsur und die dazugehörigen Aufrüstungsbestrebungen – man müsse von einem „Sicherheitskonsumenten“ zu einem „Sicherheitsproduzenten“ werden – schon lange vor der russischen Annexion der Krim und der Identifikation des „Islamischen Staats“ als Bedrohung von der damaligen Bundesregierung festgelegt worden waren. Auch hier standen diese Bestrebungen bereits im Koalitionsvertrag der damaligen Bundesregierung von 2013, der selbst wiederum in signifikanten Teilen auf der Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund of the United States fußte, die bereits im November 2012 in Auftrag gegeben wurde in Reaktion auf die deutsche Enthaltung im Libyenkrieg, die als fataler „deutscher Sonderweg“ angesehen wurde, obwohl sie sich im Nachhinein nochmals als politisch richtig bestätigte.¹²

Die erschreckenden Bilder der Zerstörungen, Kriegstoten und flüchtenden Menschen in der Ukraine heute also als günstigen Zeitpunkt, ja de facto als

11 Gehring, Axel/ Solty, Ingar (2022): War is Peace. In: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Januar 2022. Link: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/war-is-peace/>.

12 Solty, Ingar (2016): Exportweltmeister in Fluchtursachen: Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016, S.14-19. Link: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_05-2016_Exportweltmeister.pdf.

Vorwand zu nutzen, um politische Ziele umzusetzen, die mit diesen Schrecknissen nichts zu tun haben und die gesellschaftlich in der Geschichte der Bundesrepublik immer höchst umstritten waren, ja immer wieder von großen Mehrheiten abgelehnt worden sind, ist politisch unaufrichtig und widerspricht grundsätzlich dem Geist der Demokratie und einer freien Willensbildung in einer republikanischen Öffentlichkeit.

Tatsächlich liegt der Verdacht nahe, dass es sich bei dem Vorgehen der Bundesregierung um einen Teil einer abzulehnenden „Salamitaktik“ handelt, die seit Ende des Kalten Krieges bedauerlicherweise von allen Bundesregierungen geübt worden ist, wenn es darum ging, die Bundeswehr in eine „Out-of-Area“-Armee umzubauen und die bundesdeutsche Bevölkerung auf Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland vorzubereiten, die im Widerspruch stehen zu dem grundgesetzlich verankerten Auftrag der Bundeswehr zur Landesverteidigung und auch prinzipiell im Widerspruch zur Mehrheitsmeinung in der deutschen Bevölkerung gestanden haben.¹³

Darüber hinaus ist auch die Behauptung, die Bundeswehr sei in den letzten Jahren „systematisch kaputtgespart“ worden und darum „nicht einmal bedingt abwehrbereit“, ein Mythos. Es ist wünschenswert, dass Bundeswehrsoldat:innen in einer Welt, in der Armeen zur Landesverteidigung noch nötig sind, auch vernünftig ausgerüstet sind. Linke Kritik an deutscher Außen- und Sicherheitspolitik richtet sich nicht gegen die Soldat:innen der Bundeswehr, sondern zielt darauf ab, dafür zu sorgen, dass Soldat:innen der Bundeswehr ihrem grundgesetzlich verankerten Auftrag zur Landesverteidigung, auf den sie ihren Eid geschworen haben, gerecht werden können und dass sie von der Politik nicht grund- oder sinnlos in Kriege und Kampfhandlungen verwickelt werden, die diesem Auftrag widersprechen und sie unnötigen Gefahren für Leben, körperliche Unversehrtheit und psychische Verfassung aussetzen. Berichterstattungen aber, denen zufolge es der Bundeswehr am Mindesten wie Unterwäsche gebreche, sind als ideologisch zurückzuweisen. Es ist augenscheinlich, dass ein jährlicher Militärhaushalt im mittleren zweistelligen Milliardenbereich, der die summierten Budgets etlicher bedeutender Einzelpläne des Bundeshaushalts übertrifft, für genügend Unterwäsche sorgen sollte.

13 Buchholz, Christine/ Candeias, Mario u.a. (2016): Schwarzbuch. Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Berlin, S.7-20. Link: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Schwarzbuch_Bundeswehr_August_2016.pdf.

Mehr noch: Es ist eine Tatsache, dass die deutschen Militärausgaben nach Angaben des Bundesrechnungshofes schon seit 2014 systematisch und signifikant um 55,2 Prozent von 32,4 auf 50,3 Milliarden Euro (im Einzelplan 14) gesteigert worden sind.

Monierte oder tatsächlich bestehende Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr (bei denen selbstverständlich immer auch die Frage der Sinnhaftigkeit des Zwecks für die Landesverteidigung diskutiert werden muss), werfen damit auch massive Fragen hinsichtlich des Beschaffungswesens, der öffentlichen Auftragsvergabe und möglicherweise auch Korruption auf. Darauf hat auch der Bundesrechnungshof in seiner grundsätzlichen Kritik des „Sondervermögens“ hingewiesen.¹⁴

Schon anhand des Kaufs der PUMA-Schützenpanzer, die unbrauchbar geliefert wurden, oder das Eurohawk-Projekt von 2013, das Hunderte Millionen Euro an Steuermitteln verschwendete, oder der Erwerb der maßlos überteuerten und doppelt so teuer wie veranschlagten F-35-Tarnkappenbomber aus den USA, die der „nuklearen Teilhabe“, also dem Transport von US-Atombomben, dienen sollen, lässt sich zeigen, dass die 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ vor allem den Rüstungskonzernen dienen, deren Aktienkurse nach dem 27. Februar sprunghaft anstiegen, und dass jede Diskussion über Verteidigungsausgaben und ihre Sinnhaftigkeit im Hinblick auf die Friedenssicherung in Europa eine Überprüfung von Mismanagement im Beschaffungswesen der Bundeswehr voraussetzt.

Die Einrichtung des 100 Milliarden Euro „Sondervermögens“ und seine Ausschüttung über die nächsten fünf Jahre sowie die Ausgabensteigerungen im eigentlichen Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) plus weitere versteckte militärische Ausgaben (wie die militärische Ertüchtigungshilfe im Einzelplan 60) entsprechen einer Verdopplung der Militärausgaben gegenüber 2014 auf voraussichtlich mehr als 70 Milliarden Euro. Als nur einer von 30 NATO-Mitgliedsstaaten wird Deutschland damit im kommenden Jahrfünft voraussichtlich jährlich 10 Milliarden Euro mehr für Waffen ausgeben als Russland und auch weit mehr als Frankreich (2021: 47,8 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (2021: 52,3 Mrd. US-Dollar). Deutschland wird damit nach den USA und China die drittgrößten Militärausgaben der Welt verzeichnen. Das sieht auch die Bundesregierung so, wenn Bundesfinanzminister Christian Lindner den Aufbau der

¹⁴ Specht, Frank (2022): „Bundesrechnungshof kritisiert das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr“, in: Handelsblatt, 5.4.2022. Link: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kritik-an-ampel-plaenen-bundesrechnungshof-kritisiert-das-100-milliarden-euro-sondervermoegen-fuer-die-bundeswehr/28229304.html>.

„stärksten und schlagkräftigsten Armee in Europa“ (zit.n. Süddeutsche Zeitung, 28.2.2022) als offizielles Ziel avisiert.

Deutschland trägt damit zu einer Militärausgaben-Asymmetrie in Europa bei, bei der schon 2021 die Militärausgaben der NATO-Staaten diejenigen Russlands um fast das 20fache überstiegen. Damit ist auch das Argument, es bräuchte gegen Russland jetzt ausreichender „Abschreckung“, hinfällig, weil offensichtlich die längst existierende Abschreckung den russischen Krieg in der Ukraine nicht verhinderte. Auch der Hinweis, dass aufgrund unterschiedlicher Kaufkraftparitäten oder der für Russland geringeren Personalkosten sich die Ausgaben nicht vergleichen ließen, ist angesichts der Dimensionen dieser Asymmetrie mindestens irreführend und apologetisch.

Dies zeigt sich auch am Missverhältnis der Soldatenstärke, da 0,9 Millionen russischen Soldat:innen, die über die gesamte Fläche des größten Staates der Erde verteilt stationiert sind und sein müssen, eine NATO gegenübersteht, die allein im Hinblick auf die europäischen NATO-Staaten über 1,9 Millionen Soldat:innen verfügt. Auch im Hinblick auf die Waffensysteme weisen die europäischen NATO-Staaten heute schon eine mindestens zweifache Überlegenheit gegenüber Russland auf, wenn es um Kampfflugzeuge, Artillerie, Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge geht. Darüber hinaus blendet der Vergleich der konventionellen Streitkräfte Europas und Russlands aus, dass dieser nur Sinn ergibt, wenn man die Mechanismen der nuklearen Abschreckung ausblendet, da jeder konventionelle Konflikt zwischen Atommächten dazu führen würde, dass eine sich konventionell unterlegene und in ihrer Existenz bedrohte Atommacht auch Nuklearwaffen zum Einsatz bringt.

3. Der weltgeschichtliche Kontext: Frieden, Sicherheit und globale Menschheitsaufgaben

Das „Sondervermögen“ für die Bundeswehr ist fragwürdig zugleich im weltgeschichtlichen Kontext und globaler Menschheitsfragen der Überwindung von Welthunger, Perspektivlosigkeit einer Hunderte Millionen zählenden Klasse der Eigentumslosen im globalen Süden sowie prekärer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse, Wohnungsnot und (Alters-) Armut im globalen Norden. Es verhindert ausreichende Antworten auf die Frage der fragilen Ökologie des Planeten und der Abwendung der laufenden Klimakatastrophe. *Ein radikales Umsteuern in der Produktions- und Lebensweise in Deutschland, die soziale Rechte und Bedürfnisse mit den*

umwelt- und klimapolitischen Erfordernissen sozial gerecht für alle verbindet, erfordert in großem Umfang finanzielle Mittel. Der Markt und der auto-suggestive Glaube an „grünes Wachstum“, wie er in der Bundesregierung vorherrscht, werden das nicht richten. Die Weichenstellung einer Aufrüstungspolitik, die durch die Orientierung auf das Zweiprozentziel durch einen sozialdemokratischen Kanzler auf Dauer gestellt werden dürfte, solange die politischen Verhältnisse so bleiben, wie sie sind, und dies ganz gleich, ob es konkreten Investitionsbedarf gibt oder nicht, ist hierfür in höchstem Maße hinderlich – nicht zuletzt, weil wir auch über den engen Zusammenhang zwischen Militär und steigenden CO₂-Emissionen Bescheid wissen.

Mehr noch: Anstatt mehr Ausgaben für soziale, umwelt-, entwicklungs- und klimapolitische Belange wird das „Sondervermögen“, das aus Krediten besteht, zwangsläufig und voraussichtlich noch unter der aktuellen Bundesregierung Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich nach sich ziehen.

Wenn ab 2023 die „Schuldenbremse“ wieder gilt, sind massive Verteilungskonflikte vorprogrammiert. Es ist anzunehmen, dass sie sich in der Bundesregierung zuspitzen werden in dem Gegensatz zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz' Versprechen, das Rentenniveau von 48 Prozent zu erhalten, d.h. nicht noch mehr Altersarmut als schon bisher zu tolerieren, und dem Versprechen von Bundesfinanzminister Christian Lindner, die Schuldenbremse durchzusetzen. Diejenigen Kräfte, denen in der Regierung und in der Opposition der Sozialstaat schon immer ein Dorn im Auge gewesen ist, d.h. der FDP, der CDU/CSU unter Friedrich Merz und den Rechtslibertären in der AfD, wird diese Situation zupasskommen. Es dürfte sich dann rächen, dass sich der sozialdemokratische Bundeskanzler bei dem Versuch, die gegen den Klimafonds klagende CDU/CSU im Namen der Landesverteidigung für ein weiteres Sondervermögen in die Pflicht zu nehmen und damit die Klage unglaubwürdig zu machen, mit der dafür nötigen Grundgesetzänderung, für die es die CDU/CSU braucht, in eine babylonische Gefangenschaft von der konservativen Opposition begeben hat. Die fordert heute schon einen „Tilgungsplan“ und ein Ende der „Wohltaten“ und weiß in Christian Lindner einen Verbündeten im Amt des Bundesfinanzministers, dessen Berater Lars Feld bereits jetzt betont hat („ZDF heute journal“ vom 23.3.2022), dass man wegen des „Sondervermögens“ „das eine oder andere in der Legislaturperiode [...] nicht realisieren“ könne. Ganz explizit nannte Feld das

Rentenniveau und andere „strukturelle Mehrausgaben im Sozialbereich“. Die jetzt stattfindende Verschuldung sei in den nächsten anderthalb Jahrzehnten „abzutragen“. *Diejenigen, für die das Geld angesichts explodierender Miet- und Lebensmittelpreise heute schon am Monatsende nicht reicht, können sich aber die in Folge des „Sondervermögens“ kommende Sozialabbaupolitik genauso wenig leisten, wie die Klimakrise keine Pause einlegt, bloß, weil die Logik des Militärischen heute alles dominiert.*

Das „Sondervermögen“ für die Bundeswehr ist zugleich im Kontext der Weltumordnung zu sehen: Die Welt befindet sich in einem neuen globalen Wettüsten, das die Welt nicht friedlicher und nicht sicherer macht. Waffen, die produziert werden, werden produziert, damit sie irgendwann irgendwann zum Einsatz kommen. Die in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu beobachtende Erosion von Verträgen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle und militärische Potenzialasymmetrien heizen die Aufrüstungsspirale weiter an. Hinzu kommt: Waffen, die für den „inländischen“ Gebrauch von „inländischen“ Rüstungskonzernen produziert werden, werden – wie die Erfahrung der Exportgenehmigungen und die verschwindend geringe Zahl der Rüstungsexportverweigerungen zeigen – immer auch exportiert. Dort, wohin sie exportiert werden, kommen sie in der Regel auch zum Einsatz, insbesondere wenn es sich dabei um Kleinkaliberwaffen handelt. Das Ergebnis sind anschließend flüchtende Menschen. Zudem knüpft hier das Problem des Endverbleibs und ihr letztendlicher Einsatz an. Das zeigte sich exemplarisch daran, dass die (auch) im Namen der Jesiden 2014 an die Peschmerga geschickten Waffen drei Jahre später von den Peschmerga gegen die Jesiden im Nordirak eingesetzt wurden. *Kurz, es bleibt dabei: Waffen schaffen keinen Frieden.*

Hinzu kommt: Die Hochrüstungspolitik der Bundesregierung ist Teil eines Viermaßnahmenpakets, mit dem sie auf den russischen Krieg in der Ukraine reagiert. Dazu gehören (1) die Lieferung auch schwerer Waffen und eine entsprechende Ausbildung ukrainischer Truppen durch die Bundeswehr; (2) die Aufstockung der Bundeswehrkontingente im Rahmen der „battlegroups“ an der NATO-„Ostflanke“; (3) Sanktionen, die auch die russische Zivilbevölkerung treffen – und damit ihr zynisches, instrumentelles Ziel verfehlen, weil insbesondere in autoritär regierten Staaten im Kriegszustand die Wut über das Leid verschlechterter Lebensverhältnisse sich nicht gegen die eigene Regierung richtet, sondern gegen den äußeren „Feind“. Im Falle Russlands wird dies das innenpolitisch hegemoniale Narrativ stärken, der „Westen“ wolle Russland „vernichten“, und damit

eine Wagenburgmentalität. (4) Die nun zu beschließende Aufrüstung nach innen.

Die Maßnahmen dieses Viermaßnahmenpakets sind einer Beendigung des von Russland begonnenen Krieges nicht förderlich. Wengleich die politische und moralische Verantwortung für diesen Krieg unzweifelhaft bei Russland liegt und diese Verantwortung auch für denkbare russische Eskalationen (etwa mit chemischen, thermoballistischen, taktischen oder klassischen Atomwaffen) gilt, drohen die deutschen Maßnahmen mit dazu beizutragen, dass das Blutvergießen in der Ukraine verlängert wird, womöglich über Jahre eines Ermattungskriegs hinweg. Dass also statt Zehntausender Toter womöglich Millionen Tote, ein dramatisch größeres Ausmaß urbaner Zerstörung und ein Vielfaches der jetzt schon geflüchteten Menschen zu beklagen sein werden. Zudem werden Schritte aus der Eskalationsspirale heraus erschwert: je länger ein Krieg anhält, umso größer und unvereinbarer müssen dann die „Siege“ sein, mit denen die Kriegsparteien (von denen Russland eindeutig der Aggressor ist und bleibt) gesichtswahrend aus dem Krieg herauskommen können, um so ihre jeweiligen Bevölkerungen für das erlittene Leid zu „entschädigen“ und dem aufgestachelten Hass Genüge zu tun.

Da es aber einen „Siegfrieden“ Russlands nicht geben darf, aber es auch eine militärische Niederlage Russlands, geschweige denn eine Kapitulation nicht geben wird, mit der Folge einer militärischen Mitteleskalation, die auf dem Rücken der Ukraine und potenziell auf dem Rücken ganz Europas ausgetragen würde, kann es nur den Weg einer Verhandlungslösung geben, die sich an einen vermittelten Waffenstillstand anschließt. Diese könnte, wie nach Kriegsbeginn von der ukrainischen Regierung vorgeschlagen, einen bündnisneutralen Status der Ukraine als „Cordon sanitaire“ bedeuten, die hierfür doppelte Sicherheitsgarantien von Russland und auch westlichen NATO-Staaten bekommt. Das würde bedeuten, dass die Ukraine quasi zugleich Mitglied der NATO wäre (einschließlich der Bündnisverpflichtung) und zugleich nicht Mitglied, um so den legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten in Osteuropa gerecht zu werden. Ein Angriff auf eine solcherart gesicherte Ukraine – oder andere europäische NATO-Länder (wie die baltischen Staaten) – durch Russland schließt sich angesichts der jetzt schon offensichtlichen asymmetrischen Militärpotenziale und Dominanz der europäischen NATO-Staaten wohl aus. Auch angesichts der Tatsache, dass Russland – mit einer Ökonomie von der Größe Italiens – bereits jetzt durch den Widerstand des ukrainischen Militärs

mithilfe der nach 2014 von den USA gelieferten Waffen seine ursprünglichen Kriegsziele (Regime-Change und voraussichtlich Einsetzung einer russlandfreundlichen Marionettenregierung um Oppositionsführer Medwedtschuk oder Ex-Präsident Janukowitsch) nicht verwirklichen und entsprechend – auf den Donbass und die ukrainische Schwarzmeerküste – korrigieren musste.

Eine solche Verhandlungslösung wird jedoch insbesondere bei anhaltendem Krieg und einer entsprechenden Erschwerung eines Kompromisses zwischen Angreifer (Russland) und Angegriffenem (Ukraine) nicht ohne besonnene Politik und intensive Vermittlungsbemühungen von außen erfolgen. Insofern die US-Regierung jedoch erklärt hat, dass ihr strategisches Ziel die „dauerhafte Schwächung“ Russlands ist, was auch die Bereitschaft impliziert, quasi bis zum letzten Ukrainer und über Jahre hinweg zu kämpfen, liegt es in einer besonderen deutschen Verantwortung als größte Wirtschaftsnation in Europa, eine sehr viel aktivere und vermittelnde Rolle einzunehmen. Dies sollte sie im Bündnis mit anderen Kräften tun, die Einfluss auf Russland nehmen können und die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch drängen. Zu diesen anderen Kräften gehören die Vereinten Nationen, der UNO-Generalsekretär, Papst Franziskus, Frankreich und die anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Indien, China und Südafrika), die aus unterschiedlichen Gründen – so wie überhaupt acht der zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Erde – Russlands Krieg nicht verurteilt haben, was auch zur Folge hat, dass der Politik der Sanktionen, Embargos usw. Grenzen gesetzt sind, denn Russland ist weltpolitisch nicht isoliert und andere füllen das vom Westen hinterlassene Vakuum.

Mit ihrem Viermaßnahmenpaket ist die Bundesregierung unter dem Druck der Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen und FDP bedauerlicherweise vom Weg des Bundeskanzlers abgekommen, eine – durch Flüchtlingshilfe, einen zukünftigen Schuldenschnitt usw. mit der ukrainischen Bevölkerung grundsolidarische – Vermittlerrolle im Ukrainekrieg zu spielen.

Das ist potenziell fatal für die Ukraine, aber auch potenziell letal für den Weltfrieden. Mit dem Viermaßnahmenpaket der Bundesregierung in Reaktion auf den russischen Überfall auf die Ukraine kommt Deutschland einer „aktiven Kriegsbeteiligung“, für die die russische Regierung die Definitionsmacht und Eskalationsdominanz besitzt, immer näher. Damit droht jedoch nicht nur eine Situation, in der die Kriegsparteien alle

ihnen zur Verfügung stehenden Waffen auch tatsächlich zum Einsatz bringen (was im Falle Russlands eben auch thermoballistische und taktische Atomwaffen beinhaltet). *Damit besteht auch die realistische Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland, also das Szenario eines Dritten Weltkriegs.*

Es braucht nicht viel Fantasie, um greifbare Zukunftsszenarien für ein solches Schlittern in eine solche bis hierhin doch undenkbare Situation zu identifizieren, etwa wenn Russland die Logistik der Lieferung schwerer Waffen durch die NATO auf deren Territorium angreifen sollte oder wenn die bereits jetzt durch westliche Presseberichte bestätigten Ausbildungseinheiten der USA und Großbritanniens in der Ukraine durch russische Luftschläge ums Leben kommen oder gar gefangengenommen und durch eine aufgehetzte russische Einheit in Gefangenschaft getötet werden sollten. Um glaubwürdig zu bleiben, müssen auch westliche Politiker:innen mit jeder Eskalation der russischen Seite ihrerseits eskalieren. Nach Bekanntwerden der grauen-erregenden russischen Kriegsverbrechen in Butscha erlebten wir die Enttabuisierung von NATO-Truppen in der Ukraine, d.h. eines direkten Konflikts zwischen Atommächten, durch den polnischen Präsidenten Andrzej Duda, den CDU/CSU-Oppositionsführer Friedrich Merz, durch den PEN-Präsidenten Deniz Yücel, den talkshowerprobten Historiker Karl Schlögel und durch eine DIE WELT-Journalistin. Es ist davon auszugehen, dass diese Eskalationsspirale sich mit jedem neuen russischen Kriegsverbrechen oder einer russischen Mitteleskalation mit Chemie-, thermoballistischen oder taktischen Atomwaffen weiterdrehen wird. Ein Ende ist bislang nicht abzusehen. Dieses Szenario muss jedoch, wenn dieser Planet eine Zukunft haben soll, unbedingt vermieden werden.

Die LINKE tut gut daran, ein strukturell nicht-nachhaltiges Sondervermögen für die Bundeswehr, das in einem demokratiepolitisch in höchstem Maße fragwürdigen Hauruckverfahren initiiert wurde, das die Welt nicht friedlicher und sicherer machen und dafür erhebliche kulturelle und Sozialkürzungen nach sich ziehen wird und das Ressourcen entfremdet, die es für die Überwindung von Hunger, Armut, sozialer Unsicherheit, heilbaren Krankheiten und einen sozial gerechten Weg zur Abwendung der Klimakatastrophe braucht, politisch abzulehnen.

Lateinamerika und der Ukraine-Krieg

Raina Zimmering

„Das ist kein Problem mehr zwischen der NATO und Russland oder zwischen der Ukraine und Russland, es ist ein Problem für die Welt“, sagte der argentinische Präsident Alberto Fernández, und schloss von Berlin aus am 11. Mai 2022 Sanktionen gegen Russland aus (www.dw.com, 15.05.2022). Der Ukraine-Krieg führt zu einer Neuordnung des internationalen Systems, die einerseits gleiche und andererseits ganz unterschiedliche Ausprägungen in den verschiedenen Teilen der Welt hat. Die Einschränkung des Völkerrechts, die Neuordnung der Machtverteilung und die Veränderung der Sicherheitsstruktur (gewachsene Macht der NATO, geschwundene der UNO, Schwächung Russlands, der neue Kampf um Nahrungsmittel- und Energieressourcen und die Neuverteilung von Märkten) betreffen alle Regionen, allerdings in sehr unterschiedlicher Weise. Innerhalb dieser Konstellation soll die Position Lateinamerikas untersucht werden.

Internationales Abstimmungsverhalten zum Ukraine-Krieg

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wird von allen lateinamerikanischen Regierungen abgelehnt. Einen Tag nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine trat der Ständige Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zusammen, um Russland zu verurteilen und als Beobachter auszuschließen (Mancada, Andrea 2022). 28 lateinamerikanische Staaten haben die Erklärung unterzeichnet (OAS-Resolution). Argentinien, Bolivien, Brasilien, El Salvador und St. Vincent y Grenadinen enthielten sich der Stimme (Santiago Cafiero 2022). Ähnlich verhielten sich die lateinamerikanischen Staaten bei der Abstimmung über die Verurteilung des Krieges in der UNO-Vollversammlung am 02.03.2022, die „den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug aller militärischen Kräfte [Russlands] aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“ fordert (General Assembly). Kein lateinamerikanisches Land stimmte gegen die Resolution. Bolivien, Kuba, El Salvador und Nikaragua enthielten sich der Stimme, während Venezuela nicht teilnahm.

Bei der Suspendierung Russlands aus dem Menschenrechtsrat der UNO auf Grund des Massakers in Butscha in der Generalversammlung der UNO am 07.04.2022 veränderte sich das Abstimmungsverhalten der lateinamerikanischen Staaten. Die lateinamerikanischen Länder waren nun auf 17 gesunken, die für die Resolution zum Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat stimmten. Sieben enthielten sich der Stimme. Russland erhielt dieses Mal direkte Unterstützung durch Bolivien, Kuba und Nicaragua, die gegen die Resolution stimmten. An den Enthaltungen beteiligten sich außer kleinen karibischen Inselstaaten die großen und einflussreichen Staaten Brasilien und Mexiko. Venezuela erschien nicht zur Abstimmung (Zimmermann, Philipp 2022). Eine Veränderung wurde bei Argentinien und El Salvador sichtbar, die sich bei der letzten UNO-Abstimmung enthalten hatten, und nun für den Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat stimmten.

Die Prinzipien der Nichteinmischung in die Souveränität und Integrität der Staaten und der Gewaltverzicht haben in Lateinamerika einen besonders hohen Stellenwert, der sich aus der kolonialen Vergangenheit und den Erfahrungen des mehrfachen direkten oder indirekten militärischen Intervenierens der USA in lateinamerikanische unabhängige Staaten ergibt und in den Verfassungen an oberster Stelle steht. Die Frage der Verletzung der Menschenrechte hingegen ist stärker an Interessen gebunden und wird oft instrumentell gehandhabt.

Unterschiede in der Bewertung des Ukraine-Krieges zwischen Lateinamerika und den westlichen Staaten

Unterhalb des Levels der generellen Ablehnung der russischen Militär-Invasion in die Ukraine gibt es in den lateinamerikanischen Staaten zu den Fragen der Wirtschaftssanktionen, der Bewertung des Krieges und der Lösungsansätze gegenüber den Haltungen des Westens entscheidende Unterschiede.

Bei den Sanktionen gegenüber Russland liefern die lateinamerikanischen Staaten in ihrer Ablehnung mit der Ausnahme Kolumbiens ein einheitliches Bild. Auf seiner Europa-Reise betonte der argentinischen Präsident Alberto Fernández seine ablehnende Haltung gegenüber Wirtschaftssanktionen des Westens und sagte dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz: „Die Sanktionen gegen Russland haben jedoch negative Auswirkungen auf die ganze Welt und auch auf Argentinien“ (www.dw.com, 15.05.2022). Der mexikanische Präsident Lopez Obrador richtete die

Botschaft an das Europäische Parlament: „Und Sie wenden Sanktionen an, die den Menschen nur schaden, weil die Gas- und Stromrechnungen gestiegen sind. Das dient nicht der Unterstützung Ihrer Völker.“ (Reina, Elena 2022).

Die zwei Hauptgründe für die Ablehnung von Sanktionen durch Lateinamerika sind: Erstens lehnen die lateinamerikanischen Staaten die Sanktionen gegen Russland wegen der negativen Auswirkungen wie der gestiegenen Lebens- und Energiepreise, des Zusammenbruchs von Handelsketten, des Ausschlusses der Empfänger lateinamerikanischer Exporte aus dem Swift-Abkommen, der Erhöhung der Transportkosten und der um sich greifenden Inflation ab. Lateinamerika fürchtet einen steilen Anstieg der Armut und eine Hungersnot in verschiedenen Ländern. Zweitens haben fast alle lateinamerikanischen Staaten ökonomische Beziehungen zu Russland und wollen diese Beziehungen wegen ihrer relativen Bedeutung für das Weiterfunktionieren ihrer krisenhaften Wirtschaften aufrechterhalten. Außerdem ist Russland Bestandteil der ökonomischen Diversifizierungsstrategie der lateinamerikanischen Staaten, die die einseitige traditionelle Abhängigkeit von den USA und die neue von China entflechten wollen.

Bei der Definition der Kriegsursachen existiert innerhalb einer Mehrheit der lateinamerikanischen Regierungen die übereinstimmende Meinung, dass die Sicherheit Russlands durch die Ausweitung der NATO gefährdet war. So sagte der mexikanische Präsident Lopez Obrador Anfang März 2022 vor dem Europäischen Parlament: „Anstatt einen Krieg zu vermeiden, wollen sie jetzt andere Dinge reparieren.“ Und bescheinigte den europäischen Staaten eine „koloniale Mentalität“ (ebenda). Der brasilianische Expräsident und aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2022, Inacio Lula da Silva, äußerte in einem Interview mit dem *Time Magazine*, dass die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und das ukrainische Staatsoberhaupt für den Ukraine-Krieg genauso verantwortlich sind wie Russland. Er sagte: „Politiker ernten, was wir säen. Wenn ich Brüderlichkeit, Solidarität, Harmonie säe, werde ich Gutes ernten. Wenn ich Zwietracht säe, werde ich Kämpfe ernten. Putin hätte nicht in die Ukraine einmarschieren sollen. Aber nicht nur Putin ist schuldig. Auch die Vereinigten Staaten und die Europäische Union sind schuldig. Was war der Grund für den Einmarsch in die Ukraine? Die Nato, die USA und Europa hätten also sagen sollen: Die Ukraine wird der NATO nicht beitreten. Das hätte das Problem gelöst.“ (Infobae, 04.05.2022)

Lula gibt US-Präsident Joe Biden ebenso Schuld an dem Krieg, den er nicht verhindert, sondern im Gegenteil „angestiftet“ habe: „Biden hätte es verhindern, nicht anstacheln sollen. Er hätte mehr reden, mehr kooperieren können. Biden hätte ein Flugzeug nach Moskau nehmen können, um mit Putin zu sprechen.“ (Ebenda.)

Die Regierung von Niclas Maduro in Venezuela beteuerte, dass sie an der Seite Russlands stünde und wirft dem Westen und der NATO vor, das Minsker Abkommen nicht eingehalten und somit den Krieg provoziert zu haben (Leitner, Christine 2022). Die nikaraguanische Regierung unter Daniel Ortega vertritt die These, dass sich Russland verteidigt, d.h. dass die NATO die Sicherheit des Landes bedroht (Glüsing, Jens 2022). Auch Kuba beschuldigt die NATO, seine Ausweitung an die russische Grenze vorangetrieben und somit den Krieg ausgelöst zu haben (ebenda). Auf der UNO-Vollversammlung äußerte der kubanische Vertreter, sein Land sei nicht bereit, „die äußerst komplexen Bedingungen, die zu dem heutigen Szenario geführt haben und die hätten vermieden werden können, zu ignorieren und nicht mit Ehrlichkeit und absoluter Klarheit aufzuzeigen.“ (Pedroso Cuesta, 01.03.2022.)

Weiterhin wird von vielen führenden lateinamerikanischen Politikern ein Vergleich zwischen dem Ukraine-Krieg und den vom Westen geführten Kriegen gezogen und die westliche Doppelmoral bei der Verurteilung der Kriege angeprangert. Die argentinische Vizepräsidentin und Expräsidentin Cristina Kirchner sagte auf dem Treffen lateinamerikanischer und europäischer Regierungen EUROLAT: „Sie lehnen einige Kriege ab, die für Sie bequem sind (z.B. der Malwinen-Krieg) und andere nicht, die es nicht sind (russische Invasion in die Ukraine)“ (infobae, 14.04.2022). Außerdem wird der Krieg in der Ukraine durchaus als ein Krieg zwischen Russland und den USA wahrgenommen, in dem die Ukraine die Funktion eines Stellvertreters einnimmt. In der argentinischen Tageszeitung *Clarín* heißt es dazu: „Der Ukraine-Konflikt hat sich zu einem langwierigen globalen Krieg entwickelt, den die USA an der Spitze des Westens und durch die NATO gegen Russland führen.“ (Castro, Jorge 2022.) Lopez Obrador kritisierte vehement die hohen Summen, die die USA für die ukrainischen Flüchtlinge auf Kosten der Migration aus Zentralamerika und Südmexiko zur Verfügung stellen: „Ich habe gesehen, dass der Betrag, der für die Ukraine bewilligt wurde [...] viel größer ist als der Betrag, der zur Unterstützung der armen Gemeinden in den Ländern Mittelamerikas und der Karibik erforderlich wäre.“ (Jiménez, Néstor 2022.)

Für die Beendigung des Krieges zwischen den Kriegspartnern lehnen die lateinamerikanischen Staaten die Strategie der USA, der EU, der NATO und der ukrainischen Regierung ab, den Krieg durch eine weitere militärische Eskalation und immer schärfere Sanktionen „gewinnen“ wollen. Das Entscheidende aus lateinamerikanischer Sicht ist der Zeitfaktor. Bei der westlichen Strategie, Russland die Grundlagen für den Krieg durch ökonomische und militärische Schwächung zu entziehen (Austin) und des Kampfes bis zum „Sieg“ (Baerbock), würde ein erheblicher Zeitraum vergehen, in dem sich die ökonomische Lage des „Globalen Südens“ mit Lebensmittelmangel und Hungersnöten weiter zuspitzen und die Gefahr eines atomaren Weltkrieges verschlimmern würde. Auf seiner Reise nach Europa versuchte der argentinische Präsident Fernández zu erklären, dass die europäischen Länder den Krieg mit der Ukraine so schnell als möglich beenden sollten. Er drückte deutlich sein Unbehagen über die Zurückhaltung der europäischen Staatschefs bei Verhandlungen mit Russland und der militärischen Eskalation des Ukraine-Krieges aus, indem er sagte: „Wir brauchen mehr Nahrung und weniger Raketen“ (Mugica Diaz 2022). Gegenüber dem deutschen Bundeskanzler äußerte er: „Lateinamerika leidet unter den Folgen“ und weiter: „Das ist kein Problem mehr zwischen der NATO und Russland oder zwischen der Ukraine und Russland, es ist ein Problem für die Welt“. Deshalb habe es Priorität für Argentinien, „dass sich die Welt zusammensetzt und das Problem so schnell wie möglich löst“ (La Nación, 11.05.2022). Er wandte sich ausdrücklich gegen Waffenlieferungen: „Lateinamerika ist ein Kontinent des Friedens, der den Krieg bedauert. Und die Wahrheit ist, dass wir möchten, dass niemand sonst eine Waffe gegen einen anderen erhebt. Was mich am meisten bewegt ist die Unanständigkeit, Menschen nach der Pandemie zu töten“ (ebenda).

Die Betroffenheit der lateinamerikanischen Staaten von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges

Der Ukraine-Krieg beeinflusst auch die Wachstums- und Stabilitätsaussichten der lateinamerikanischen Wirtschaften erheblich. Der Krieg erschüttert die Rohstoffmärkte auf der ganzen Welt und beeinträchtigte den Handel innerhalb von wenigen Wochen durch die Ausfälle von Nahrungsmittel- und Energielieferungen, die Erhöhung der Transport- und Handelskosten und die Unterbrechung der Lieferketten über

die Kontinente hinweg. Das von Rohstoffexporten abhängige Lateinamerika wird durch diese Entwicklungen hart getroffen. So entfallen in Lateinamerika 72 Prozent der Gesamtexporte auf Rohstoffe, verglichen mit 62 Prozent in Afrika, 51 Prozent im Nahen Osten, 37 Prozent in europäischen Transformationsländern und 25 Prozent in Asien (German Foreign Policy, 28.03.2022). Die Weltbank schätzt, dass die Lebensmittelpreise in diesem Jahr um 37 Prozent steigen werden und der „Globale Süden“ von einer „Hungerkrise“ und einer „Schuldenkrise“ erfasst werden wird, die bereits im Gange ist und die mit dem wirtschaftlichen Rückgang infolge der Corona-Krise zusammenfällt. Hunger und Elend werden in politische Unruhen und Instabilität umschlagen (German Foreign Policy, 29.04.2022).

Da mit Russland, Weißrussland und der Ukraine die Hauptlieferanten für Lebensmittel, besonders Weizen, Sonnenblumenöl, Mais und für Energie infolge des Krieges wegfallen, und genau diese Produkte durch bestimmte lateinamerikanische Produzenten und Exporteure ersetzt werden könnten, existierte in Lateinamerika vorerst die Hoffnung, dass Lebensmittel- und Energieexporteure des Kontinents von dem gesteigerten Bedarf in der Welt profitieren könnten. Die Matrix dafür waren die Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, bei dem der gesteigerte Bedarf in Europa zu einem Handelsanstieg und Entwicklungsschub in Lateinamerika führte.

Doch schon längst ist klar geworden, dass sowohl der Ausfall der Düngemittellieferungen aus Russland, Weißrussland und der Ukraine, von denen Lateinamerika ausgesprochen abhängig ist, die Verteuerung und Unterbrechung der Transporte als auch die sinkende Nachfrage infolge der Verteuerung der Lebensmittelpreise keine Vorteile für die lateinamerikanischen Produzenten bringt, sondern im Gegenteil deren Lieferketten zerstört und die einheimischen Lebensmittel- und Energiepreise extrem in die Höhe treibt. Das erhöht die Inflation. Dies trifft auf Wirtschaften, die von der Corona-Pandemie besonders betroffen waren. Ein Beispiel sind die gescheiterten Bananenexporte Ekuadors, die volkswirtschaftlich zentral für das Land sind und die durch Sanktionen verhindert werden. Während die Schiffe nicht nach Russland auslaufen können und die Bananen in den Containern verrotten, verloren 6.000 Beschäftigte ihre Arbeit. Vom Banananbau hängen in Ekuador 50.000 Arbeitsplätze und weitere 250.000 Jobs ab (ebenda). Auch Argentinien erleidet durch die gestörten Lieferketten erhebliche Verluste: 20 Prozent der argentinischen Zitronen und

38 Prozent der Mandarinen gehen nach Russland. Neue Märkte konnten bis jetzt nicht erschlossen werden (Serrichio, Sergio 2022). In Uruguay hat der Rückgang des Handels mit Milchprodukten mit Russland und anderer Lebensmittel zu einem Rückgang der Lebensmittelexporte um 98 Prozent geführt und entsprechende negative Folgen auf den Binnenmarkt (infobae, 04.03.2022). Was die lateinamerikanischen Energieimportländer wie Mexiko und die zentralamerikanischen Länder anbetrifft, so ist bei den steigenden Preisen eine Erhöhung der Benzinpreise zu erwarten.

Geopolitische Verschiebungen im Gefolge des Ukraine-Krieges. Lateinamerika im Fadenkreuz zwischen den USA, Russland und China

Der Ukraine-Krieg hat auf die Verortung Lateinamerikas in den internationalen Beziehungen, seiner Positionierung zwischen den großen Zentren und für die Einschränkung oder Erweiterung seiner Handlungsspielräume erhebliche Auswirkungen. Der Kontinent bewegt sich seit dem Zweiten Weltkrieg geostrategisch im Fadenkreuz zwischen den Großmächten, was hauptsächlich von dem Führungsanspruch der USA auf der Grundlage der Monroe-Doktrin, der Blockkonfrontation bis 1990 und dem wachsenden wirtschaftlichem Einfluss Chinas in den letzten 20 Jahren geprägt war. Die Sowjetunion hatte zu Kuba Bündnisbeziehungen, die mit dem Versuch der Stationierung von sowjetischen Atomwaffen auf der Insel die Kuba-Krise 1962 hervorrief und die Welt schon einmal an den Rand einer atomaren Katastrophe brachte. Die staatssozialistischen Länder konzentrierten sich auf wirtschaftliche Kooperation und die Unterstützung von Befreiungsbewegungen und linken Parteien. Dem Verschwinden der Sowjetunion und der Verschiebung der strategischen Interessen der USA nach Osteuropa, Asien und den Nahen Osten folgte der wachsende wirtschaftliche Einfluss Chinas, der den Diversifizierungsbestrebungen Lateinamerikas vorerst entgegen kam. Brasilien z.B. erzielte die meisten Exporteinnahmen aus China aus der Lieferung von Fleisch, Getreide und Mineralien. Allerdings geriet Lateinamerika durch das Aufrücken von China in eine neue Abhängigkeit. Auch wenn China keine Interventions- und Regime-Change-Absichten verfolgte, so war die enge wirtschaftliche Bindung nicht nur von Vorteil für die lateinamerikanischen Staaten. Sie folgte ähnlichen kapitalistischen und neoliberalen Gesetzen wie die Abhängigkeit von

den USA, z.B. technologische Abhängigkeit, negativer Kapitaltransfer, Ausbeutung der einheimischen Arbeitskräfte und der einheimischen Ressourcen und Verschuldung mit den typischen Folgen der Überschuldung und eingeengten Marktzugängen.

Seit den 2000er Jahren hat Russland mit seiner generellen internationalen strategischen Aufwertung die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen mit Lateinamerika wieder verstärkt. In erster Linie betraf das die historischen Verbündeten wie Kuba, Nikaragua und Venezuela, mit denen es eine „strategische Partnerschaft“ bildete, aber auch Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ekuador und Mexiko. Diese Beziehungen waren sowohl von einer politisch-diplomatischen Komponente geprägt, als auch einer wirtschaftlichen, militärisch-technischen und kulturellen. Ab 2014, in dem Jahr der Annexion der Krim, rückte Lateinamerika in der außenpolitischen Bedeutungsskala Russlands weiter nach oben. Für Lateinamerika stellte Russland zunehmend ein politisch-strategisches Gegengewicht gegen die politisch-militärische Abhängigkeit von den USA dar, dessen Interventionsverhalten in Lateinamerika stärker befürchtet wird als das russische. Für die Diversifizierungsbestrebungen lateinamerikanischer Staaten entwickelte sich Russland zu einem attraktiven Markt, auch wenn die Handelsbeziehungen zu Russland 2019 mit 5 Mrd. US-Dollar, gegenüber denen mit den USA mit 66 Mrd. und mit China mit 119 Mrd. US-Dollar hintan standen, doch in einzelnen Bereichen strategische Bedeutung erlangten (Plazas, Natalia 2022). Brasilien z.B. importiert 80 Prozent seiner Düngemittel aus Russland. Argentinien ist neben den traditionellen Verbündeten zu einem der strategisch wichtigsten Partner Russlands herangewachsen. Auch Mexiko hat seine Kontakte zu Russland in den letzten Jahren intensiviert. Brasilien stellt einen besonders wichtigen Wirtschaftspartner für Russland dar. Außerdem ist es zusammen mit Russland und China Mitglied der BRICS-Staatengruppe, die ein wirtschaftspolitisches Gegengewicht zu den USA darstellt. Die Unterstützung mit dem Corona-Impfstoff Sputnik-V war gerade in den letzten Jahren ein wesentlicher Punkt außenpolitischer Bindungen. Die Lateinamerika-Reise des russischen Außenministers Sergej Lawrow 2020 nach Lateinamerika verwies auf den Bedeutungswandel des Kontinents in der russischen Außenpolitik.

Die Lateinamerika-Politik Russlands stellte nach dem Beginn des Ukraine-Krieges sowohl eine Fortsetzung als auch eine Neuausrichtung der seit 2000 laufenden Annäherung zwischen Russland und Lateinamerika dar.

Dass Russland unmittelbar vor und während des Ukraine-Krieges seine diplomatischen Aktivitäten verstärkte, unterstützt die Annahme, dass Lateinamerika von Russland als strategische Reserve betrachtet wird. Lawrow bestätigte kurz vor dem Ukraine-Krieg, dass Russland mit Lateinamerika „sehr enge Beziehungen und strategische Kooperationen in allen Bereichen: in Wirtschaft, Kultur, Bildung und militärisch-technischer Zusammenarbeit“ hat (Malamud, Carlos 2022).

Die Ankündigung Russlands, die „strategische Partnerschaft“ mit den traditionellen Verbündeten als militärisches Aufmarschgebiet nahe der US-amerikanischen Grenzen, was der Vizeaußenminister Sergej Rjabkow „nicht ausschließen wollte“, diente vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges als Drohkulisse gegen eine Erweiterung der NATO und gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine. Der Präsident der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin besuchte genau zu Beginn der russischen Invasion in die Ukraine Kuba (Granma, 23.02.2022) und Nikaragua, wo er vor den Parlamenten beider Länder sprach und die Invasion in die Ukraine rechtfertigte (Kleine Zeitung, 25.02.2022). In Kuba vereinbarte er regelmäßige Treffen, eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Tourismus, Landwirtschaft und Bildung und eine Schuldenstundung bis 2027 (Granma, 23.02.2022).

Zusätzlich erweiterten die großen südamerikanischen Länder ihre Beziehungen zu Russland. Der argentinische Präsident besuchte im Februar 2022 Russland und bot an, dass Argentinien „das Tor Russlands zu Lateinamerika“ sein solle (González Zorrilla 2022). Auch der rechtskonservative Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro, stattete kurz vor dem Krieg Russland einen Besuch ab (Milz, Thomas 2022). Putin bot Bolsonaro den Bau mehrerer Kernkraftwerke und eine technologische Zusammenarbeit in Spitzenbereichen wie Biotechnologie, Nanotechnologie, künstlicher Intelligenz und Informationstechnologie an.

Russland versucht Lateinamerika als Partner einer „Schicksalsgemeinschaft“ von Ländern zu integrieren, die sich dem Hegemonieanspruch der USA entgegen stellen. Lawrow äußerte, dass Brasilien „nicht länger auf Befehle von Onkel Sam“ hören würde (ZDF, 25.02.2022). Auf der Versammlung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands im Mai 2022 gab er bekannt, dass alle Länder, die eine von den USA unabhängige Politik betreiben, von diesen angegriffen werden: „Hier geht es um das Wiederaufleben einer harten Blockdisziplin, um die bedingungslose Unterordnung sogenannter Verbündeter unter Washingtons Diktat,

und unterlegenen Verbündeten wird nicht viel Bedeutung beigemessen“ (Prensa Latina, 14.05.2022).

Die Mitteilung Lawrows im Mai 2022, die aus westlichen Staaten ausgewiesenen russischen Diplomaten nach Lateinamerika umzuleiten und das russische Außenministerium zugunsten Lateinamerikas umzugestalten, ist durchaus als Reaktion auf den angebahnten Eintritt Finnlands und Schwedens in die NATO zu verstehen (La Jornada, 18.05.2022). Lateinamerika dient somit im Ukraine-Krieg als eine gewisse Eskalationsplattform.

Auf US-amerikanischer Seite ist seit der Zuspitzung des Ukraine-Konfliktes und dem Ausbruch des Ukraine-Krieges eine Neuausrichtung ihrer Lateinamerikapolitik zu beobachten. Hierbei geht es um das Zurückdrängen des russischen und gleichzeitig chinesischen Einflusses und die Neukonstituierung Lateinamerikas als strategische und ökonomische Reserve der USA. Anfang Februar 2022 schlugen Abgeordnete des US-Kongresses einen neuen Gesetzentwurf, den „Western Hemisphere Strategic Security Act“ vor, der die militärische Zusammenarbeit mit befreundeten lateinamerikanischen Nationen verstärken und den „wachsenden bösartigen Einfluss Chinas und Russlands zurückzudrängen soll“ (AP, 07.02.2022). Die Institution der „Summits of the Americas“, die zur OAS gehört, soll bei der neuen hemisphärischen Orientierung eine Schlüsselrolle spielen und die bisherige Erfolglosigkeit des Projekts, wie das nicht zustande gekommene hemisphärische Freihandelsabkommen, neu beleben (Stuenkel, Oliver 2022).

Verantwortliche Institutionen sollen die Interamerikanischen Entwicklungsbank (BDI), das Außen- und Verteidigungsministerium, USAID (United States Agency for International Development) und USTR (Office of the United States Trade Representative) sein. Die Interamerikanische Entwicklungsbank sollte zunehmend als Instrument zur Durchsetzung einer US-freundlichen Politik behandelt werden, die unter dem Slogan von Migrations- und Klimapolitik laufen soll. Deklariert als Energiewende und nachhaltige Umweltpolitik sollen der Verstaatlichung von Energiegewinnung und dem Rückgriff auf nationale Ressourcen und Produktionskapazitäten in Lateinamerika entgegengewirkt und die Erleichterung von transnationalen Energiekonzernen, bei denen die USA eindeutig in Führung sind, erleichtert werden. Letztendlich soll Lateinamerika die weggefallenen Ölimporte der USA aus Russland ersetzen. Die neue Lateinamerika-Politik der USA soll sich nun zwischen den Polen Druck/Intervention und Entspannung/Einbindung bewegen.

Die Vorbereitung des „Summits“ fand auf der 7. „Hemispheric Security Conference“ (HSC) im Mai 2022 in Miami statt. Daniel P. Erikson, Unterstaatssekretär für Verteidigung der westlichen Hemisphäre, sagte dort: „Die Vereinigten Staaten haben in der westlichen Hemisphäre einen erheblichen Vorteil gegenüber einigen unserer anderen Konkurrenten. Aber wir müssen erkennen, dass dieser Vorteil zwar fast unüberwindbar ist, aber nachhaltige Investitionen erfordert“ (ebenda). Ergänzend nannte US-Admiral Craig Faller nicht Russland, sondern „China die größte Bedrohung für Demokratie und Freiheit im 21. Jahrhundert“ (ebenda).

Außer der Zurückdrängung des Einflusses von China wollen die USA die Länder, die zur russischen Einflusszone gehören, unter Druck setzen und gleichzeitig stärker einbinden. Dies entspricht der teilweisen Rücknahme von Sanktionen gegenüber Kuba und Venezuela, die vor allem den negativen Auswirkungen der Sanktionen für die US-amerikanische Wirtschaft, besonders im Energiesektor, entgegenwirken soll, und gleichzeitig auf Regime Change setzt. Biden genehmigte kommerzielle Flüge über Havanna und Reisen zu Bildungs- und Berufszwecken, und setzte Überweisungsbeschränkungen aus. Außerdem richtete er wieder konsularische Dienste für Familienzusammenführungen in Kuba ein (Jiménez Enoa 2022). Auch heben die USA einige der Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela auf, um in erster Linie eigene Energieprobleme zu lösen. Die US-Regierung erlaubte die Zusammenarbeit des US-Konzerns Chevron mit der staatlichen venezolanischen Firma PDVS, was gleichzeitig als Hebel für Verhandlungen zwischen der Opposition und der Maduro-Regierung dient.

Die Einmischung in die kolumbianischen Wahlen im Mai und Juni 2022, bei denen Gustavo Petro vom Linksbündnis „Pacto Histórico“ der aussichtsreichste Kandidat war und am 19. Juni die Stichwahl um das Präsidentenamt für sich entscheiden konnte, wurde zu einem weiteren Beispiel für die restriktive Lateinamerika-Politik der USA (Gúzman, Vilma 2022). Die USA sehen ihren Einfluss in dem für sie wichtigsten strategischen Land in Lateinamerika gefährdet. Präsident Biden erklärte im Mai 2022: „Durch die Autorität, die mir als Präsident übertragen wurde, erkläre ich Kolumbien zu einem wichtigen Verbündeten außerhalb der NATO.“ (Infodefensa, 27.05.2022.) Ein weiteres Beispiel ist der Druck der USA bei den Schuldenverhandlungen der argentinischen Fernandez-Regierung mit dem IWF. Die USA drängten Fernández zur Verurteilung

des Ukraine-Konfliktes, was bei dem Ausschluss Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat auch geklappt hatte (Lejtman, Roman 2022). Die Doppelstrategie von restriktivem Druck bei gleichzeitiger Einbindung erinnert an die „Allianz für den Fortschritt“ unter Kennedy und die Politik des „Zuckerbrot und Peitsche“ der 1960 bis 1980er Jahre auf dem Boden der Monroe-Doktrin. Allerdings kann es keine Wiederholung der damaligen Politik geben, da Lateinamerika inzwischen einen erheblichen Freiraum erlangte, den es gegenüber den Hegemonieansprüchen der USA verteidigen wird. Was an den eigenständigen Positionen zum Ukraine-Krieg sichtbar wird.

Verteidigung der lateinamerikanischen Souveränität und Kooperation

Es stellt sich nun die Frage, wie sich der Ukraine-Krieg, die verschärften Konflikte zwischen Russland, China und den USA und deren gewachsenes Interesse an Lateinamerika auf die Souveränität und Handlungsspielräume der lateinamerikanischen Staaten auswirken werden.

Einerseits macht die wirtschaftliche Notlage als Folge des Ukraine-Krieges Lateinamerika gegenüber äußerem Druck anfälliger und somit auch erpressbarer. Zudem wirken sich die weltpolitischen und wirtschaftlichen Verwerfungen Russlands überwiegend dämpfend auf die Entwicklung und Handlungsspielräume aus. Andererseits hängt es von der Resilienz Lateinamerikas ab, ob es die neuen internationalen Widersprüche und Konflikte im Sinne einer Diversifizierung und eigener außenpolitischer Ambitionen als Hüter von Souveränität und Integrität der Staaten und des Gewaltverzichts, insbesondere der Atomwaffenfreiheit, für sich nutzen kann.

Für die zweite Variante sind zwei Faktoren von entscheidender Bedeutung: Erstens die sog. Rote Welle (progressiver Regierungen) und zweitens das Zusammenrücken der lateinamerikanischen Staaten im Sinne kontinentaler Widerständigkeit. So sehr sich auch die linken Regierungen in Mexiko, Bolivien, Chile, Peru, Argentinien, Honduras und Kolumbien unterscheiden, so eint sie das Streben nach Unabhängigkeit und das Beharren auf eigenen Entwicklungswegen. In Kolumbien hat der linke Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro mit der Chance, die Wahlen zu gewinnen, das traditionelle konservative Zweiparteiensystem unterlaufen, das durch Gewalt und Korruption gekennzeichnet war. In Brasilien

werden dem ehemaligen sozialdemokratischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva große Chancen eingeräumt, 2022 der nächste Präsident zu werden. Beide Wahlen sind entscheidend für die weitere Entwicklung des Kontinents und seine Resilienz gegenüber den Begehrlichkeiten der USA, Chinas und Russlands auf den Kontinent. Kolumbien ist als assoziiertes Mitglied der NATO und Brasilien wegen seiner wirtschaftlichen Größe von politischer und geostrategischer Bedeutung. Aber auch die emanzipatorischen Bewegungen, die z.B. in Kolumbien einen Nationalstreik ausriefen und in Chile zum Sieg des linken Präsidenten Gabriel Boric führten, werden fortan Einfluss auf die soziale Stabilität und Widerstandsfähigkeit Lateinamerikas ausüben.

Die Versuche der USA, Lateinamerika unter seiner Führungsmacht stärker in den Ukraine-Krieg und den Grundkonflikt mit China und Russland hineinzuziehen, stehen einer zunehmenden Selbstständigkeit des Kontinents gegenüber. Die geographische Ferne zum Kriegsgebiet und die relativ schwache Bindung an die NATO (nur Kolumbien) wirken sich begünstigend auf die Resilienz Lateinamerikas gegen einseitige Abhängigkeiten von den Großmächten und das Hineinziehen in weltpolitische Konflikte zwischen ihnen aus. Der Vertrag von Tlatelolco über eine Kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika und der Karibik, den alle drei großen Nuklearmächte ratifiziert haben, bildet für den Kontinent einen Schutzschild vor einem eventuellen regional begrenzten Atomkrieg im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg.

Bei einer neuerlichen Blockbildung zwischen den USA und seinen Verbündeten auf der einen und Russlands und dessen Verbündeten sowie Chinas auf der anderen Seite im Gefolge des Ukraine-Krieges entsteht für Lateinamerika ein größerer Handlungsspielraum, was sich bereits in den vom Westen, aber auch von Russland abweichenden Meinungen über den Ukraine-Krieg zeigte. Auch die Auseinandersetzungen um die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und den von den USA einberufenen „Summit of the Americas“ im Juni 2022, bei dem die Staats- und Regierungschefs von Mexico, Guatemala, El Salvador, Honduras, Bolivien, Uruguay, Grenada sowie St. Kitts und Nevis ihre Teilnahme verweigert haben und stattdessen den Außenminister oder einen Botschafter entsandten, da Kuba, Nicaragua und Venezuela nicht eingeladen wurden, zeigen ein politisch gestärktes Lateinamerika.

Literaturverzeichnis

- Alberto Fernández schließt von Deutschland aus Sanktionen gegen Russland aus. In: DW, 15.05.2022; <https://www.dw.com/es/alberto-fernandez-descarta-desde-berlin-sanciones-a-rusia/a-61763817>.
- Bill aims to arrest China, Russia influence in Latin America. In: AP, 07.02.2022; <https://apnews.com/article/europe-russia-china-arrests-florida-bac8627f64045a307ac87757bc1616a5>.
- Castro, Jorge: Mirada Global. Rusia se beneficia de las sanciones internacionales. In: Clarín, 01.05.2022; https://www.clarin.com/economia/rusia-beneficia-sanciones-internacionales_0_1sGW9cJXig.html.
- Chavez, Lisset: Cuba y Rusia: dos pueblos más cerca, que defienden la paz. In: Granma, 23.02.2022; <https://www.granma.cu/cuba/2022-02-23/cuba-y-rusia-dos-pueblos-mas-cerca-que-defienden-la-paz-23-02-2022-22-02-06>.
- Die Hungerkrise. In: German Foreign Policy, 29.04.2022; <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8906>. Downloaded 29.04.2022.
- Die russische Invasion könnte ein Problem für die Milchindustrie in Uruguay werden. In: infobae, 04.03.2022; <https://www.infobae.com/america/america-latina/2022/03/04/la-invasion-rusa-podria-ser-un-problema-para-la-industria-lactea-en-uruguay/>.
- Diplomáticos expulsados de Occidente irán a AL, África, Asia y la CEI: Lavrov. In: La Jornada, 18.05.2022; <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/05/18/mundo/diplomaticos-expulsados-de-occidente-iran-a-al-africa-asia-y-la-cei-lavrov/>.
- Duma-Chef Wolodin: „Friedensstiftende Operation“. In: Kleine Zeitung, 25.02.2022; https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/6103982/Russland-greift-Ukraine-an_Duma-Chef-Wolodin_Friedensstiftende. Downloaded 24.05.2022.
- EEUU, Colombia y la OTAN, una alianza w que prioriza a Latinoamérica. In: Infodefensa.com., 27.05.2022; <https://www.infodefensa.com/texto-diario/mostrar/3767003/115-analisis-colombia-otan-colombia-otan-pasos-alianza-latino-america>.
- El incómodo momento de Alberto Fernández con el canciller alemán por una pregunta que no era para él. In: La Nación, 11.05.2022; <https://www.lanacion.com.ar/politica/el-incomodo-momento-de-alberto-fernandez-con-el-canciller-aleman-por-una-pregunta-que-no-era-para-el-nid11052022/>.
- General Assembly, Plenary Eleventh Emergency Special Session, 5th and 6th meetings (AM&PM): General Assembly Owerwhelmingly Adopts Resolution Demanding Russian Federation Immadiately Illegal Use of Force in Ukraine, Withdraw All Troops. GA/12407. 02.03.2022; <https://www.un.org/press/en/2022/ga12407.doc.htm>. 16.04.2022.
- Glüsing, Jens: So reagiert Lateinamerika auf Putins Feldzug. In: Spiegel.de 27.02.2022; <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-der-feldzug-von-wladimir-putin-und-wie-lateinamerika-reagiert-a-e35dbb08-826b-4905-ad0f-aeab2f492ed3>.
- González Zorrilla, Gabriel: Der Einfluss Russlands auf Lateinamerika. In: DW, 16.02.2022; <https://www.dw.com/de/der-einfluss-russlands-auf-lateinamerika/a-60792494>.
- Gúzman, Vilma: Francia Márquez: „USA greifen direkt in den Wahlkampf in Kolumbien

- ein“. In: *amerika21*: 18.05.2022; <https://amerika21.de/2022/05/258070/kolumbien-usa-greifen-wahlkampf-ein>.
- Jiménez Enoa, Abraham: Biden suaviza su política sobre Cuba al autorizar más vuelos, remesas y viajes. In: *Diario*, 17.05.2022; https://www.eldiario.es/internacional/biden-restablece-vuelos-cuba-elimina-limites-remesas_1_8998376.html.
- Jiménez, Néstor und Fabiola Martínez: AMLO: EU apoya a Ucrania y olvida a Centroamérica. In: *La Jornada*, 23.03.2022; <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/03/23/politica/amlo-eu-apoya-a-ucrania-y-olvida-a-centroamerica/>.
- Krieg und Hunger. Ukraine-Krieg: Russlands Überfall und die westlichen Sanktionen führen zu Zunahme von Hunger und Unterernährung weltweit. Hungerrevolten und ihr Umschlag in Aufstände gelten als möglich. In: *German Foreign Policy*, 28.03.2022; <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8882>.
- Lavrov: EEUU ataca a cualquier nación con una política independiente. In: *Prensa Latina*, 14.05.2022; <https://www.prensa-latina.cu/2022/05/14/lavrov-eeuu-ataca-a-cualquier-nacion-con-una-politica-independiente>.
- Leitner, Christine: Die „Putinverstehler“: wer jetzt noch zu Russland gehört und warum. In: *Stern*, 03.03.2022; <https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-krieg--wer-jetzt-trotzdem-noch-zu-putin-haelt-und-warum-31671000.html>.
- Lajtman, Roman: Alberto Fernández se mantiene en silencio ante la invasión de Putin a Ucrania y entra en riesgo la negociación con el FMI. In: *Infobae*, 22.02.2022; <https://www.infobae.com/politica/2022/02/22/alberto-fernandez-se-mantiene-en-silencio-ante-la-invasion-de-putin-a-ucrania-y-entra-en-riesgo-la-negociacion-con-el-fmi/>.
- Malamud, Carlos; Milosevich-Juaristi, Mira und Regelio Nunez Castellano: América Latina en la crisis de Ucrania: un convidado de Piedra dentro de la estrategia de la Rusia de Putin. *Real Instituto Elcano*, 15.02.2022.
- Mancada, Andrea: Will Russian Influence in Latin America Grow in 2022? In: *Americas Quarterly*, 30.03.2022; <https://americasquarterly.org/article/will-russian-influence-in-latin-america-grow-in-2022/>.
- Milz, Thomas: Trotz Ukraine-Krise: Bolsonaro besucht seinen Freund Putin. In: *DW*, 15.02.2022; <https://www.dw.com/de/trotz-ukraine-krise-bolsonaro-besucht-seinen-freund-putin/a-60776921>.
- Mugica Díaz, Joaquín: Alberto Fernández finalizó su gira por Europa, pidió a los líderes que visitó unirse para frenar la guerra y jugó su carta en la interna del Gobierno. In: *Infobae* 14.05.2022; <https://www.infobae.com/politica/2022/05/14/alberto-fernandez-finalizo-su-gira-por-europa-en-la-que-jugo-su-carta-en-la-interna-del-fdt-la-estrategia-de-viaje-que-no-salio-y-los-mensajes-al-kirchnerismo/>.
- OAS-Resolution Condemns Russia's Continued War Against Ukraine. <https://usoas.usmission.gov/oas-resolution-condemns-russias-continued-war-against-ukraine/>.
- Parlamentarios europeos criticaron el discurso de Cristina Kirchner: “Bochornoso espectáculo”. In: *infobae*, 14.04.2022; <https://www.infobae.com/politica/2022/04/13/parlamentarios-europeos-conservadores-criticaron-el-discurso-de-cristina-kirchner-bochornoso-espectaculo/>.

- Pedroso Cuesta, Pedro Luis: Rede des Botschafters Pedro Luis Pedroso Cuesta, Ständiger Vertreter Kubas bei den Vereinten Nationen, auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung zur Lage in der Ukraine. New York, 1. März 2022; <https://cubaminrex.cu/es/rede-des-botschafters-pedro-luis-pedroso-cuesta-standiger-vertreter-kubas-bei-den-vereinten>.
- Plazas, Natalia: ¿Qué tan influyente es Rusia en América Latina? Video, France24, 12.04.2022; <https://www.france24.com/es/programas/en-5-minutos/20220412-rusia-america-latina-influencia-ucrania>.
- Polémicas declaraciones de Lula da Silva: dijo que Zelensky “es tan culpable como Putin” por la invasión a Ucrania. In: Infobae, 04.05.2022; <https://www.infobae.com/america/mundo/2022/05/04/lula-da-silva-dijo-que-zelensky-es-tan-culpable-como-putin-por-la-invasion-a-ucrania/>.
- Recibió Díaz-Canel a Viacheslav Volodin, presidente de la Duma Estatal de la Asamblea Federal de la Federación de Rusia. In: Granma, 23.02.2022; <https://www.granma.cu/cuba/2022-02-23/recibio-diaz-canel-a-viacheslav-volodin-presidente-de-la-duma-estatal-de-la-asamblea-federal-de-la-federacion-de-rusia-23-02-2022-21-02-26>.
- Reina, Elena: López Obrador arremete contra el Parlamento Europeo: “Ya no somos colonia de nadie”. In: El País, 11.03.2022; <https://elpais.com/mexico/2022-03-11/lopez-obrador-arremete-contra-el-parlamento-europeo-ya-no-somos-colonia-de-nadie.html>. downloaded 04.05.2022.
- Santiago Cafiero irá el 3 de mayo al Senado para explicar la posición de Argentina sobre la invasión rusa. In: Infobae, 27.04.2022; <https://www.infobae.com/politica/2022/04/27/santiago-cafiero-ira-el-3-de-mayo-al-senado-para-explicar-la-posicion-de-argentina-sobre-la-invasion-rusa/>.
- Serrichio, Sergio: Odisea 2022: las exportaciones argentinas más afectadas por la invasión rusa y la guerra en Ucrania. In: Infobae, 15.05.2022; <https://www.infobae.com/economia/2022/05/15/odisea-2022-las-exportaciones-argentinas-mas-afectadas-por-la-invasion-rusa-y-la-guerra-en-ucrania/>.
- Stuenkel, Oliver: How Biden Can Get the Summit of the Americas Right. In: Americas Quarterly, 17.02.2022; <https://americasquarterly.org/article/how-biden-can-get-the-summit-of-the-americas-right/>.
- ZDF: Ukraine-Krieg: Bolsonaro unverhoffte Chance. ZDF, 25.02.2022; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bolsonaro-brasilien-gas-oel-ukraine-krieg-russland-100.html>.
- Zimmermann, Philipp: Reaktionen aus Lateinamerika zum Ukraine-Krieg. In: amerika21, 25.03.2022; <https://amerika21.de/2022/03/257027/reaktionen-aus-lateinamerika-zum-ukraine>. downloaded 04.04.2022.

Der Krieg. Von Lateinamerika aus gesehen

Valter Pomar

In der lateinamerikanischen und karibischen Linken gibt es unterschiedliche Positionen zum Krieg in der Ukraine. Es gibt tatsächlich extreme Positionen, die scheinbar Sprecher für die Positionen von Wladimir Putin bzw. Joe Biden sind. Diese Vielfalt an Positionen ist nichts Neues. Die Diversität der Positionen ist ein Merkmal sowohl der globalen Linken als auch der lateinamerikanischen Linken. Um dies zu bestätigen, bringe ich in diesem Text einige Beispiele.

In der Debatte darüber, wie man sich angesichts des Krieges von 1914-1918 positionieren sollte, gab es in der Zweiten Internationale mindestens zwei Blöcke: eine Minderheit von „Defätisten“ und eine Mehrheit für die Unterstützung der Position der eigenen Regierung. Und diese Mehrheit wiederum teilte sich zwischen Anhängern der Entente und Anhängern der Mittelmächte auf.

Auch in der Debatte um die Positionierung angesichts des Zweiten Weltkriegs gab es unterschiedliche Positionen. Positionen, die sich übrigens geändert hatten, vor und nach München, vor und nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt, vor und nach dem Einmarsch in die UdSSR usw.

Vor, während und nach den Weltkriegen war die Linke auch angesichts des Phänomens des Kolonialismus gespalten. Auf den Kongressen der Zweiten Internationale gab es Verfechter eines bizarren sozialistischen Kolonialismus. Und nach dem Zweiten Weltkrieg blieb ein Teil der Linken mitschuldig an der kolonialen Besetzung von Ländern in Afrika, Asien und sogar Lateinamerika.

Auch über die sowjetischen Interventionen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Afghanistan gab es keine Einigkeit; oder in der Debatte um die militärischen Auseinandersetzungen zwischen China, Vietnam und Kambodscha. In jüngerer Zeit gab es weiterhin Spaltungen in den Debatten über die imperialistischen Militärinterventionen im Irak, in Afghanistan, Syrien und Libyen. Ganz zu schweigen von den unterschiedlichen Haltungen gegenüber der Besetzung Palästinas durch Israel. Oder angesichts der Existenz der Organisation des Nordatlantikvertrags.

Linke in der Vielfalt

Die Vielfalt der Positionen auf der Linken ergibt sich, sozusagen, aus der Existenz verschiedener Linker, die unterschiedliche historische Entwicklungen, unterschiedliche Orte in der Welt und verschiedene Segmente der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen. Diese Unterschiede äußern sich wiederum in den jeweiligen Taktiken und Strategien, programmatisch und theoretisch.

Kein Wunder also, dass es auf der Linken unterschiedliche Positionen zum Krieg in der Ukraine gibt. Es überrascht auch nicht, dass sich der „kleinste gemeinsame Nenner“ der Positionen in der lateinamerikanischen Linken von dem der Positionen in der europäischen Linken unterscheidet.

Ein Beispiel dafür ist das Papier, das am 1. und 2. April von der Arbeitsgruppe des *Foro de São Paulo* verfasst wurde, einer 1990 gegründeten Organisation, die die Positionen eines wichtigen Sektors der lateinamerikanischen und karibischen Linken zum Ausdruck bringt. In dem Papier steht folgendes:¹

„In einer Welt, in der das neoliberale Modell sein völliges Versagen bei der Befriedigung der Mindestbedürfnisse der Menschen zeigt, die unter Arbeitslosigkeit, Hunger und sozialer Unsicherheit leiden, bricht der geopolitische Streit der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Weltbühne durch – zwischen den USA und dem wachsenden politischen und wirtschaftlichen Bündnis zwischen China und Russland, das zur gemeinsamen Stärkung zweier relevanter Länder in einer Welt führt, die darum kämpft, multipolarer zu werden. Der Imperialismus, unzufrieden mit dem relativen Verlust seiner globalen Hegemonie, führt die USA dazu, einen Neuen Kalten Krieg zu fördern, der eine hybride Kriegsführung durch Blockaden, einseitige Sanktionen und subversive Medienkampagnen gegen etwa dreißig Länder beinhaltet.“

„Der andauernde und anhaltende militaristische Angriff des US-Imperialismus und seiner neokolonialistischen Verbündeten auf der ganzen Welt, wie in diesen Tagen im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, ist die objektive Ursache dieser bereits globalen Tragödie.“

„Die Vereinigten Staaten und die NATO müssen ihre militaristische Strategie beenden, die den Völkern mit einem nuklearen Holocaust droht.“

„Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist tragischerweise eine Folge dessen, was die USA und die NATO in Syrien, im Irak, im Iran, in

1 Das ganze Papier kann auf Spanisch unter dem folgenden Link gelesen werden: <https://forodesaopaulo.org/resolucion-final-gt-1-y-2-de-abril-de-2022/>

Libyen, in Palästina, im Jemen, in der Westsahara und auf der ganzen Welt mit direkten und indirekten militärischen Interventionen und mit einem internationalen System tun. Sie sind in der Krise nicht in der Lage, das Völkerrecht zu verteidigen.“

„Im Hinblick auf den militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine fordern wir den Aufbau des Friedens und setzen uns für eine politische und diplomatische Lösung der Konflikte ein, die den Multilateralismus und alle Prinzipien des Völkerrechts berücksichtigen und respektieren und allen Arten von Militäraktionen, Sanktionen, Blockaden, Wirtschaftsstrafen und kolonialistischen Besetzungen, die schließlich zur Gefangenschaft der Völker führen, ein Ende setzen.“

Abgesehen von der oben zusammengefassten Position gibt es bekanntlich auch andere linke Meinungen in Lateinamerika und der Karibik, einige sehr auf die Positionen des Kreml ausgerichtet, andere sehr auf die Positionen Washingtons ausgerichtet. Selbstverständlich gibt es auch diejenigen, die auf die Meinung ausgerichtet sind, die in der europäischen Linken vorherrschend ist.

Prämissen der Einschätzung

Angesichts einer solchen Vielfalt ist es wichtig, die Prämissen der Argumentation des *Foro de São Paulo* im vorliegenden Text explizit zu machen.

Zunächst sind wir der Ansicht, dass die militärische Intervention der Russischen Föderation in der Ukraine nicht unerwartet und nicht unvorhergesehen kam. Die Geschichte der Ereignisse führt uns bis in das Jahr 1989, als die „Russen“ (in dem Fall noch: die Sowjets) ihre Truppen aus Osteuropa abzogen. Deutschland machte die ersten Schritte in Richtung Wiedervereinigung und die USA versprachen, dass die NATO nicht „einen Zoll“ über das ehemalige Einflussgebiet der UdSSR vorrücken werde.

Im März 1991 endete der Warschauer Pakt, im Dezember 1991 endete die UdSSR selbst. Russland und die Ukraine wurden unabhängige Republiken.

In den Jahren unmittelbar nach diesen Ereignissen galt die größte Sorge der Vereinigten Staaten nicht der Volksrepublik China. Hauptanliegen der USA war, ihre einseitige Macht zu behaupten, was bedeutete, die entstehende Europäische Union unter ihrer Vormundschaft zu halten. Zu diesem Zweck bestanden die USA auf der Politik, „die Russen draußen,

die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten“ – ein Satz, der von General Lord Ismay, dem ersten Generalsekretär der 1949 gegründeten NATO, geprägt wurde.

In der Praxis förderten die USA die Zersplitterung des ehemaligen sowjetischen Raums und die Schwächung der Russischen Föderation, blockierten die Schaffung einer europäischen Armee und erweiterten die NATO-Präsenz. Seitdem und bis heute hat die Organisation mehrere osteuropäische Länder wie Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und Bulgarien aufgenommen.

Ebenfalls in den 1990er Jahren änderte die NATO offiziell ihre Handlungsparameter. Eine der Folgen davon war der ohne Genehmigung der Vereinten Nationen geführte Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, ein Krieg, der 78 Tage Luftangriffe umfasste, vom 24. März 1999 bis zum 10. Juni 1999.

Es gibt mehrere Hypothesen und Versionen über die „große Strategie“, die von den USA nach dem Ende der UdSSR angenommen wurde. Aber es besteht kein Zweifel, dass einer der Zwecke dieser Strategie darin bestand, die Russische Föderation zu neutralisieren. Den „ideologischen Feind“ zu besiegen war nicht genug; es sei auch notwendig, gegen den „geopolitischen Gegner“ vorzugehen.

Russland reagierte nur langsam auf die NATO-Belagerung. Hätte es sich auf Boris Jelzin verlassen, wäre Russland Teil der Organisation geworden. Aber die Ereignisse drängten breite Teile der neuen russischen herrschenden Klasse in eine andere Position. Und spätestens seit 2007 machten Wladimir Putins Äußerungen immer wieder deutlich, dass es eine „rote Linie“ gibt, die nicht ohne Reaktion überschritten werden könne.

Rote Linie überschritten

Diese rote Linie wurde mit dem Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014 überschritten, einem Staatsstreich, der unter offener und öffentlicher Beteiligung von Vertretern der USA, der Europäischen Union und auch paramilitärischer Kräfte der Nazis vorangetrieben wurde – von allen zusammen. Die Russische Föderation reagierte auf den Putsch mit der Rückeroberung der Krim und der Förderung secessionistischer Bewegungen in der als Donbass bekannten Region.

Während der Amtszeit des derzeitigen ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, einem Befürworter des NATO-Beitritts der Ukraine und

darüber hinaus Befürworter einer vermeintlich totalen und endgültigen Militäroffensive gegen die beiden abtrünnigen Republiken Donbass, eskalierte die Situation erneut.

Angesichts der Provokationen Selenskijs hat die russische Regierung zahlreiche öffentliche Warnungen ausgesprochen, einen Rückzug der Regierung der Ukraine und der NATO gefordert und dann – unter dem Vorwand neu unterzeichneter Abkommen mit den beiden Sezessionsrepubliken, der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk – präventiv die Ukraine angegriffen.

Dies hat einige Teile der Linken dazu veranlasst, die Verteidigung der ukrainischen nationalen Selbstbestimmung an erste Stelle zu setzen, obwohl sie gegen die NATO und die USA sind. Diese Flügel der Linken erkennen an, dass die russische Regierung mit mehreren ihrer Denunziationen und Beschwerden Recht hatte, behaupten jedoch, dass die russische Regierung – weil sie zuerst angegriffen habe – angeblich „das Argument verloren“ hätte. Was eigentlich legitimierte die Argumente für Wirtschaftssanktionen, für die militärische Unterstützung des „Westens“ in die Ukraine, zur Russophobie und zur Zensur von Medien und Fachleuten bei denen, die die „offizielle Rede“ gegen Putin nicht unterstützen?

All diese Kritiken haben ihren jeweiligen Grund, aber sie gehen alle von einer falschen Annahme aus: Wenn es keinen russischen Angriff auf die Ukraine gäbe, würden sich die Drohungen der Ukraine/NATO gegen Russland nicht verschärfen. Das heißt, sie gehen davon aus, dass *es die beste Verteidigung ist, darauf zu warten, dass der Feind zuerst angreift*. Aber die wahre Geschichte könnte ganz anders aussehen – siehe die Entdeckung von Labors für biologische Waffen, die auf ukrainischem Territorium operieren und tatsächlich von den Vereinigten Staaten kontrolliert werden. Oder, für diejenigen, die Zahlen bevorzugen: Zwischen 2012 und 2021 erhöhte die Ukraine ihre Militärausgaben um 142 Prozent (gegenüber einer Ausweitung um 11 Prozent der Russischen Föderation, laut SIPRI-Daten).

Sicherlich wäre alles einfacher, wenn der „Dialog“ ausreichen würde, um große Weltkonflikte zu lösen, oder wenn die Welt in „Gute“ und „Böse“ geteilt wäre. Aber das aktuelle Szenario (wie jedes andere Mal) passt nicht in diese Art der Vereinfachung.

Wladimir Putin ist ein Nationalist, Antikommunist und Konservativer und das sind einige der Elemente, warum die Linke im Allgemeinen und die russische Linke im Besonderen unzählige Gründe haben, sich

gegen ihn und seine Regierung zu stellen. Aber es ist weder nötig, Putin zu unterstützen, noch müssen wir die Militäraktion in der Ukraine begrüßen, um anzuerkennen, dass es nicht die russische Regierung war, die die NATO-Staaten belagert hat; es war nicht die russische Regierung, die Völkermord-Angriffe gegen im Donbass lebende Zivilisten verübte, es war nicht die russische Regierung, die sich über die Minsker Vereinbarungen hinwegsetzte; auch unterstützt die russische Regierung die Nazi-Truppen nicht.

Darüber hinaus wird, zumindest aus Sicht eines Teils der lateinamerikanischen und karibischen Linken, die folgende Tatsache wichtig: Die russische Regierung ist an keiner der brutalen Militärinterventionen in Afrika, im Nahen Osten und sogar in Lateinamerika beteiligt, die seit 1991 stattgefunden haben.

Mit anderen Worten: Der Hauptfeind der lateinamerikanischen und karibischen Arbeiterklasse ist die US-Regierung sowie die NATO, ist der Imperialismus. Es ist nicht Putin und seine Regierung, es ist nicht die Russische Föderation.

Aus dieser Sicht ist die Ukraine seit 2014 zu einem „Lakai“ der US- und NATO-Politik geworden. Obwohl sie sich formal im Rahmen des Gesetzes bewegt, obwohl sie formal die Grenzen der Selbstbestimmung und der nationalen Souveränität respektiert, erhält die ukrainische Regierung seit einigen Jahren Waffen und militärische „Ausbilder“ von der NATO und toleriert und legalisiert darüber hinaus die Aktionen von zugegebenermaßen neonazistischen Kräften.

Aus diesem Grund – und nicht aus irgendeiner teuflischen Pathologie oder einer imperialistischen Berufung – operierte die Russische Föderation, um die Krim zurückzuerobern, unterstützte die Donbass-Abspaltung und beschloss, zuerst zuzuschlagen. Mit anderen Worten: Um ihre nationale Souveränität zu verteidigen, zogen die Russen nach wiederholten Verhandlungsversuchen präventiv in den Krieg – obwohl der Krieg streng genommen schon da war, wie sich die Bewohner des Donbass immer wieder erinnern, von denen etliche vor Jahren von ukrainischen Regierungstruppen massakriert wurden.

Für eine andere Weltordnung

Ein Paradoxon dieser Situation ist folgendes: Bei präventiven Angriffen folgte die russische Regierung einem ähnlichen „Drehbuch“ wie die USA.

Tatsächlich ist die am 2. März 2022 von der UN-Generalversammlung angenommene Resolution, wonach „die Militäroperationen der Russischen Föderation auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine von einem Ausmaß sind, das die internationale Gemeinschaft *in Europa* nicht gesehen hat“, sehr aufschlussreich (Hervorhebung des Autors), hinzugefügt wurde: „seit Jahrzehnten“. Tatsächlich: Die USA und ihre europäischen Verbündeten sind es gewohnt, militärische Operationen gleichen oder größeren „Ausmaßes“ in Ländern außerhalb Europas durchzuführen, mit der erwähnten Ausnahme Jugoslawiens. In diesem Sinne hat die Missachtung der wiederholten Warnungen Putins eine „psychologische“ Qualität: Jahrzehnte des „US-Unilateralismus“ ließen es für Russland „unmöglich“ erscheinen, präventiv zuzuschlagen.

Unsere Sicht auf die am 24. Februar 2022 eingeleitete russische Militäraktion, die noch andauert, während dieser Artikel fertiggestellt wird, sollte all dies gebührend berücksichtigen.

Außerdem kann der Frieden, den wir verteidigen, kein *Pax Americana* sein. Unter anderem aus Gründen, warum es keinen wirksamen Frieden geben wird ohne die Niederlage der größten Kriegsförderer: der imperialistischen Staaten, vorab der Vereinigten Staaten. Wenn die NATO nicht einknickt (auch bei Waffenlieferungen an die Ukraine, mit Unterstützung von Regierungen, die von Teilen der Linken geführt oder integriert werden) und wenn die Ukraine keinen neutralen Status annimmt (ähnlich dem Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg) wird der Konflikt früher oder später wieder eskalieren.

Kriege verursachen Zerstörung, Leid und Tod und betreffen vor allem die Arbeiterklassen. Mehr als genug Gründe, den Frieden zu verteidigen. Aber unsere Verteidigung des Friedens darf nicht die Form eines abstrakten Pazifismus annehmen, noch darf sie mit der kolonialistischen und rassistischen Heuchelei bestimmter Medien und so vieler politischer Führer verwechselt werden, die sich jetzt als weiße Tauben ausgeben, aber am Abschlachten so vieler Völker mitschuldig sind – Mittlerer Osten, Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner.

Aus all diesen Gründen ist zumindest für einen Teil der lateinamerikanischen und karibischen Linken eine friedliche Verhandlungslösung am wichtigsten, die die NATO und die imperialistischen Regierungen, vorab die Vereinigten Staaten, schwächt.

Diese Position ergibt sich aus der Analyse des Konflikts selbst, aber auch aus der Analyse der Situation als Ganzes. Der Krieg in der Ukraine ist

kein Einzelfall. Krieg ist bekanntlich die Fortsetzung der Politik in anderen Formen; Politik wiederum ist konzentrierte Ökonomie. Der Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine findet im Rahmen einer weltweiten Systemkrise des Kapitalismus statt, die wiederum mit dem Niedergang der US-Hegemonie und dem Aufstieg der Volksrepublik China zusammenhängt.

In diesem Zusammenhang ist es unvermeidlich, dass Wirtschaft und Alltagspolitik durch Krieg verseucht werden. So wie das Auftreten von Kriegen verschiedener Art, Farbe und Geschmack, von imperialistischen Kriegen über verschiedene interkapitalistische Konflikte, Kriege für die nationale Unabhängigkeit, gegen ausländische Besatzung, gegen Faschismus und Nazismus, zusätzlich zu Bürgerkriegen auch unvermeidlich sind. Es gibt Kriege und Kriege, sie sind alle schrecklich, aber es schadet nie, sich daran zu erinnern, dass einige Kriege „gerechte Kriege“ und notwendig sind.

Wir wiederholen, dass es immense Kontroversen über die Ereignisse vom 24. Februar bis zum heutigen Tag gibt, einschließlich der tatsächlichen Situation des Konflikts und seiner Folgen. Neben den Wendungen des Krieges gibt es auch gut informierte Analysten, die antagonistische Aussagen darüber machen, was passiert und was passieren könnte. Einige sagen zum Beispiel, dass der Krieg in der Ukraine die Joe-Biden-Administration (im Wahlkampf) und den militärisch-industriellen Komplex der USA (wirtschaftlich) interessieren würde. Es gibt auch diejenigen, die sagen, dass Wirtschaftssanktionen der russischen Wirtschaft und damit auch der chinesischen Wirtschaft irreparablen Schaden zufügen und dazu beitragen werden, den Niedergang der US-Hegemonie umzukehren. Wie einige sagen, wäre das wichtigste Ergebnis des Krieges die Unterwerfung der Europäischen Union unter die geopolitischen Interessen der USA. Aber es gibt diejenigen, die ganz oder teilweise anderer Meinung sind, zum Beispiel in dem Sinne, dass der Krieg – unabhängig von seinem unmittelbaren Ergebnis – das russisch-chinesische Bündnis definitiv gefestigt hat, was China zugute kommt und unüberwindliche Schwierigkeiten für die Globalisierung *Made in USA* darstellte.

In jedem Fall müssen wir darauf bestehen, den Waffenstillstand und die Verhandlungen zu verteidigen und alle Vorschläge zu unterstützen, die auf eine Neutralität und Selbstbestimmung der Ukraine sowie auf den Rückzug und die Auflösung der NATO hinauslaufen. Übrigens ist daran

zu erinnern, dass die Organisation bereits in Lateinamerika tätig ist und sich besonders für Kolumbien und Brasilien interessiert.

Aus analytischer Sicht ist es jedoch am wichtigsten zu erkennen, dass der Russland-Ukraine-Konflikt keine Ausnahme oder ein Blitz aus heiterem Himmel ist, sondern integraler Bestandteil einer historischen Periode, die von immenser Instabilität, anhaltenden Krisen und brutalen Konflikten geprägt ist. Genau genommen findet der Krieg weder zwischen Russland und der Ukraine noch zwischen Russland und der NATO statt, sondern zwischen den Vereinigten Staaten und China.

Für Lateinamerika und die Karibik ist eines sicher: Es gibt keine Möglichkeit, diese „Kriegszeiten“ mit einer abhängigen, primär exportorientierten, finanzierten, deindustrialisierten Wirtschaft und mit zunehmend autoritär geführten Polizeistaaten gut zu überstehen. Mit Klassen, die kolonialisiert sind, und mit Streitkräften, die absolut unfähig sind, die nationale und regionale Souveränität zu verteidigen.

Es bleibt abzuwarten, ob die regionale Linke in der Lage sein wird, sich dem verfluchten Erbe des Neoliberalismus, des konservativen Developmentalismus, des Kolonialismus und dessen, was manche Neokolonialismus nennen, mit der notwendigen Dringlichkeit und Tiefe zu stellen, es zu besiegen und zu überwinden. Dazu kann der mögliche Sieg Lulas bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2022 beitragen. Dies ist klar, wenn es einer künftigen Lula-Regierung gelingt, eine Außenpolitik umzusetzen, die zum Aufbau einer anderen Weltordnung beiträgt, die sich von der von den USA gewünschten unterscheidet. Die Bausteine dafür sind in den BRICS enthalten.

Übersetzung: Lucas Reinehr

Autoren

Dr. habil. Erhard Crome

Geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, Promotion und Habilitation am Institut für Internationale Beziehungen der DDR (IIB) in Potsdam-Babelsberg, 2002-2016 Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik

Dr. Petra Erler

Geb. 1958, Politikwissenschaftlerin, 1990 Staatssekretärin für Europafragen im Amt des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière; 2006-2010 Chefin des Kabinetts von EU-Kommissar Günter Verheugen. Seit 2010 Geschäftsführerin von *The European Experience*, Potsdam.

Kai Kleinwächter, M.A.

Geb. 1980. Studium Volkswirtschaft, Politik, Geschichte, Internationales Management, Geographie an den Universitäten Potsdam, Hagen und Vaasa/Finnland. Dozent für Wirtschaft. Mitarbeiter in der WeltTrends-Redaktion.

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

Geb. 1953. Studium an der Offiziershochschule der NVA in Löbau sowie Außenpolitik am IIB. Tätigkeit im Außenministerium der DDR und bei der UNO in Genf. 1989/90 Teilnehmer am „Runden Militärtisch“. Seit 2004 Vorsitzender von WeltTrends e.V. Professor für Wirtschaftspolitik/Außenwirtschaft an der bbw Hochschule der Wirtschaft in Berlin.

Prof. Dr. Valter Pomar

Geb. 1966, Historiker, Professor für Internationale Beziehungen an der Universidade Federal do ABC (Brasilien), Mitglied des Nationalen Vorstandes der Arbeiterpartei (PT).

Ingar Solty

Geb. 1979, Sozialwissenschaftler und Autor, Studium und Lehre an der York Universität in Toronto (Kanada), Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Dr. Hubert Thielicke

Geb. 1949, Botschaftsrat a.D., Politikwissenschaftler und Publizist, 1972 bis 1990 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, darunter bei der UNO in Genf und New York. Senior Research Fellow am WeltTrends-Institut für Internationale Politik.

Gerry Woop

Geb. 1968, Politikwissenschaftler, Studium an der Offiziershochschule der NVA in Löbau und Masterstudium am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg; arbeitete mehrfach an programmatischen, strategischen und Wahl-Papieren zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen der PDS und der LINKEN mit. Seit 2017 Staatssekretär für Europa im Land Berlin.

Prof. Dr. Raina Zimmering

Geb. 1951, Promotion und Habilitation zur Außenpolitik lateinamerikanischer Staaten, Professorin an der Universidad Nacional de Colombia in Bogotá und an der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich. Senior Research Fellow am WeltTrends-Institut für Internationale Politik.

Welt Trends

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRANDENBURG

ISBN 9978-3-949887-00-0 | 9,80 €



9 783949 887000